

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 186. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 7. September 2005

#### Inhalt:

Beileid zu den Folgen der Flutkatastrophe in den Vereinigten Staaten von Amerika . . . . .	17497 A	<b>bilanz als Grundlage einer neuen Politik für Wachstum, Arbeit und Sicherheit</b> (Drucksache 15/5956) . . . . .	17498 B
Begrüßung der neuen Abgeordneten <b>Barbara Imhof</b> und <b>Dorothea Störr-Ritter</b> . . . . .	17497 C	Gerhard Schröder, Bundeskanzler . . . . .	17498 C
Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten <b>Otto Schily</b> , <b>Dr. Peter Danckert</b> , <b>Rudolf Bindig</b> , <b>Beatrix Philipp</b> , <b>Dieter Grasedieck</b> , <b>Gerald Weiß</b> (Groß-Gerau), <b>Dr. Uwe Küster</b> , <b>Herbert Frankenhauser</b> , <b>Lothar Mark</b> und <b>Ernst-Reinhard Beck</b> (Reutlingen) . . . . .	17497 D	Dr. Angela Merkel (CDU/CSU) . . . . .	17504 D
Erweiterung der Tagesordnung . . . . .	17497 D	Franz Müntefering (SPD) . . . . .	17513 A
		Dr. Guido Westerwelle (FDP) . . . . .	17518 C
		Otto Schily (SPD) . . . . .	17521 D
		Joseph Fischer, Bundesminister AA . . . . .	17522 D
		Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident (Bayern) . . . . .	17528 C
		Renate Schmidt, Bundesministerin BMFSFJ . . . . .	17535 A
		Petra Pau (fraktionslos) . . . . .	17539 C
		Wolfgang Clement, Bundesminister BMWA . . . . .	17541 C
<b>Tagesordnungspunkt 1:</b>		<b>Tagesordnungspunkt 2:</b>	
a) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler: <b>Deutschland ist auf dem richtigen Weg – Vertrauen in die Stärken unseres Landes</b> . . . . .	17498 A	a) – c)	
b) Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: <b>Deutschland auf Wachstumskurs halten, die soziale Erneuerung unseres Landes fortsetzen, standhaft für den Frieden – Für Arbeit, Sicherheit und Menschlichkeit</b> (Drucksache 15/5979) . . . . .	17498 A	Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses: <b>Sammelübersichten 229, 230 und 231 zu Petitionen</b> (Drucksachen 15/5981, 15/5982, 15/5983) . . . . .	17548 B
c) Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP: <b>Sieben Jahre Rot-Grün – Deutschland braucht den Neuanfang</b> (Drucksache 15/5978) . . . . .	17498 B	<b>Zusatztagesordnungspunkt 1:</b>	
d) Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Steffen Kampeter, Ilse Aigner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: <b>Ehrliche Abschluss-</b>		a) – d)	
		Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses: <b>Sammelübersichten 232, 233, 234 und 235 zu Petitionen</b> (Drucksachen 15/5984, 15/5985, 15/5986, 15/5987) . . . . .	17548 C

**Zusatztagesordnungspunkt 2:**

Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Art. 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) zu dem **Gesetz zur Änderung des Abfallverbringungsgesetzes sowie zur Auflösung und Abwicklung der Anstalt Solidarfonds Abfallrückführung** (Drucksachen 15/5243, 15/5523, 15/5726, 15/5916, 15/5976) ..... 17548 D

**Tagesordnungspunkt 3:**

- a) Beschlussempfehlung und Bericht des **2. Untersuchungsausschusses nach Art. 44 des Grundgesetzes** (Drucksache 15/5975) ..... 17549 A
- b) Antrag der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Max Stadler, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Verbesserung der Praxis der Visavergabe und Schaffung gemeinsamer Visastellen der Schengenstaaten** (Drucksache 15/5977) ..... 17549 B
- Volker Neumann (Bramsche) (SPD) ..... 17549 B
- Eckart von Klaeden (CDU/CSU) ..... 17550 D
- Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD) ..... 17553 C
- Eckart von Klaeden (CDU/CSU) ..... 17554 A

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 17554 C

Reinhard Grindel (CDU/CSU) ..... 17555 B

Hellmut Königshaus (FDP) ..... 17557 A

Olaf Scholz (SPD) ..... 17558 D

Eckart von Klaeden (CDU/CSU) ..... 17559 B

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU) ..... 17560 D

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos) ..... 17562 D

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD) ... 17563 C

Michaela Noll (CDU/CSU) ..... 17564 D

**Anlage 1**

Liste der entschuldigten Abgeordneten ..... 17567 A

**Anlage 2**

Neuabdruck einer Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD) zur Abstimmung über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes (185. Sitzung, Tagesordnungspunkt 21) 17567 B

**Anlage 3**

Amtliche Mitteilungen ..... 17567 C

(A)

(C)

## 186. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 7. September 2005

Beginn: 9.00 Uhr

### Präsident Wolfgang Thierse:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir mit unserer Arbeit beginnen, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Der Deutsche Bundestag und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind erschüttert über die schrecklichen Folgen der schweren **Naturkatastrophe**, die am 29. August 2005 über die Golfküste der Vereinigten Staaten von Amerika hereingebrochen ist. Das ganze Ausmaß der Verwüstung und die Zahl derer, die ihr Leben verloren haben, sind bis heute noch nicht absehbar.

(B)

Der **Wirbelsturm „Katrina“** und die nachfolgende Flutkatastrophe haben nicht nur die Stadt New Orleans und weite Teile des Mündungsgebiets des Mississippi im Wasser versinken lassen, sondern ganze Städte ausgelöscht und ein Gebiet mit einer Größe von zwei Dritteln der Fläche Deutschlands verwüstet. Schon jetzt steht fest, dass die Vereinigten Staaten von Amerika von einer der schlimmsten Naturkatastrophen ihrer Geschichte heimgesucht wurden.

Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gilt allen, die bei dieser Katastrophe Familienangehörige, Freunde, Nachbarn und Kollegen verloren haben, sowie all denen, deren Heim von den Wasserfluten zerstört oder weggeschwemmt wurde und die sich in einer verzweifelten Notlage befinden.

Wir Deutschen haben selbst die Hilfe der Vereinigten Staaten erfahren. Gerade in Berlin bleibt die Unterstützung Amerikas während der Blockade der Stadt unvergesslich. Diesmal wollen *wir* helfen und begrüßen daher die großzügigen Zusagen und Unterstützungsleistungen der Bundesregierung. Viele Organisationen und viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes beteiligen sich ebenfalls und folgen den vielfältigen Spendenaufrufen. Sie wollen Not und Leid lindern helfen.

Sie haben sich zu Ehren der Opfer der Flutkatastrophe von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Eintritt in die Tagesordnung noch einige Mitteilungen: Die Kollegen Walter Hoffmann und Heinz Seiffert haben auf ihre Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag verzichtet. Als Nachfolgerin von Herrn Hoffmann hat die Abgeordnete **Barbara Imhof** und als Nachfolgerin von Herrn Seiffert hat die Abgeordnete **Dorothea Störr-Ritter** die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag erworben. Ich begrüße die neuen Kolleginnen, die wir bereits aus früheren Wahlperioden kennen, sehr herzlich.

(Beifall)

Sodann sind einige Geburtstage zu vermelden: Der Kollege **Otto Schily** hat im Juli seinen 73. Geburtstag gefeiert. Ich darf ihm dazu im Namen des ganzen Hauses die besten Wünsche übermitteln.

(D)

(Beifall)

Außerdem gratulieren wir nachträglich den Kollegen **Dr. Peter Danckert** und **Rudolf Bindig** zum 65. Geburtstag sowie der Kollegin **Beatrix Philipp** und den Kollegen **Dieter Grasedieck**, **Gerald Weiß**, **Dr. Uwe Küster**, **Herbert Frankenhauser**, **Lothar Mark** und **Ernst-Reinhard Beck** zum 60. Geburtstag.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, interfraktionell ist vereinbart worden, die verbundene **Tagesordnung** um die in der Zusatzpunktliste aufgeführten Punkte zu erweitern:

ZP 1 Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache

(Ergänzung zu TOP 2)

- a) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 232 zu Petitionen  
– Drucksache 15/5984 –
- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 233 zu Petitionen  
– Drucksache 15/5985 –
- c) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 234 zu Petitionen  
– Drucksache 15/5986 –

**Präsident Wolfgang Thierse**

- (A) d) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)  
Sammelübersicht 235 zu Petitionen  
– Drucksache 15/5987 –
- ZP 2 Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Art. 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) zu dem **Gesetz zur Änderung des Abfallbringungsgesetzes sowie zur Auflösung und Abwicklung der Anstalt Solidarfonds Abfallrückführung**  
– Drucksachen 15/5243, 15/5523, 15/5726, 15/5916, 15/5976 –  
Berichterstattung:  
Abgeordneter Michael Müller (Düsseldorf)

Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll – soweit erforderlich – abgewichen werden. Sind Sie mit den Vereinbarungen einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a bis 1 d auf:

- 1 a) Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler

**Deutschland ist auf dem richtigen Weg – Vertrauen in die Stärken unseres Landes**

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- b) Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Deutschland auf Wachstumskurs halten, die soziale Erneuerung unseres Landes fortsetzen, standhaft für den Frieden – Für Arbeit, Sicherheit und Menschlichkeit**

(B)

– Drucksache 15/5979 –

- c) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP

**Sieben Jahre Rot-Grün – Deutschland braucht den Neuanfang**

– Drucksache 15/5978 –

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Steffen Kampeter, Ilse Aigner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Ehrliche Abschlussbilanz als Grundlage einer neuen Politik für Wachstum, Arbeit und Sicherheit**

– Drucksache 15/5956 –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung drei Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundeskanzler, Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

**Gerhard Schröder, Bundeskanzler:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn der Aussprache einige Sätze zu der in der Tat fürchterlichen **Naturkatastrophe**, die die Vereinigten Staaten von Amerika getroffen hat, sagen: Wir haben die schrecklichen Bilder, denke ich, alle miteinander vor Augen. Das Sterben, das Leid der Menschen, die Not haben uns alle beschäftigt und tief betroffen gemacht. Wir stehen deshalb in diesen Tagen in wirklicher Solidarität zu unseren amerikanischen Freunden, vor allen Dingen zu den Opfern,

(Beifall im ganzen Hause)

und das nicht nur aus Dankbarkeit für das, was wir von unseren Freunden in Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen haben, sondern weil für uns alle, denke ich, diese Solidarität ein selbstverständliches Gebot von Mitmenschlichkeit in solchen Situationen ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Deswegen haben wir unverzüglich unsere Hilfe angeboten, und zwar Hilfe, die umfassend sein soll und sein wird. Die Bundeswehr hat bisher 40 Tonnen Nahrungsmittel als Notverpflegung dorthin gebracht. Wir haben dafür gesorgt, dass Equipment, das helfen kann, des Hochwassers Herr zu werden, dorthin gebracht worden ist, und wir haben medizinische Hilfe zugesagt. Wir sind in der Lage, mit Notunterkünften zu helfen, sobald und sofern wir entsprechende Anforderungen bekommen. Wir sind mit den Hilfsorganisationen im Gespräch, wir sind bereit, umfassend Hilfe zu leisten, und ich bin froh darüber, dass in der amerikanischen Gesellschaft – auch in der amerikanischen Öffentlichkeit – unsere Leistung sehr wohl anerkannt wird.

(D)

Meine Damen und Herren, dass wir helfen, ist selbstverständlich; aber es gilt auch, Konsequenzen aus dem zu ziehen, was wir nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern weltweit beobachten können. Was ist die richtige Antwort auf die Häufung von Naturkatastrophen, die wir dort, aber eben nicht nur dort erleben? Um Folgen dieser Naturkatastrophen einzudämmen, zum Beispiel die Folge eines steigenden Öl- und Gaspreises, der die Weltwirtschaft in Gefahr stürzen kann, ist es möglich, Teile der staatlichen Ölreserven und der Reserven an Ölprodukten freizugeben. Es wäre aber unmöglich gewesen, das im nationalen Alleingang zu machen; dafür sind sie nicht geschaffen. Ich denke, das findet hier im Hohen Hause insgesamt Zustimmung. Aber als die Vereinigten Staaten von Amerika deutlich gemacht haben, dass und warum die Ölversorgung bei ihnen physisch gefährdet ist – weil nämlich Raffinerien ausgefallen sind, weil nämlich Produktion ausgefallen ist –, haben wir nicht gezögert, unsere Zustimmung zu einem international abgestimmten Verhalten zu geben, um auf diese Weise wenigstens Beruhigung in den Markt zu bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Bundeskanzler Gerhard Schröder**

- (A) Das ist schwer genug; aber immerhin scheint etwas Beruhigung einzutreten.

In diesem Zusammenhang sollte man sehr deutlich sagen, dass es weder mit Ethik noch mit Moral in der Wirtschaft zu tun hat, wenn **Mineralölkonzerne** diese Situation nutzen, um auf diesen Märkten eine völlig unverantwortliche Preistreiberei zu praktizieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang wird es auch nötig sein, sich die Frage vorzulegen, ob denn die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis unter den Bedingungen, unter denen wir jetzt leben, wirklich gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Politik hat relativ wenig Möglichkeiten, in dieses Marktgeschehen einzugreifen. Dass das Kartellamt in dessen genau hinschauen muss, ob das, was sich auf diesen Märkten einzustellen scheint, inhaltlich wirklich gerechtfertigt ist, finde ich, ist eine Aufforderung, die gerade in diesem Hohen Hause deutlich geäußert werden sollte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was kann man darüber hinaus tun? Wir als Bundesregierung haben von Anfang an im Zusammenhang mit den G-8-Staaten auf einen Tatbestand hingewiesen, der in dieser Situation besonders interessant und besonders gefährlich ist, nämlich die Tatsache, dass der **hohe Ölpreis** nur bedingt mit Produktion und Produktionsausfällen und auch nur sehr bedingt mit Anforderungen an den Markt, was die Nachfrage angeht, zu tun hat.

- (B)

In diesem extrem hohen Ölpreis sind 20 bis 30 Dollar pro Barrel an reiner Spekulation enthalten. Wir als deutsche Bundesregierung haben im Zusammenwirken mit den G-8-Staaten versucht, wenigstens mehr Transparenz in das Marktgeschehen zu bringen, wenn schon mit nationalen Möglichkeiten allein die Preissetzung nicht infrage gestellt werden kann. In Gleneagles ist das nicht zuletzt von Großbritannien und den Vereinigten Staaten noch abgelehnt worden. Wir werden an diesem Punkt nicht locker lassen und weiter versuchen, über mehr Transparenz in Bezug auf das Marktgeschehen zu einer Beruhigung der Preissituation zu kommen, die dringend notwendig ist, wenn wir nicht Probleme heraufbeschwören wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend indessen ist etwas anderes, etwas, was wir mit nationalen Möglichkeiten sehr wohl in den Griff bekommen können: Wir müssen nach wie vor und noch entschiedener als in der Vergangenheit eine Politik betreiben, die uns vom Öl und vom Ölverbrauch unabhängiger macht. Eine Politik des Weg-vom-Öl ist dringende Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist nun wirklich über gegenwärtige und **zukünftige Energiepolitik** zu reden. Diese Regierung, diese Koalition ist es gewesen, die hergegangen ist und unter großen Mühen durchgesetzt hat, dass wir eine Energiepolitik betreiben, die erstens auf Kohle und Kohleprodukten beruht, zweitens auf Energieeffizienz basiert und drittens massiv auf erneuerbare Energien setzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Viele haben es nicht glauben wollen, als wir gesagt haben: Das Setzen auf alternative, auf erneuerbare Energien ist bitter notwendig, um vom Öl wegzukommen; das ist notwendig, um eine Energiepolitik zu kreieren, die der Klimakatastrophe wirklich entgegenwirkt. Ich kenne die Debatten und die Art und Weise, wie über diese Politik der rot-grünen Koalition hergezogen worden ist. Inzwischen wird deutlich, dass sie ohne vernünftige Alternative ist und dass sie deshalb weitergeführt werden muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Um das sehr konkret zu machen: In Ihrer Zeit als Umweltministerin, Frau Merkel, haben wir erleben können, dass der Anteil erneuerbarer Energien von 4,3 auf gerade 4,7 Prozent gesteigert werden konnte. Das ist die Bilanz Ihrer Zeit als Umweltministerin. In der Zeit unserer Regierung haben wir diese Zahl mehr als verdoppeln können. Wir sind inzwischen bei 10 Prozent. Unser klares Ziel ist, bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent zu kommen. Das werden wir schaffen, weil wir das schaffen müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das, was Sie anstelle dessen anbieten – nämlich eine Rolle rückwärts zur Atomenergie –, ist völlig ungeeignet, die Energieprobleme der Zukunft auch nur im Ansatz zu lösen. Das ist ein völlig verkehrter Weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das, was Sie da vorhaben, bedeutet, dass die großen Energieversorger nicht das tun werden, was sie zugesagt haben, nämlich 20 Milliarden Euro in die Ertüchtigung der Netze und die Verbesserung der Qualität der laufenden Kraftwerke zu investieren. Stattdessen werden sie durch die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken Gewinne machen. Das ist eine Strategie, die total zum Scheitern verurteilt ist, die wirtschaftspolitisch schädlich ist, die umweltpolitisch schädlich ist und die deshalb in Deutschland nicht Wirklichkeit werden darf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Unterschiede sind sichtbar und sie werden auch gesehen: auf der einen Seite eine verantwortliche, an den Klimabedingungen orientierte Energiepolitik, auf der anderen Seite ein Zurück in die Vergangenheit. Das sind die Unterschiede in der Umweltpolitik. Seien Sie sicher:

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Die Menschen beobachten sehr genau, was wirklich hilfreich ist und was nur in die Vergangenheit zurückführt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang komme ich zu der Debatte um die so genannte **Ökosteuer**, eine interessante Diskussion. Anfangs konnte auf der rechten Seite des Hohen Hauses keiner schnell genug mit der Abschaffung der Ökosteuer sein. Inzwischen haben auch Sie gemerkt, dass die Einnahmen, die dadurch entstehen, in der Tat zu 90 Prozent in die Rente fließen, also die Lohnnebenkosten senken oder zumindest stabilisieren. Damit wird das erreicht, was auch Sie eigentlich wollen.

Sich jene Prozentpunkte, die nicht zur Stabilisierung der Rentenbeiträge verwendet werden, anzuschauen ist indessen wirklich interessant. Da ziehen Ihre Leute durch das Land und sagen, sie hätten entdeckt, dass man die Ökosteuer um 3 Cent senken könnte.

(Zuruf von der SPD)

– Ich will nicht persönlich werden, liebe Freunde. –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das ist deshalb eine Milchmädchenrechnung, weil der Anteil der Ökosteuer am Benzinpreis etwas mehr als 15 Cent beträgt. 10 Prozent fließen in den Haushalt. Das sind 1,5 Cent.

- (B) Sie sagen gleichzeitig: Sie wollen die **Mehrwertsteuer** erhöhen – das haben Sie ja gesagt –, und zwar um zwei Punkte. Eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Punkte bedeutet bei dem gegenwärtigen Spritpreis eine Verteuerung um zwischen 2,2 und 2,5 Cent. Das heißt, die Autofahrer zahlen bei Ihrer Strategie drauf; sie werden nicht entlastet. Das ist ein riesiger Betrug, den Sie da starten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber keineswegs nur in diesem Punkt wird Unehrlichkeit in einer Weise sichtbar, die kaum noch zu überbieten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der  
Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie uns über die Sozialpolitik reden, damit Unterschiede zwischen dem, was wir auf diesem Gebiet machen, und dem, was Sie wollen, deutlich werden.

Mit der **Agenda 2010** haben wir einen Kurs eingeschlagen, der in der Tat Deutschland auf einen guten Weg gebracht hat. Ich komme zu den Ergebnissen; ich werde sie Ihnen vorrechnen.

Was war denn Inhalt der Agenda? Inhalt der Agenda war ein doppelter: Wir mussten und müssen die sozialen Sicherungssysteme in Ordnung bringen und wir brauchen die dadurch erzielten Ressourcen, um sie in wirkliche Zukunftsfelder zu investieren – Felder, die im Interesse unseres Volkes und unseres Landes sind. Dazu wollen wir ein paar Bemerkungen machen und deutlich

werden lassen, was wir tun und wo die Unterschiede zu Ihnen liegen. (C)

Ich beginne mit der Gesundheitspolitik. Wir haben – im Übrigen gemeinsam; aber das haben Sie nach außen nie mehr laut gesagt, weil Sie sich aus Ihrer Verantwortung davongerobbt haben, meine Damen und Herren; aber wir stehen dazu –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

mit dem In-Ordnung-Bringen eines Gesundheitssystems begonnen, das zu den besten in der Welt zählt. Das Prinzip, das dieses System trägt und hält, heißt: Das medizinisch Notwendige bekommt jede und jeder, unabhängig von seinem persönlichen Einkommen. Das ist gelebte Solidarität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dafür mussten wir die **Balance zwischen Eigenverantwortung und solidarischer Finanzierung** verändern. Wir haben das getan. Wir haben die Verantwortung gern alleine übernommen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind nun einmal, wie Sie sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber was ist denn jetzt? Aus Schulden der Krankenkassen sind Überschüsse geworden. Für mehr als 40 Millionen Versicherte konnten die Beiträge gesenkt werden. Das ist erfolgreiche Politik. Was haben Sie dagegen anzubieten? Damit wollen wir uns doch einmal einen Moment beschäftigen. Was Sie dagegen anzubieten haben, ist, die Finanzierung dieses hervorragenden Systems der sozialen Sicherheit auf den Kopf zu stellen. Wir haben für eine neue Balance zwischen solidarischer Finanzierung und Eigenverantwortung gesorgt. Sie wollen dagegen einen Systembruch. Was Sie wollen, bedeutet schlicht, dass der Generaldirektor genauso viel in die Gesundheitskasse zahlt wie seine Putzfrau. (D)

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Das ist doch nun einmal so. – Das ist Ihre Politik. Wir werden nicht aufhören, das deutlich zu machen. Sie wissen doch ganz genau, dass das so ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Um das einigermaßen hinzubekommen, gehen Sie her und wollen eine gewaltige Bürokratie aufbauen, die 25 Milliarden Euro umverteilen muss. Ich sage Ihnen: Lassen Sie das sein! Bleiben Sie bei der solidarischen Finanzierung! Was Sie tun, ist – erstens – in einer Weise ungerecht, die kaum noch zu überbieten ist, und erfordert – zweitens – eine Umverteilungsbürokratie, die dem, was Sie ansonsten erzählen – Sie behaupten nämlich, Sie seien für Bürokratieabbau –, wirklich hohnspricht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Nein. Die Alternative, die auf der Finanzierungsseite einzubinden ist, heißt eben nicht Kopfpauschale, son-

## Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) dern solidarische Versicherung, Bürgerversicherung, damit all diejenigen, die den Nutzen des Systems haben, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit auch in das System einzahlen. Das ist ein gerechtes Prinzip.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Da von Richtungen und Unterschieden die Rede ist, sollten wir auch über die **Rentenversicherung** sprechen. Ihr Professor aus Heidelberg hat

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Sie können jetzt nicht so tun, als gäbe es den gar nicht; er soll ja Finanzminister werden, habe ich gehört – ganz merkwürdige Vorstellungen entwickelt, was die Rentenversicherung angeht. Dieser Mann will natürlich auch dieses System von den Füßen auf den Kopf stellen – das ist nämlich das Ergebnis – und behauptet: Die solidarisch finanzierte Rente gehört der Vergangenheit an. Ich, Kirchhof, will ein Modell nach dem Muster der Kraftfahrzeugversicherung. – Wer ein solches Zeug redet, der hat keine Ahnung von der Lebenswirklichkeit, der versteht nicht, dass Menschen keine Sachen sind und dass man sie auch nicht so behandeln darf, als wären sie Sachen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben die gesetzliche Rentenversicherung durch ein Prinzip ergänzt, das man „Kapitaldeckung“ nennt und das im Grunde mehr Eigenverantwortung bedeutet.

- (B) Wir haben mit der **Riester-Rente** eine zweite Säule unter das Dach der Rentenversicherung gestellt, damit das Dach ordentlich getragen wird. Aber eines ist klar – ich habe gehört, dass viele von Ihnen ebenfalls dieser Auffassung sind –: Es ist falsch, das Prinzip aufzugeben, dass ein Teil der Sicherung im Alter von Menschen durch Menschen geschieht, und zu einer reinen Kapitaldeckung überzugehen. Deswegen ist es so notwendig – vor allem im Interesse der älteren Menschen –, glasklar festzustellen, dass so etwas jedenfalls in diesem Haus nicht zu machen ist. Genauso muss klaggestellt werden, dass die Reden, die jener Professor ständig hält, aufhören müssen. Sie verunsichern nämlich die Menschen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das bestehende Rentenversicherungssystem vernünftig weiterzuentwickeln, das ist die Aufgabe, die wir gemeinsam haben. Der nächste Schritt, der getan werden muss, nachdem die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung, ergänzt durch Kapitaldeckung, geleistet worden ist, ist nicht die Debatte über die Verlängerung des nominalen Alters des Eintritts in die gesetzliche Rentenversicherung, sondern eine Debatte über die Frage, wie wir es zustande bringen, dass ältere Menschen aus dem Produktionsprozess nicht einfach herausgedrängt werden und dass das tatsächliche **Renteneintrittsalter** dem gesetzlichen angepasst wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(C) Diese Regierung, diese Koalition haben auf diesem Felde etwas vorzuweisen. In unserer Zeit ist das tatsächliche Renteneintrittsalter von unter 60 Jahren auf über 60 Jahre erhöht worden. Das ist die richtige Strategie, die wir fortführen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Strategie hilft den Menschen, länger im Produktionsprozess zu bleiben, wenn sie es wollen, und sie sichert die Finanzierbarkeit dieses Systems.

Die Unterschiede sind auch hier deutlich; ich habe sie benannt. Genauso werden die Unterschiede bei der Behandlung des gesamten Bereichs der Arbeitswelt deutlich. Da geht es in der Tat um das, was wir – wiederum gemeinsam, ohne dass Sie darüber noch reden wollen – gemacht haben, nämlich um die **Reformen auf dem Arbeitsmarkt**. Diese Reformen beginnen zu wirken. Sie schreiben auf Ihren Plakaten, dass wir sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verlieren. Das ist ein großer Quatsch: Seit ihrem In-Kraft-Treten am 1. Januar 2005 beginnen diese Reformen zu wirken. Seit April dieses Jahres entstehen täglich 1 500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Das ist die Wirkung einer vernünftigen Reformpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(D) Wir sind es, die dafür gesorgt haben, dass es für junge Leute, die unter 25 Jahre sind, einen Rechtsanspruch gibt entweder auf einen Ausbildungsplatz oder auf einen Arbeitsplatz oder auf eine Beschäftigung, die eine Perspektive in Bezug auf Qualifizierung in sich trägt. Das ist eine vernünftige Reformpolitik. Das ist eine Politik im Interesse der jungen Leute.

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang offen reden über Statistiken, die Sie gern fälschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Natürlich fälschen Sie die Statistiken! Sie schreiben auf Ihre Plakate, es gebe 5 Millionen Arbeitslose. Sie haben völlig außen vor gelassen, dass Sie selber eine Reform mitbeschlossen haben, durch die zwischen 300 000 und 400 000 Menschen, die vorher in der Sozialhilfe waren, obwohl sie arbeitsfähig sind, neu in die Statistik gekommen sind. Das sind die gleichen Leute; nur die Statistik hat sich geändert. Das verraten Sie den Menschen in Deutschland aber nicht, weil Sie von dieser Art der Verlogenheit etwas haben wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Hinter dieser Zahl stehen 180 000 junge Leute unter 25 Jahren, die bereits Sozialhilfekarrieren vor sich hatten. Wir sind unserer Verantwortung nachgekommen und haben sie da herausgeholt, um ihnen endlich eine Perspektive zu geben. Denn nichts ist schlimmer, als wenn Menschen in diesem Alter bereits Sozialhilfekarrieren

## Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) vor sich haben und keine Perspektive in Bezug auf Ausbildung, Arbeit oder sonstige Tätigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Im Übrigen will ich mit Ihnen gerne über die Arbeitswelt reden. Wir haben eine vernünftige Balance zwischen der Flexibilität in den Unternehmen und dem Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor willkürlicher Entlassung gefunden. Ich wiederhole: Das ist eine vernünftige Balance. Diese Balance trägt wirtschaftlich, gibt den Menschen aber auch hinreichend Sicherheit. Sie wollen das zerschlagen: Sie wollen Menschen, die einen Job haben und die gute Arbeit machen, in Unsicherheiten stürzen. Das ist nicht richtig. Es ist übrigens auch wirtschaftlich nicht vernünftig;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

denn auch die Stabilität dieser Gesellschaft ist Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges, den wir haben.

Lassen Sie uns über Steuerpolitik reden; darüber rede ich gern, insbesondere jetzt. Als wir ins Amt kamen – das gehört zu der Bilanz, die Sie gefordert haben –, war der **Spitzensteuersatz** bei 53 Prozent und der **Eingangssteuersatz** bei 25,9 Prozent. Das war das Ergebnis Ihrer Politik. Jetzt ist der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent und der Eingangssteuersatz bei 15 Prozent. Das hilft Menschen konkret.

- (B) Übrigens, die Konsequenz dessen ist, dass die Nettolohnentwicklung in der Zeit unserer Regierung deutlich günstiger ist als zwischen 1992 und 1998.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das ist Ergebnis unserer Politik, meine Damen und Herren. Wir werden diese Politik fortsetzen. Wir haben angekündigt – wir stehen dazu –, dass wir aufgrund der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die sonst infrage gestellt würde, den **Körperschaftsteuersatz** auf 19 Prozent herunterbringen werden. Gegenfinanziert werden soll dies aus dem Aufkommen der Unternehmensbesteuerung; da wird wirklich Subventionsabbau betrieben.

Genauso werden wir es mit der **Erbschaftsteuer** machen, hinsichtlich deren ich immer nur gehört habe, man wolle pro Jahr 10 Prozent an sich geschuldeter Erbschaftsteuer nicht haben, um, wenn das Unternehmen zehn Jahre lang weitergeführt wird, ganz auf sie zu verzichten. Dazu haben wir viel gehört, zum Beispiel aus Bayern. Wenn es aber Ernst wird, hat man es alles nicht so gemeint. Wir werden dies wieder auf die Tagesordnung setzen, weil es eine vernünftige Steuerpolitik ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dann wird erzählt, wir wollten den Menschen, die als Verheiratete mehr als 500 000 Euro an versteuerbarem Einkommen – brutto oder netto – haben, 3 Prozent abnehmen

(Dr. Hermann Kues [CDU/CSU]: Das ist doch eine Luftnummer! – Michael Glos [CDU/CSU]: Michael Schumacher!) (C)

und diese Mittel in Bildung, Betreuung sowie Forschung und Entwicklung stecken.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie meinen bestimmt  
3 Cent!)

– Das ist der Generalsekretär der FDP, einer der schlauesten Generalsekretäre, die Deutschland je gesehen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall des  
Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Jene Menschen, die diese 3 Prozent zahlen sollen – über meinen Beruf kenne ich viele, die in dieser Kategorie sind –, sagen: Okay, wenn ihr das an Bildung und an die Betreuung der Kinder bindet, sind wir bereit, unser Scherflein dazu beizutragen. Dies werden wir durchsetzen, meine Damen und Herren. Ich habe damit überhaupt keine Probleme; damit dies einmal klar ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

An einem jedenfalls sollte man festhalten: dass Besteuerung in diesem Land entsprechend der Leistungsfähigkeit der Menschen erfolgt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dazu muss ich wieder einmal auf jenen Herrn aus Heidelberg zu sprechen kommen. Übrigens ist Heidelberg eine wunderschöne Stadt; ich war gerade dort. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dieser Herr aus Heidelberg sagt, **Leistungsfähigkeit und Besteuerung** gehörten nicht zusammen, er wolle 25 Prozent für alle. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist in einer Weise sozial ungerecht, die kaum noch zu überbieten ist. Geben Sie diesen Quatsch auf! Er führt zu nichts.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich darf nicht sagen, dass er zu nichts führe. Ich muss sagen: Er führt zum Beispiel dazu, dass der Staat auf allen Ebenen im ersten Jahr fast 43 Milliarden Euro weniger in den Kassen hat.

(Zuruf von der SPD: Was heißt das?)

– Genau. Man muss doch einmal klar aussprechen, was dies bedeutet: weniger Investitionen in Bildung, weniger Investitionen in Betreuung, weniger Investitionen in Forschung und Entwicklung, weniger Investitionen in die innere Sicherheit. Meine Damen und Herren, ein solches **Steuerkonzept** ist unsinnig. Niemand kann derartige Experimente verantworten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dann höre ich, dass gesagt wird, man könne das ja einmal versuchen; so ernst sei es auch nicht zu nehmen,



**Bundeskanzler Gerhard Schröder**

- (A) was Herr Kirchhof da erzählt. So sagte Frau Merkel, wenn auch nicht direkt zitiert, aber doch sinngemäß.

(Lachen bei der CDU/CSU)

– Dass Sie an dieser Stelle lachen, habe ich mir gedacht. Ich lerne doch nicht auswendig, was Ihre Fraktionsvorsitzende sagt, um es dann zitieren zu können. So weit wollen wir doch wohl nicht gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber es ist völlig klar, was dies bedeutete. Wer bezahlt denn das, was Herr Kirchhof da vorschlägt? Darauf wird zurückzukommen sein. Zunächst einmal, meine Damen und Herren, sagen Sie, man solle diesen Vorschlag nicht so ernst nehmen, er werde frühestens in der zweiten Legislaturperiode zum Tragen kommen. Unabhängig davon, dass es keine solche geben wird – es gibt ja nicht einmal eine erste –,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Wolfgang Zöllner [CDU/  
CSU]: Wenn ihr mit der PDS regieren wollt!)

sage ich Ihnen: Wer so über Steuerpolitik, über die Grundlagen der Finanzierung unseres Staatswesens redet, wer meint, er dürfe 82 Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu Versuchskaninchen von Herrn Kirchhof erklären, der handelt unverantwortlich. So kann man das doch nicht machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- (B) Es ist richtig, hier und heute über die **Finanzierungsvorschläge** zu reden, die gemacht wurden. Die Finanzierung dieser merkwürdigen Konzepte soll unter anderem über die Abschaffung der Steuerfreiheit für Nachtarbeiter, für Feiertagsarbeiter und für Schichtarbeiter – natürlich auch für Arbeiterinnen – erfolgen. Dies ist im Kern Ihr Konzept.

Die Menschen, die sich feiertags und nachts für uns alle krumm legen, sollen die Steuerpolitik von Herrn Kirchhof bezahlen! Meine Damen und Herren, dies kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. Das darf nicht sein und das wird auch nicht sein; ich bin dessen sicher.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wer in dieser Weise mit den Rechten derer umgeht, die nun wahrlich zu denjenigen gehören, die für sich selbst und ihre Familien, vor allen Dingen aber für das Gemeinwesen da sind, der zeigt nur eines: Er hat wirklich nicht verstanden, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält, nämlich das Maß an Gerechtigkeit, das Menschen möglich ist, und das Maß an Solidarität, auf das ein jeder Anspruch hat. Darum sollte es gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich habe deutlich gemacht, dass die Agenda einen doppelten Sinn hat: Es geht darum, Ressourcen freizubekommen, um in wirkliche Zukunftsfelder zu investieren. Wir haben damit begonnen, in **Forschung und Entwicklung** zu investieren. Wir sind es gewesen, die die-

sen Haushalt um mehr als 30 Prozent gesteigert haben. Wir haben erreichen können, dass wir inzwischen unter den großen europäischen Staaten hinsichtlich des Aufkommens an Investitionen die Nummer eins sind. Die Skandinavier sind besser und da müssen wir hin. In dieser Dekade müssen wir es schaffen, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung zu verwenden. Das muss geleistet werden; das ist Kern unserer Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Genauso klar muss sein, dass wir die über die Neujustierung der Sozialsysteme frei werdenden Mittel in die **Bildung unserer Kinder** investieren, vor allen Dingen in bessere Betreuung. Obwohl formal nicht zuständig, sind wir es gewesen, die damit begonnen haben. Wir haben 4 Milliarden Euro in die Hand genommen, um die **Ganztagsbetreuung** in unseren Schulen zu verbessern. Das beginnt zu wirken, meine Damen und Herren. Bis Ende 2007 werden 10 000 davon profitieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir sind es gewesen, die im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II dafür gesorgt haben, dass die Kommunen Mittel freibekommen. Ihnen geht es zurzeit so gut wie selten zuvor.

(Beifall des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgit-  
ter] [SPD] – Lachen bei der CDU/CSU)

– Lesen Sie doch einmal die Zeitungen! Dass sie schwarze Zahlen schreiben, können Sie doch in jedem Wirtschaftsteil lesen, wenn Sie überhaupt je den Wirtschaftsteil zur Hand nehmen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Das können Sie doch lesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir sind es gewesen, die gesagt haben: Von den ersparten 2,5 Milliarden Euro werdet ihr 1,5 Milliarden Euro in die Betreuung der unter Dreijährigen investieren. Das ist zukunftsgerichtete Politik; um deren Weiterführung ohne Abstriche geht es.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir sind es gewesen, die auf diesem Feld begonnen haben, den Familien zu helfen, zuerst mit der Erhöhung des Kindergeldes, dann mit den Betreuungseinrichtungen, über die ich geredet habe.

An dieser Stelle werden wir weitermachen. Der nächste Schritt wird ein **Elterngeld** sein, das diejenigen, die Kinder haben wollen, in den Stand setzt – ob Frau oder Mann –, sich ein Jahr lang um diese Kinder zu kümmern, ohne dass sie gravierendste Einbußen an Materiellem und an Karrieremöglichkeiten erleiden müssen. Das ist der Kern einer neuen Familienpolitik, ergänzt

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) durch die Betreuungsangebote, die wir gemacht haben und weiter machen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie können ja sagen, was Sie stattdessen wollen, und die Menschen werden entscheiden können.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sind wir bei einer  
Wahlveranstaltung?)

Das Gleiche gilt in Bezug auf die internationale Politik. Wir werden morgen im Beisein des russischen Präsidenten

(Zurufe von der FDP: Ah!)

– was „Ah!“? –

(Ludwig Stiegler [SPD]: Neidhammel!)

einen wirklich wegweisenden Schritt erleben, nämlich den, dass ein russisches Unternehmen auf der einen Seite und zwei deutsche auf der anderen Seite vereinbaren werden, die **Unabhängigkeit der deutschen Energieversorgung** zu sichern – darum geht es nämlich im Klartext –,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

indem in der Ostsee eine Pipeline gebaut wird, die ihresgleichen sucht und die zu dieser Sicherung beiträgt. Ich halte das für einen der entscheidenden Schritte, was die Sicherung unserer Energieversorgung gerade in der jetzigen Zeit angeht.

(B)

Was wir im Verhältnis zwischen Deutschland und Russland, im Verhältnis zwischen Europa und Russland eingeleitet haben und was gelegentlich von Außenpolitikern Ihrer Seite, wenn ich sie denn so bezeichnen soll, diskreditiert wird, sucht seinesgleichen. Das ist die richtige Konsequenz aus der historischen Verantwortung und das ist die richtige Konsequenz, wenn es um die Sicherung der für unsere Wirtschaft so bedeutsamen Energieversorgung geht. Das ist im Mittelpunkt dessen, was morgen geleistet werden wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt, dass wir **Außenwirtschaftspolitik und Außenpolitik** interessengerecht, an unseren Interessen orientiert betreiben. Das zeigt im Übrigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Diese Regierung – es macht Sinn, dass das so bleibt – hat Deutschland als eine mittlere Macht positioniert, die bündnisfähig und bündnisbereit ist, die hilft, wenn Freunde in Not sind, aber die Nein zu sagen in der Lage ist, wenn über einen Krieg entschieden wird, dessen Sinn wir nicht einsehen, die also Nein zu sagen in der Lage ist und das auch tut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die wirtschaftlichen Erfolge sind sichtbar. Im **Arbeitsmarkt** ist Bewegung,

(Zurufe von der CDU/CSU: Wo?)

(C)

längst nicht so viel – wer wollte das bestreiten? –, wie ich mir wünschte. Bei den unter 25-Jährigen sind wir besser als der Durchschnitt der Eurozone. Das wird so weitergehen; ich bin dessen sicher.

Wenn Sie sich die **ökonomischen Daten** anschauen, wenn Sie sich zum Beispiel vor Augen führen, dass Deutschland in dieser Phase – sie ist schwierig genug; es waren drei Jahre der Stagnation, die Gott sei Dank hinter uns liegen – als einziges G-7-Land Marktanteile hinzugewonnen und nicht verloren hat, wenn Sie sich vor Augen führen, dass wir im Moment auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gewinnen, wenn Sie sich vor Augen führen, wie das Bestellverhalten bei der Ausrüstungsindustrie ist, wenn Sie sich vor Augen führen, dass wir 2004 wieder 10 Prozent Exportzuwachs hatten – man kann davon ausgehen, dass es sich in diesem Jahr in einer ganz ähnlichen Größenordnung bewegen wird –, dann wird deutlich, dass die Reformpolitik, die wir eingeleitet haben, wirklich positive Erfolge bringt und dass sie deshalb fortgesetzt werden soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben deutlich gemacht, was wir in der nahen Zukunft wo tun wollen. Wir werden an der Stabilisierung der Einnahmeseite – bei der Krankenkasse, bei der Rente – weiterarbeiten. Wir werden weiter daran arbeiten, dass endlich mehr Mittel in die Betreuung unserer Kinder gesteckt werden. Wir werden weiter daran arbeiten, dass endlich mehr in Forschung und Entwicklung sowie in Bildung investiert wird. Wir sind da auf dem richtigen Weg. Dieser Weg der Erneuerung nach innen und der außenpolitischen Positionierung des Landes als eine Friedensmacht, die die Konflikte dieser Welt möglichst friedlich lösen will, ist gut für Deutschland.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Er ist richtig und – ich bin dessen sicher – er wird fortgesetzt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der SPD sowie Abgeordnete des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Angela Merkel, Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Angela Merkel (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, wir haben Ihnen aufmerksam zugehört. Ich kann nur sagen: Es ist Ihnen nicht einmal im Ansatz gelungen, ein Konzept für die Zukunft aufzuzeigen, das Ihren Namen und Ihre Parteifarbe trägt.

(D)

Dr. Angela Merkel

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Da, wo Sie es versucht haben, hat das Ganze einen Haken: Da, wo es besonders schöne Wohltaten sind, wo es darum geht, Geld auszugeben, würden sie nie Realität werden, weil es die reale Finanzlage des Bundes überhaupt nicht zulässt.

(Widerspruch bei der SPD)

Da, wo Sie falsche Konzepte vertreten, wie zum Beispiel die Bürgerversicherung – gegen den Rat aller Fachleute –,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Stimmt doch überhaupt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Richtig!)

würden Sie Deutschland nicht nutzen, sondern schaden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Da, wo Sie vielleicht ansatzweise einmal in die richtige Richtung denken, würden Sie wieder an Ihrer eigenen Partei scheitern.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Herr Stoiber sieht das anders!)

Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Damit es für die Bürgerinnen und Bürger, die uns zuschauen, nicht in Vergessenheit gerät: Genau aus diesem Grunde ist in knapp zwei Wochen Wahl, Herr Bundeskanzler, genau aus diesem Grunde.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben sieben Jahre lang entweder leere Versprechungen gemacht, die falsche Politik verfolgt oder Sie konnten sich nicht durchsetzen. Das ist der Dreiklang des rot-grünen Scheiterns. Deshalb kann man nur sagen: Alles, was Sie versucht haben, in Ihren Pünktchen zu vertreten, ist Schall und Rauch. Eigentlich wäre ein Zukunftsprogramm zu dieser Jahreszeit, in dieser Woche ein **Haushalt** gewesen, den Sie hätten vorlegen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist die Visitenkarte jedweder Regierung gegenüber dem Parlament. Das haben Sie nicht geschafft. Deshalb sind Sie Vergangenheit, Herr Bundeskanzler, deshalb sind Sie gescheitert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Ziemlich arrogant!)

Sie sind ein Mann, der seine Chance hatte und die er nicht nutzte, weil er gescheitert ist an seiner Partei, an sich selbst und an seiner Wahrnehmung der Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulla Burchardt [SPD]: Wovon träumen Sie eigentlich nachts?)

Meine Damen und Herren, das, was die Menschen draußen im Lande interessiert, sind doch ganz andere

Fragen. Das ist die Frage: Gibt es heute weniger **Arbeitslose** als vor sieben Jahren, als Rot-Grün begann, meine Damen und Herren? (C)

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ja, es gibt weniger! Sie können nur nicht zählen! Plus und Minus können Sie nicht unterscheiden!)

Die Antwort heißt: Nein, es gibt nicht weniger Arbeitslose. Es gibt fast 5 Millionen Arbeitslose. Darüber kommen Sie auch nicht hinweg. Das ist einfach so; das weisen Ihre Statistiken aus.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie sind eine Fälscherin!)

Es gibt 1,3 Millionen Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und es gibt, von der Bundesagentur vor wenigen Tagen noch einmal verdeutlicht, im Jahresdurchschnitt des letzten Jahres mehr als 1 000, genau: 1 100 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weniger.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Du sollst kein falsches Zeugnis geben, heißt es in der Bibel! Eine Fälscherin! Falsches Zeugnis!)

Es gibt keine vernünftige Statistik, die nicht einen Jahresvergleich beinhaltet, sondern es gibt nur eine Statistik, die mit einem Jahresvergleich arbeitet, weil die Jahreszeiten Eingang in die Beschäftigungslage finden; das wissen Sie.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Und weil die Entwicklung immer weiter geht!)

(D)

Gaukeln Sie den Menschen nichts vor! Es sind auch im letzten Jahr über 1 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gewesen, die verloren gegangen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ludwig Stiegler [SPD]: Sie wollen keine Entwicklung zur Kenntnis nehmen!)

Die Frage, die die Menschen interessiert, ist: Gibt es weniger **Bürokratie**? Da ist die Bilanz ganz eindeutig: 700 neue Gesetze und mehr als 1 000 neue Verordnungen. Wer da behauptet, es gebe weniger Bürokratie, und darauf verweisen sollte, dass Herr Clement 44 Regelwerke abgeschafft hat, dem kann ich nur sagen: Grandios gescheitert. Alles ist komplizierter geworden. – Das ist die Bilanz von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Gernot Erler [SPD]: Jetzt kommt die Kopfpause!)

Gibt es heute mehr **Wachstum** als vor sieben Jahren? Nein. Gerade wurden die Wachstumsprognosen wieder nach unten korrigiert: weniger als 1 Prozent. Übereinstimmende Meinung aller Forschungsinstitute ist: Es gibt kein Zusammengehen der Schere zwischen Ost und West. Die Antwort heißt: Nein.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Hören Sie auf mit dem Schlechtreden!)

Dr. Angela Merkel

- (A) Sind unsere **sozialen Sicherungssysteme** sicherer geworden? Die Antwort heißt ganz eindeutig: Nein. Die Rente wird auf Pump finanziert. Die Schwankungsreserve ist aufgebraucht. Und die Pflegeversicherung befindet sich in einem ganz bemitleidenswerten Zustand. Das sind die Realitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb muss die Frage, ob es unserem Land heute besser geht als vor sieben Jahren, mit einem ganz klaren Nein beantwortet werden.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Weil Sie Wahrnehmungsstörungen haben!)

Wir müssen Sie einfach wieder an Ihre Worte erinnern, Herr Bundeskanzler – Sie haben damals richtigerweise die **Arbeitslosigkeit** zum zentralen Maßstab Ihres Erfolgs gemacht –: Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken, dann sind wir es nicht wert, wieder gewählt zu werden. – Wo Sie Recht haben, haben Sie Recht; genau das wird passieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn Sie durchs Land gehen und den Menschen sagen, sieben Jahre Rot-Grün seien gute Jahre für das Land gewesen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) dann ist das Hohn in den Augen derer, die heute Angst um ihren Arbeitsplatz haben, die keinen Arbeitsplatz haben, die Pleite gehen, die sich mit Bürokratie herum-schlagen. Das ist blanker Hohn!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Damit kommen wir dann auch zum Kern Ihres eigentlichen Scheiterns. Sie werden ein Land nur verändern können, wenn Sie die Menschen im Land ernst nehmen. Sie nehmen die Menschen nicht ernst, sondern Sie spielen mit den Menschen, und das ist der Fehler.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Sie lügen sie an!)

Sie haben immer wieder Versprechen gebrochen und damit Vertrauen zerstört. Deshalb werden wir anders vorgehen. Deshalb werden wir anders regieren.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie müssen brutto und netto unterscheiden können!)

Deshalb werden wir deutlich machen: Wir schließen Bündnisse mit den Menschen; wir nehmen sie ernst. Das ist die Voraussetzung, um ein Land nach vorn zu bringen und zu reformieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Genau deshalb brauchen wir eine Politik aus einem Guss,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Aus einem Regenguss! Kündigungsschutz weg!)

eine Politik, die die Richtung für das Land grundlegend beschreibt, die kein Zickzackkurs ist, die mit klaren

Mehrheitsverhältnissen arbeitet, Mehrheitsverhältnissen aus Union und FDP, damit wir nicht in ein Chaos aus Rot-Grün, vielleicht auch noch mit einem weiteren Rot dazu, kommen, meine Damen und Herren. (C)

(Gernot Erler [SPD]: Durchregieren!)

Denn auch das ist doch eine dieser großen Lügen. Sie sagen jetzt zwar, Sie wollten das nicht, aber andere, wie Herr Wowereit in Berlin, tun genau das Gegenteil.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Jetzt muss noch die Rote Armee kommen!)

Sie wären glaubwürdig gewesen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie jemals die Kraft gehabt hätten, Herrn Wowereit in Berlin von Rot-Rot abzubringen. Diese Kraft hatten Sie nicht. Deshalb glauben wir Ihnen nicht und die Menschen glauben Ihnen auch nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir brauchen einen neuen Anfang. Wir brauchen eine klare Entscheidung für Deutschland. Darum werben wir bei den Menschen. Wir wollen mit ihnen ein Bündnis in drei Zukunftsfeldern eingehen:

Erstens. Wir brauchen **Vorfahrt für Arbeit**.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist doch eine Plattitüde!)

Richtig ist: Sozial ist, was Arbeit schafft. Diesen Weg werden wir konsequent verfolgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie sagen aber nicht, wie!) (D)

Natürlich wollen wir menschenwürdige Arbeit, gut bezahlte Arbeit.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Lohnkürzungen!)

Aber wenn wir teurer sind als andere – und wir werden teurer sein; wir können den Wettbewerb um die billigsten Arbeitsplätze nicht gewinnen –, dann müssen wir besser sein.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Wir sind besser! Wir sind Exportweltmeister!)

Deshalb ist der Schlüssel zu allem: Innovation, Forschung, Kreativität und Ideenreichtum unseres Landes. Darauf setzen wir; das ist unser Schwerpunkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb werden wir überall dort, wo sich Barrieren auftun – ob das bei einer komplizierten Chemikalienrichtlinie in Brüssel, im Gentechnikgesetz oder bei der Beschneidung der forschenden pharmazeutischen Industrie ist –, Bremsen lockern, um **Forschung und Innovation** in Deutschland möglich zu machen. Ich bin sehr froh, dass Heinrich von Pierer sich bereit erklärt hat, als Berater zur Verfügung zu stehen, um einen Beitrag zur Innovation und zur Verknüpfung mit dem Mittelstand, der innovativer werden muss, zu leisten.

(Gernot Erler [SPD]: 60 Jahre Kernkraftwerke! Das ist seine Botschaft!)

Dr. Angela Merkel

(A) Er wird hier vernünftige und gute Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens. Wir werden natürlich die **Exzellenzinitiative** fortsetzen. Wir haben lange genug darüber verhandelt und nur uns ist es zu verdanken, dass es wirklich um Leistung geht und nicht um politische Steuerung.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Viel zu spät kam das von Ihnen!)

Es muss um Leistung gehen, wenn wir in der Forschung Höchstleistungen erzielen wollen. Wir sind stolz darauf, dass wir in den Verhandlungen erreicht haben, dass die Leistungsstärksten und nicht die politisch am meisten Gewollten an der Innovation teilnehmen können und das Geld dafür bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wieder ist ein Popanz aufgebaut worden! – Ulla Burchardt [SPD]: Das ist eine glatte Lüge!)

Drittens. Wir werden **Bürokratieabbau** ganz vorne ansetzen. In der jetzigen Situation des Haushaltes gibt es nur eine Möglichkeit: Wachstum schaffen vor allen Dingen durch Maßnahmen, die nichts kosten. Deshalb ist Bürokratieabbau ein Schlüsselpunkt in unserem Programm.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was heißt das denn?)

(B) – Das heißt, dass wir uns noch einmal vergegenwärtigen müssen, dass kleine und mittlere Unternehmen heute 4 bis 6 Prozent ihres Umsatzes für Bürokratiekosten ausgeben. Da ist es vielleicht einmal einen Gedanken wert, zu überlegen: Wie halbieren wir die Bürokratiekosten, um so den Mittelstand mit mehr Eigenkapital auszustatten und es ihm zu ermöglichen, Kredite aufzunehmen und damit in die Zukunft zu investieren und dann auch wieder mehr junge Leute auszubilden? Meine Damen und Herren, das ist doch kein Zustand, wie es zurzeit mit den Ausbildungsplätzen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden auch das **Steuerrecht** vereinfachen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Amateurliga!)

Dies ist eine zentrale Frage bei der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Die Menschen draußen empfinden es doch auch so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: 73 Prozent sind dagegen!)

Die Menschen draußen wissen doch, dass das Problem unseres Steuerrechts heute darin besteht, dass wir zwar Steuersätze haben, die gut klingen, dass aber die, die am meisten verdienen, auch die beste Kenntnis von den Ausnahmen haben. Deshalb müssen Ausnahmen abgeschafft werden, damit Gerechtigkeit in das Steuergesetz einzieht. Wir werden ein Programm auflegen, mit dem

wir den Eingangssteuersatz auf 12 Prozent und den Spitzensteuersatz auf 39 Prozent senken und im Gegenzug eine Vielzahl von Ausnahmen abschaffen. (C)

(Zurufe von der SPD: Welche? – Gernot Erler [SPD]: Her mit der Liste!)

– Die stehen alle in unserem Regierungsprogramm und sind sehr gut nachlesbar. – Dann wird ein Stück mehr Gerechtigkeit in die gesamte Steuerdebatte kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden im Übrigen zum ersten Mal – ich halte das für eine ganz qualitative Entscheidung – jedem Bürger unseres Landes einen Freibetrag von 8 000 Euro einräumen, egal ob es ein Kind ist oder ein Erwachsener. Damit wird zum ersten Mal deutlich, dass uns in dieser Gesellschaft Kinder genauso viel wert sind wie Erwachsene. Damit geben wir eine Antwort auf die Zukunftsprobleme unserer Zeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Art und Weise, wie Sie mit **Paul Kirchhof** umspringen, wie Sie ihn titulieren,

(Zuruf von der SPD: Das machen Sie doch selber!)

spricht gegen alles, was Deutschland vertragen kann. Ich glaube, im Ausland fasst man sich an den Kopf, wenn man hört, was Sozialdemokraten hier von sich geben.

(Gernot Erler [SPD]: Die kennen den gar nicht!)

(D)

Ich kann das eigentlich nur mit permanenten historischen Irrtümern erklären. Auch Kurt Schumacher – erinnern wir uns – hat im Wahlkampf 1949 immer ganz deutlich von einem Professor aus Nürnberg gesprochen, der ein Werbeluftballon sei, der ein Agitator sei, der ein Ideologe sei. Meine Damen und Herren, es war **Ludwig Erhard**, der Vater der sozialen Marktwirtschaft. Sie haben bis Anfang der 60er-Jahre gebraucht, um zu verstehen, was dieser Mann für Deutschland bedeutet hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Bundeskanzler, Sie sollten sich ab und an mal über die Beschlüsse des Bundesrates informieren lassen. Dort ist gegen die Stimmen der sozialdemokratisch regierten Länder das **Erbschaftsteuerrecht** genau in der von Ihnen beschriebenen Weise beschlossen worden – gegen die Stimmen der sozialdemokratisch regierten Länder. Gott sei Dank sind es so wenige, dass wir eine satte Mehrheit hatten. Dann haben wir die Sache hier eingebracht und ihr ist eben nicht zugestimmt worden. Das ist die Wahrheit. Deshalb: Kümmern Sie sich doch um die Fakten und erzählen Sie hier nicht solche Dinge!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode eine **Unternehmensteuerreform** machen, die zu einer rechtsformneutralen Besteuerung aller Unternehmen führt. Das heißt, dass Körperschaften nicht besser gestellt werden

Dr. Angela Merkel

- (A) als Personengesellschaften – ein Ursprung von Gerechtigkeit, dem wir uns nähern müssen.

Ich habe heute kein Wort von Ihnen dazu gehört, was Sie auf diesem Gebiet vorhaben. Nur Klein-Klein, punktuell hier und dort! Das ist vollkommen inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Selbstverständlich haben Sie natürlich auch nichts zu den Ausführungen Ihres Finanzministers im heutigen „Tagesspiegel“ gesagt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ja!)

Da wird das **Chaos** nun komplett. Was erwartet uns denn in Bezug auf die Mindestbesteuerung? Wie wird die Mehrwertsteuer verändert? Was hat er vor? Es ist ganz interessant: Er bringt alle Beschlüsse von früher wieder ein. Da wird wohl die Pendlerpauschale wieder auf die Tagesordnung kommen. Rot-Grün hatte vorgeschlagen, sie auf 15 Cent für alle Entfernungen zu senken.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Wir haben im Vermittlungsausschuss dafür gesorgt, dass sie von 36 respektive 40 Cent auf 30 Cent gesenkt wurde und nicht auf 15 Cent, wie Sie es vorhatten. Ich finde, die Menschen draußen müssen wissen, was sie erwarten würde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Menschen draußen können froh sein, dass wir ihnen vor der Wahl sagen, was wir nach der Wahl machen, damit sie endlich Sicherheit über das haben, worüber sie entscheiden. Das werden sie dann am 18. September auch tun; davon bin ich völlig überzeugt.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Bundeskanzler, natürlich haben wir Hartz IV gemeinsam beschlossen, im Übrigen auch die Teile, deren Sie sich jetzt rühmen: dass zum Beispiel für junge Menschen ein Angebot gemacht werden soll. Die Wahrheit ist nur: In den letzten Jahren ist die Jugendarbeitslosigkeit um 25 Prozent gestiegen. Wir sind längst nicht mehr Spitze in Europa, sondern liegen irgendwo im Mittelfeld. Da muss etwas getan werden,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie liegen in der Wahrnehmung immer um Jahre zurück!)

und zwar nicht nur in Form von 1-Euro-Jobs. Da müssen vielmehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dazu kann ich nur sagen: Wir müssen versuchen, hier die richtigen Weichen zu stellen.

Ich sage es Ihnen voraus – auch hier wird die Geschichte uns Recht geben, wenn wir es tun –: Wir müssen weitere **Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt** durchführen, damit für die Menschen die Barriere gesenkt wird, in den ersten Arbeitsmarkt hineinzukommen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sozialabbau machen Sie!)

Sie können es so oft behaupten, wie Sie es wollen: Wir wollen bei niemandem, der heute einen Arbeitsplatz hat, den Kündigungsschutz ändern. (C)

(Widerspruch bei der SPD)

Aber wir wollen bei denen, die einen Arbeitsplatz suchen,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Tagelöhner wollen Sie wieder!)

darüber nachdenken – das werden wir auch tun –, eine Option einzuführen, und zwar entweder den klassischen Kündigungsschutz beizubehalten oder bei der Einstellung eine Abfindung zu vereinbaren,

(Jörg Tauss [SPD]: Unfug!)

damit gerade Mittelständler und kleine Betriebe nicht Angst haben müssen, vor dem Arbeitsgericht viel Zeit zu verbringen, sondern damit sie Rechtssicherheit haben. Ich bitte Sie: Angesichts von fast 5 Millionen Menschen, die Arbeit suchen, ist das doch das Mindeste, was man einmal versuchen kann.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

Es ist doch nicht redlich, hier wieder den Untergang des Abendlandes auszurufen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Menschen als Versuchskaninchen!)

Wir brauchen betriebliche Bündnisse für Arbeit, weil in vielen Fällen die kleinen Betriebe – das betrifft nicht die großen; bei den großen stehen die Kameras vor der Tür; da wird eine Regelung gefunden, wie sie der Betriebsrat oder die Beschäftigten wollen – (D)

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Die kleinen haben doch gar keinen Betriebsrat!)

Probleme haben, nicht schnell genug reagieren zu können. Es gibt zig Beispiele, bei denen wir später über einen Sozialplan oder ein Insolvenzverfahren geredet haben, das hätte abgewendet werden können, wenn die Gewerkschaften zugestimmt hätten.

(Zurufe von der SPD)

Ich verkenne nicht – ich habe gestern ausführlich mit dem DGB gesprochen –, dass es inzwischen in einigen Branchen sehr flexible Tarifverträge gibt. Aber ich stelle auch fest, dass es andere Branchen gibt, in denen diese Flexibilität nicht da ist. Wir brauchen die rechtliche Grundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit, um Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und ihre Abwanderung zu verhindern. Das Ziel ist: Vorfahrt für Arbeit!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Uwe Küster [SPD]: Vorwärts in die Vergangenheit!)

Wir werden die Lohnzusatzkosten senken. Eine Möglichkeit ist die **Gesundheitsprämie**. Es ist schon abenteuerlich – auch Sie haben sich mit den Ergebnissen der Rürup-Kommission befasst –, dass Sie immer wieder

Dr. Angela Merkel

- (A) wahrheitswidrig Dinge behaupten, die nicht richtig sind. Wir schlagen eine solidarische Gesundheitsprämie vor,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Solidarisch?)

wobei zum Zeitpunkt der Umstellung kein einziger Bürger und keine einzige Bürgerin mehr zahlen, als sie vor der Umstellung gezahlt haben. Dies geschieht im Rahmen eines automatischen Sozialausgleichs. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es kommt hinzu, dass wir die Gesundheitskosten für die Kinder aus dem Steuersystem bezahlen werden. Das bedeutet, dass zum allerersten Mal auch diejenigen, die über 3 500 Euro verdienen, einen Beitrag dazu leisten werden, dass die Gesundheit der Kinder in Deutschland beitragsfrei gesichert werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Max Stadler [FDP])

Sie reden über Reichensteuern und sonstwas, was gar nichts einbringt. Wir sehen Maßnahmen vor, durch die mehr Gerechtigkeit geschaffen wird. Da zeigt sich: Auch diejenigen, die über 3 500 Euro verdienen, leisten ihren solidarischen Beitrag. Es ist doch nicht einzusehen, dass wir alle, die wir hier sitzen und über 3 500 Euro verdienen, nicht mehr für die Gesundheit der Kinder zahlen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Ich zahle!)

- (B) Das wird sich ändern. Das ist ein Schritt zu mehr Solidarität in unserer Gesellschaft. Den werden wir ganz offensiv verfolgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöhen, um zu dem Kern unserer Bemühungen, nämlich die **Lohnzusatzkosten** zu verringern – die Lohnzusatzkosten in Deutschland sind mit die höchsten in Europa –, vorzustoßen und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 Prozentpunkte senken zu können. Das ist dann ein Beitrag dazu, dass Arbeit nicht weiter abwandert. Schauen Sie sich die Lohnzusatzkosten im verarbeitenden Gewerbe in Dänemark und in Westdeutschland an. Während es in Dänemark im Durchschnitt 7 Euro sind, sind es in Deutschland mehr als 12 Euro. Das heißt, jeder deutsche Mitarbeiter muss um 5 Euro pro Stunde besser sein, um das auszugleichen. Da kann ich doch nur sagen: Das wird nicht gelingen. Deshalb ist der einzige Weg, wenn wir den Menschen nicht Gehalt wegnehmen wollen – das wollen wir nicht –, die Lohnzusatzkosten zu senken und auf breite Schultern zu verteilen. Genau das machen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir gehen im Übrigen nicht an den ermäßigten **Mehrwertsteuersatz** heran – das verbietet sich aus sozialen Gründen –, sondern wir sagen: Hier muss ein Schwerpunkt gesetzt werden. Er muss erhalten bleiben. Vielmehr gehen wir an den normalen Mehrwertsteuer-

satz heran, um zum Kern unserer Maßnahmen vorzudringen. Da ist ja bei Ihnen dieser Tage das blanke Durcheinander ausgebrochen. Ich kann nur sagen: Es erbarmt einen, wenn man das sieht. Aber es wird ja keine Rolle mehr spielen, weil Sie nicht mehr die Möglichkeit erhalten, das alles umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nun würde ich auch gern ein Wort – weil es ein Standortfaktor ist – zu den Energiepreisen, Energiekosten und zur **Energiepolitik** sagen. Ich darf das Hohe Haus vielleicht noch einmal freundlich daran erinnern, dass das Stromeinspeisungsgesetz von einer von der Union und der FDP getragenen Regierung verabschiedet worden ist. Es ist weiterentwickelt worden und enthält gute Elemente. Aber diese guten Elemente haben heute keinerlei Deckelung nach oben. Deshalb stellen wir die Frage, ob man an dieser Stelle vielleicht ein wenig über das Ziel hinausschießt. Darüber muss im Detail gesprochen werden; denn wir müssen bei der Energiepolitik natürlich immer drei Dinge gleichzeitig im Auge haben – das ist im Übrigen auch das Spannungsfeld der nachhaltigen Politik –: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Alle drei sind gleich viel wert. Nicht das eine gegen das andere auszuspielen, sondern eine in sich konsistente Energiepolitik machen, das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe das Kioto-Protokoll verhandelt. Im Nachhinein finden Sie es ja besser, als Sie es damals geschrieben haben. Wir müssen es umsetzen, im Übrigen auch in Europa. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika hier eine Kehrtwende machen, dass sie einsehen, dass ihre Politik nicht die richtige ist.

(Widerspruch bei der SPD)

– Ist Ihnen das nicht Recht? Das ist mir, ehrlich gesagt, egal. Wir werden es tun. Wir werden dafür werben. Daran wird kein Weg vorbeigehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuerufe von der SPD)

Wahr ist auch, dass Sie, Herr Bundeskanzler, 1998 den Menschen versprochen haben, es gebe nicht mehr als 6 Pfennig – das sind ungefähr 3 Cent – **Mineralölsteuererhöhung**. Mehr sei mit Ihnen nicht zu machen. Das sei das Ende der Fahnenstange, haben Sie hinzugefügt. Dann haben Sie gesagt: Mein Wort gilt. – Gucken Sie sich die „Bild am Sonntag“ an: Mein Wort gilt.

(Unruhe bei der CDU/CSU)

Heute sind wir bei 15 Cent und die Bürgerinnen und Bürger können sich einen Eindruck davon verschaffen, wie das Wort des Bundeskanzlers gegolten hat: versprochen, gebrochen. Alles Schall und Rauch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Angela Merkel

- (A) Nur muss ich Ihnen sagen: Ich finde es schon dreist – deshalb habe ich mir die Datensammlung Ihres verehrten Finanzministers aus dem Jahre 2004 noch einmal kommen lassen, damit wir uns vergewissern können –: Die Einnahmen aus dem Ökosteuersatz von 1 Cent für Diesel und Benzin machen 650 Millionen Euro aus. Das heißt, 3 Cent ergeben 1,8 oder 1,9 Milliarden Euro. Das sind genau die 10 Prozent, die Sie benennen; 3 Cent auf Benzin und Diesel machen also genau den Beitrag aus, den Sie in den Haushalt hineinnehmen. Erkundigen Sie sich bei Ihrem Finanzminister! Sie wissen es aber auch so, Herr Bundeskanzler. Nur um eines Gags willen, nur um uns zu diskreditieren,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Bitte nicht weinen!)

nur um einen Preis herauszubekommen, mit dem Sie sagen können: „Die Mehrwertsteuererhöhung belastet mehr“, belügen Sie hier – ich sage das so hart, weil das, was Sie sagen, nicht stimmt –

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Stimmt!)

die Menschen. Nun fällt das ja nicht mehr auf, weil Sie den Menschen in Ihrer Regierungserklärung 1998 versprochen haben, dass das Geld nur in die Finanzierung der Renten fließt und nicht auch in den Haushalt. Später war es so, dass diese Einnahmen eben auch in den Haushalt gegangen sind.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: So ist es!)

- (B) Wissen Sie: Diese gesamte Kette, von 6 Pfennig bis zu 15 Cent, die hinterher zum Teil in den Haushalt geflossen sind, der heutige Versuch, mit Fakten, die nicht stimmen, ein falsches Bild zu erzeugen – das ist es, was die Leute in diesem Lande so unendlich satt haben. Deshalb sagen sie: So geht es nicht weiter.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb werden wir eine Energiepolitik betreiben, die natürlich das Ziel verfolgt, Energie einzusparen, die natürlich auf CO<sub>2</sub>-Minderung setzt, die aber auch darauf achtet, dass nicht aufgrund des **Zertifikathandels** unsere Wachstumsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Die Preise für die Zertifikate müssen sich am europäischen Vergleich orientieren. Wir werden eine Energiepolitik betreiben, die erneuerbare Energien fördert, mit der aber vor allem eine Sanierung im Gebäudebereich vorangetrieben werden soll, weil auf diese Weise die Dinge sehr viel effizienter vorgebracht werden können als auf anderen Gebieten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ferner werden wir in der Tat – das ist volkswirtschaftlich vernünftig – Laufzeiten unserer **Kernkraftwerke** – die im internationalen Vergleich die höchste Sicherheit aufweisen – über die Abschalttermine, die Sie aus rein ideologischen Gründen festgelegt haben, hinaus ermög-

lichen. Wenn die Wirtschaft das will, wird sie von uns die Möglichkeit dazu bekommen. Denn die Abwanderung von energieintensiven Branchen aus Deutschland – ob das die Aluminiumindustrie oder andere sind – ist einer der Gründe, warum wir gerade im industriellen Bereich immer weniger Arbeitsplätze aufweisen. Deshalb heißt unser Dreieck: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Ökologie.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Richtig!)

Wir werden allen drei Zielen gleichermaßen Rechnung tragen. Wenn Sie allein auf der Welt wären, dann würden Sie doch gern mitmachen,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

aber Ihnen folgt eben Ihre Truppe nicht. Ich kenne Sie ja aus sehr vielen derartigen Verhandlungen: Ich bitte Sie, es ist doch jämmerlich, dass Sie jetzt auch noch anfangen, die Volkswirtschaft zu bemühen.

Mir bereitet übrigens die größten Sorgen, dass wir unseren Einfluss in der Welt auf die **Entwicklung von Sicherheitsstandards** aufgeben, wenn wir selber keine Kernkraftwerke mehr betreiben.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Kompetenz!)

China wird Kernkraftwerke bauen. Dann werden wir dankbar sein, wenn wir über den nötigen technologischen Sachverstand verfügen. Ich will einmal davon absehen, dass ich nicht möchte, dass die Aufträge nur an Frankreich und Amerika gehen. Ich halte es für eine der zentralen Aufgaben der Zukunft, dafür zu sorgen, dass wir bei Kernkraftwerken wirklich vernünftige Sicherheitsstandards nicht nur in Deutschland, sondern weltweit haben. Darauf muss Deutschland Einfluss nehmen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir streben ein Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern erstens mit der Zielsetzung „Vorfahrt für Arbeit“ und zweitens mit der Zielsetzung „Zukunft für Familie“ an.

(Zuruf von der SPD: Ach, Gott!)

Meine Damen und Herren, der **demographische Wandel** ist einer der zentralen Punkte. Natürlich müssen wir alles daransetzen, dass sich Menschen für Kinder entscheiden. Ich habe mit Bedacht zuerst das Thema „Vorfahrt für Arbeit“ gewählt, weil ich glaube, dass die Zukunftszuversicht neben allem anderen, was wir tun müssen, bei der Entscheidung für Kinder die zentrale Frage ist.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Absolut richtig! Ja!)

Die Zuversicht in die Zukunft ist den Menschen in sieben Jahren Rot-Grün ein ganzes Stück abhanden gekommen. Das muss sich wieder ändern. Es muss wieder Licht am Ende des Tunnels scheinen, damit die Menschen verstehen, was Sache ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)



**Dr. Angela Merkel**

- (A) Ich habe bereits auf den Freibetrag in Höhe von 8 000 Euro hingewiesen. Das heißt, dass eine Familie mit zwei Kindern bei einem Einkommen bis 38 200 Euro – wenn man alle Freibeträge zusammenzählt – in Zukunft keine Steuern mehr zahlen muss. Das ist ein riesiger solidarischer, sozialer Fortschritt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist Bluff!)

Jetzt komme ich zum Thema **Subventionsabbau**. Subventionsabbau ist kein Selbstzweck. Koch und Steinbrück haben parteiübergreifend herausragende Vorschläge gemacht. Da können Sie also wirklich nicht sagen, wir hätten uns verweigert. Aber wir haben immer gesagt: Die Eigenheimzulage können wir nicht für irgendwelche technischen Großgeräte oder für Universitätsbauten ausgeben, sondern wir müssen darauf achten, dass diese Leistung, die heute im Wesentlichen Familien zugute kommt, auch in Zukunft Familien zugute kommt. Das ist gerechte Politik.

Deshalb werden wir von diesen Einnahmen den **Kinderbonus in der Rentenversicherung** bezahlen. Meine Damen und Herren, ich finde, einem Punkt gebührt besondere Beachtung: Zum ersten Mal schaffen wir es, im Umlageverfahren das durchzusetzen, wovon Familienpolitiker seit den 50er-Jahren geträumt haben: dass das Erziehen eigener Kinder, die später einmal Rentenbeitragszahler sein werden, bei der Rentenbeitragsleistung direkt berücksichtigt wird.

- (B) (Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist geltendes Recht, Madame!)

Deshalb werden wir den Eltern jedes ab dem 1. Januar 2007 neu geborenen Kindes 50 Euro ihres Rentenbeitrags erlassen. Das heißt, Eltern zahlen weniger, weil sie Kinder erziehen. Das ist ein gerechtes Umlageverfahren, in das drei Generationen einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Natürlich werden wir auch die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** weiterentwickeln. Auch das Programm der Bundesregierung zur Ganztagsbetreuung, über das mit den Ländern ja lange genug gestritten wurde, wird von einer von mir geführten Bundesregierung weiterverfolgt. Aber, meine Damen und Herren, den Schlüssel für bessere Kinderbetreuung hat nicht der Bund. Vielmehr hängt sie von der Leistungsfähigkeit der Kommunen ab, die auf so sicheren Füßen stehen müssen, dass ihnen das notwendige Geld zur Verfügung steht, um die Kinderbetreuung vor Ort realisieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb waren wir es, die dafür gesorgt haben, dass die Kommunen in diesem Jahr 2,3 Milliarden Euro mehr bekommen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihnen wäre daraus überhaupt nichts geworden. Wir haben damals in den Verhandlungen um Hartz IV darauf bestanden, dass die Kommunen besser ausgestattet werden, damit sie auch ihre Leistungen erbringen können. Das ist die Wahrheit. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Nein, das ist gelogen!)

Meine Damen und Herren, es geht um Vorfahrt für Arbeit, eine bessere Zukunft für Familien

(Zuruf von der SPD: Blabla!)

und ein **Europa** der Bürgerinnen und Bürger mit einem starken Deutschland, ein Europa, das auch ein starker Partner in der Welt ist. Europa ist in keiner ganz einfachen Situation. Wir haben uns hier glücklicherweise gemeinsam für die Verabschiedung des Verfassungsvertrages eingesetzt. Ich bedaure – wie auch andere –, dass der Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden keine Mehrheit gefunden hat.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich jetzt eine Denkpause verordnet. Eine Denkpause ist gut, wenn man weiß, worüber man nachdenkt.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Ja, das gilt allerdings auch für alle hier im Saal!)

Da sie nun aber schon ein paar Wochen anhält, werde ich mich dafür einsetzen, dass man sich in dieser Denkpause auch damit befasst, was die Bürgerinnen und Bürger am derzeitigen Europa stört. Das ist nicht die Europäische Union. Das ist nicht das Friedenswerk. Das ist nicht der Auftrag, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben. Das ist nicht die gemeinsame Verbrechensbekämpfung. All das finden die Menschen vernünftig. Was sie aber stört, sind der starke Hang zur Bürokratisierung und der Umstand, dass man sich von Brüssel aus in Dinge einmischt, die eigentlich besser vor Ort geregelt werden könnten. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb muss „Vorfahrt für Arbeit“ gelten, das Ziel, der dynamischste Kontinent der Welt zu werden. Auch bei jeder Verabschiedung einer **Richtlinie in Brüssel** muss erst einmal abgecheckt werden und gefragt werden: Dient das diesem Ziel? Wenn ich die vielen Richtlinien, die da in der Pipeline sind, sehe – selbst wenn Herr Verheugen sie auf 264 oder 254 reduziert hat –, dann muss ich feststellen: Das sind immer noch zu viele, um diesem zentralen Ziel, das sich Europa richtigerweise gesetzt hat, Rechnung zu tragen. Deshalb muss die Ausrichtung ganz eindeutig heißen: Europa wird nur eine Akzeptanz finden, wenn die Menschen in Europa gut leben, wenn sie Arbeit haben, wenn sie Wohlstand haben, wenn sie Zuwachs haben. Das wird natürlich ganz wesentlich von der Lage in Deutschland abhängen. Das heißt, ein Europa der Bürgerinnen und Bürger muss ein wirtschaftlich starkes, ein unbürokratisches Europa sein. Vor allen Dingen werden wir die Richtlinien, die wir von Europa bekommen, nur noch eins zu eins umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Angela Merkel

- (A) Als erstes wird das Antidiskriminierungsgesetz drankommen. Dort haben Sie wieder draufgesattelt. Das sind die Leute leid,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil sie spüren, dass sie in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sind; das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wissen in der Tat auch, dass die Menschen nach der letzten, von uns allen gewollten Erweiterungsrunde Angst haben, dass die Europäische Union ihre Grenzen nicht klar definiert.

(Jörg Tauss [SPD]: Sie schüren die Angst!)

Ich weiß, dass es ein sensibles Thema ist, aber ich werde mich nicht davon abbringen lassen, den Menschen zu sagen – in dem gewohnt ruhigen Tonfall, den ich von Ankara bis Berlin, vom Marktplatz meiner Wahlkampf-kundgebung bis in den Deutschen Bundestag immer an den Tag lege –, dass ich eine Vollmitgliedschaft der **Türkei** in der Europäischen Union für falsch halte, dass wir eine privilegierte Partnerschaft anbieten.

(Unruhe bei der SPD)

Wir werden bei den ergebnisoffenen Verhandlungen, die wahrscheinlich beginnen werden – so die Türkei die Vorbedingungen erfüllt –, auf genau diesen Punkt weiter hinweisen

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) und ich sage Ihnen: Dies ist die verantwortungsvollste Position, die man sich denken kann. Denn die eigentliche Gefahr – diese schieben Sie weg, weil Sie ja keine Verantwortung für die Zukunft verspüren –

(Zuruf von der SPD: Aber Sie! Verantwortung in der Regierung Kohl!)

besteht darin, jetzt so zu tun, als ob zehn bis 15 Jahre eine lange Zeit wären, und dann, wenn es in der Europäischen Union um die Akzeptanz geht – mit Ländern wie Frankreich, die in der Verfassung verankert haben, dass es Volksabstimmungen geben muss –, vielleicht in eine Lage zu kommen, dass wir die Türkei wirklich vor den Kopf stoßen müssen. Das möchte ich nicht.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Richtig!)

Dazu sind die Sicherheitsinteressen zu wichtig, dazu ist die geostrategische Bedeutung zu groß. Deshalb muss man in der Politik – ob es Innenpolitik oder Außenpolitik ist – die Kraft haben, am Anfang der Verhandlungen die Wahrheit und die Klarheit aufzubringen, damit das Endergebnis nicht von vornherein falsch ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg Tauss [SPD]: Wir wollen Ihre Liste sehen!)

Meine Damen und Herren, Deutschland ist die letzten sieben Jahre unter Wert regiert worden. Deutschland kann mehr, und wenn ich sage „Deutschland kann mehr“, dann sage ich: Die Menschen können mehr. Wir

haben die Aufgabe, die **soziale Marktwirtschaft** unter den Bedingungen der Globalisierung für die Menschen erlebbar werden zu lassen. (C)

(Jörg Tauss [SPD]: Sie wollen sie abschaffen!)

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit nicht auf dem Papier stehen,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

sondern in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit für jeden Einzelnen lebbar sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für mich ist eben nicht das Maß an Freiheit erreicht, wie ich es mir wünsche, wenn junge Leute keinen Ausbildungsplatz finden, wenn ältere Menschen arbeitslos sind.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!)

Für mich ist eben nicht die Gerechtigkeit erfüllt, wenn wir heute in einem unbekanntem Ausmaß auf Kosten der jungen Generation leben, indem wir 40 Milliarden Euro und mehr Schulden machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ludwig Stiegler [SPD]: Die meisten Schulden haben Sie aufgenommen! 16 Jahre Kohl!)

Es geisterte ein Entwurf von Herrn Eichel im Kabinett herum. Es heißt, dass wir nach dem Verkauf des gesamten Tafelsilbers des Bundes 25, 30 Milliarden Euro völlig ungedeckte Leistungen haben. Kein Mensch weiß, wie das gehen soll. Schon heute zahlen wir in jedem Jahr fast 40 Milliarden Euro Zinsen; 40 Milliarden Euro geben wir mehr aus, als wir einnehmen. Das ist eine Versündigung an den Interessen der zukünftigen Generationen; das ist die Wahrheit. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte, dass **Solidarität** in dieser Gesellschaft gelebt werden kann, Solidarität, die davon ausgeht, dass diejenigen, die mehr leisten können, ihren Beitrag dazu leisten, dass die Schwächeren Unterstützung bekommen.

(Zurufe von der SPD)

Jeder muss seinen Beitrag erbringen, aber nicht alle werden den gleichen Beitrag erbringen können. Deshalb muss den Schwächeren geholfen werden, aber bitte schön nicht auf Pump. Wachstum auf Pump, so wie wir es bis jetzt hatten, ist doch nicht die Antwort. Eine Politik, die dazu führt, dass die Leistungsträger das Land verlassen, ist auch nicht die Antwort. Die Antwort heißt Gerechtigkeit im Steuersystem, Motivierung der Leistungsträger und nicht Abschreckung.

(Widerspruch bei der SPD)

Ein Land der Ideen, in dem nicht die Bürokratie Triumphe feiert, sondern die Menschen im Vordergrund stehen – das wird eine solidarische Gesellschaft. Dafür werden wir uns einsetzen.

Dr. Angela Merkel

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dazu bedarf es eines **Mentalitätswechsels**. Wir dürfen nicht immer als Erstes fragen, was alles nicht geht, sondern wir müssen als Erstes fragen, was gehen könnte, was bei anderen geht oder wo wir vielleicht als Erste auf die Idee kommen, dass es so gehen könnte. Das war über viele Jahrzehnte Deutschlands Stärke, sonst wäre die soziale Marktwirtschaft nie so zur Entfaltung gekommen. Was uns damals geglückt ist, wird uns auch in Zeiten der Globalisierung glücken, wenn wir richtig regiert werden. Das werden CDU/CSU und FDP machen. Ich freue mich darauf.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Die Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP erheben sich)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegen Franz Müntefering, Vorsitzender der Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Franz Müntefering (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Tage bringen **Klarheit in die politische Lage** in Deutschland,

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Jawohl! Genau!)

was die Spitzenposition und die politischen Konzepte angeht: 48 zu 28 Prozent Zustimmung für den Kanzler am Sonntag,

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

58 zu 16 Prozent bei den Unentschlossenen. Das ist eine klare Botschaft. Die Menschen haben Recht: Deutschland hat einen guten Bundeskanzler und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Warum wählen wir dann eigentlich?)

Gerhard Schröder hat den Mut gehabt, Deutschland in der Erneuerung voranzubringen. Er hat die Kraft, Deutschland dabei sozial zusammenzuhalten. Er hat auch die nötige Standfestigkeit für eine selbstbewusste internationale Politik. Wozu dann einen Wechsel und dann auch noch ausgerechnet zu Ihnen, Frau Merkel?

(Beifall bei der SPD)

Der Hochmut, der eben bei Ihnen wieder durchbrach, als Sie so taten, als ob die Entscheidung schon gefällt sei, macht eines deutlich: Ihnen fehlt der Respekt vor den Menschen, die zu entscheiden haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (C)

Die Menschen können bis zum 18. September entscheiden, bis zum 18. September steht ihnen alles offen.

Alle, die heute meinen, sie könnten schon abwinken, die Sache sei schon entschieden, haben nicht den Respekt, den man in der Demokratie vor den Wählerinnen und Wählern zu haben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Merkel, Sie haben sich am Sonntag als die große Vorkämpferin für einen Rechtsanspruch auf einen **Kindergartenplatz** gefeiert. Das Protokoll des Bundestages ist objektiv. Es weist aus, dass Sie sich als zuständige Ministerin der Stimme enthalten haben.

(Zurufe bei der SPD: Oh!)

Für etwas kämpfen stellt man sich ganz anders vor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von ähnlicher Qualität sind Ihre Aussagen zu **Arbeitsplätzen** und zum Wachstum in unserem Land. Es gibt täglich mehr, nicht weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, und zwar 1 500.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir liegen beim **Wachstum** im ersten Quartal dieses Jahres in der Europäischen Union eben nicht hinter, sondern vor Schweden, Finnland und Großbritannien.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Und Timbuktu!)

Professor Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, sagte vorgestern dazu Folgendes:

Ehrlich gesagt: Ich möchte jetzt weder Italiener noch Spanier sein ... Ich bin optimistisch, dass die Investitionen im kommenden Jahr deutlich anziehen ... Die Situation ist besser als für die vorige Generation. Wir sollten uns einfach wieder stärker auf unsere Tugenden besinnen.

– Alles Aussagen von Montag zur Situation bei uns im Land.

(Widerspruch des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

Sie haben mit den Plakaten und dem, was Sie auch hier wieder vorgetragen haben, nichts anderes vor, als das Land zu diskreditieren und schlechtzureden. Das ist für jemanden in Ihrer Position weiß Gott nicht anständig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben die **Zahlen von 1998** verschwiegen. Damals haben Sie die **Arbeitslosenstatistik** manipuliert. Damals um diese Zeit waren 820 000 in ABM, SAM und anderen Maßnahmen. Diese Zahl stieg dann im September und Oktober auf bis zu 1 Million, zum Teil mit

**Franz Müntefering**

- (A) Kurzfristmaßnahmen von bis zu sechs Wochen. Heute sind 280 000 in vergleichbaren Maßnahmen.

Die hohe Arbeitslosigkeit in diesem Land ist am schmerzlichsten. Aber hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – eine Aufgabe, die von uns zu erfüllen ist – müssen wir uns, wenn man beides nebeneinander legt – die Zahlen, die 1998 vorlagen, bzw. das, was Sie 1998 in der Statistik manipuliert haben, und das, was Sie jetzt mit uns beschlossen haben, nämlich 300 000 oder 400 000 aus der Sackgasse der Sozialhilfe herauszuholen –, nicht verstecken; dann ist Ihr Hochmut völlig fehl am Platze.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt übrigens auch für das, was Sie zum Benzinpreis gesagt haben. Es ist interessant, was in den letzten Tagen dazu diskutiert wurde. Stichwort **Ökosteuer**: Die 10 Prozent, die nicht für die Alterssicherung gebraucht werden, sondern in die Bundeskasse fließen, werden für energetische Gebäudesanierung, das 100 000-Dächer-Programm, Biodiesel und Erdgas eingesetzt.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Wenn Sie dies abschaffen wollen, dann müssen Sie sagen, was Sie sonst wollen. Das ist ein seltsamer Kontrast zu dem Programm zur Förderung der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist wieder gelogen!)

(B)

Aber die Sache ist noch schöner. Wer darüber stöhnt, dass die Benzinpreise so hoch sind, aber gleichzeitig die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Kürzung der Pendlerpauschale ankündigt, der hat die Interessenlage der Menschen nicht im Blick. Das ist unehrlich und geht an der Realität dieses Landes und an dem, was in diesem Land für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tun ist, vorbei.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Merkel, Sie haben vor einigen Wochen Ihr Programm vorgestellt mit den Worten – ich zitiere –: Deutschland ging es noch nie so schlecht wie heute. Ich lese es immer noch lieber ab, weil man eigentlich gar nicht glaubt, dass jemand so etwas gesagt haben könnte. Sie haben das dann am 10. August auch noch weiter vertieft:

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg lag dieses Land in Schutt und Asche. Und da hat es Menschen gegeben, die haben gesagt, wir wollen dieses Land aufbauen. Und heute im Jahr 2005 stehen wir wieder vor einer solchen Weichenstellung.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin alt genug, aber das gilt auch für die, die jünger sind: Wer 1945 und 1949, die 50er-, 60er- und 70er-Jahre der alten Bundesrepublik und die DDR erlebt hat

und heute so ein Zeug erzählt, der ist vielleicht für eine Funktion in Absurdistan geeignet, aber sicherlich nicht für das Kanzleramt in der Bundesrepublik Deutschland. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie können es nicht und Sie wissen das auch. Sonst hätten Sie ja einem zweiten Duell mit dem Bundeskanzler nicht ausweichen müssen. Das wäre noch einmal eine schöne Möglichkeit gewesen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Unzulänglichkeit gilt in gleicher Weise für Ihr politisches Konzept. Der politische Konservatismus in Deutschland wird mit Ihnen substanzlos. Soziale Gerechtigkeit kommt in Ihrem Programm nicht einmal vor. Eine werteorientierte Gesellschaftspolitik fehlt. Das System der organisierten Solidarität des Staates wird zusammengestrichen. Bildung kommt nur als Anspruch für Eliten, aber nicht für alle vor. In Ihrem Programm gibt es nur wenige Passagen zur Gleichstellung, zu dem Anspruch der heutigen Generation von Frauen auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frau Merkel, es reicht nicht, als Frau für das Amt des Bundeskanzlers zu kandidieren. Vielmehr muss man auch etwas für die **Gleichstellung**, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie führen den politischen Konservatismus, die CDU, in die Westerwelle-Ecke. (D)

(Zuruf von der SPD: Pfui!)

Herr **Kirchhof** ist dabei das Bindeglied. Dass Sie mit seiner Nominierung für Ihr Schattenteam und mit der zu erwartenden Berufung von Herrn Westerwelle oder Herrn Gerhardt als Außenminister in Ihrem Schattenkabinett Herrn Stoiber geschickt ausmanövriert haben, ist wahr. Das können Sie; das haben Sie schon öfter bewiesen. Dass Sie Herrn Kirchhof zum Visionär erklären, muss die Sozialen in der Wählerschaft der Union allerdings abschrecken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Katholische Soziallehre und Kirchhofs Kopfsteuer, wie soll das zusammengehen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Menschen sehen in diesen Tagen noch einmal genauer hin, vor allem diejenigen, die noch unentschieden sind oder sogar auf dem Weg weg von uns waren und die unter den Ansprüchen gestöhnt haben, die wir mit der Agenda 2010 gestellt haben. Das war und ist nicht einfach. Das haben wir nie verschwiegen. Aber die Menschen fragen sich mehr und mehr, welche Alternative sie zu erwarten haben, welche Bedeutung eine Regierungsübernahme durch CDU/CSU und FDP hat. Weshalb sollten die Menschen in diesem Land am 18. September eine Gruppe, eine Kombination wählen, die die Mehrwert-

**Franz Müntefering**

- (A) steuer erhöhen und den Spitzensteuersatz senken will, die die Pendlerpauschale kürzen will, die Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschläge besteuern will, die Arbeitnehmerrechte zusammenstreichen will, die zurück zur Atomkraft will und die erneuerbare Energien nicht ernst nimmt, die eine Kopfpauschale und eine Kopfsteuer will,

(Jürgen Koppelin [FDP]: Die Kinder frisst!)

die das Antidiskriminierungsgesetz ablehnt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

die die Zahldauer des Arbeitslosengeldes I nicht verlängern will, die das Arbeitslosengeld II im Osten Deutschlands nicht auf Westniveau anheben will, die aktive Arbeitsmarktmöglichkeiten nicht will, wie beispielsweise die erleichterte Einstellung von älteren Arbeitnehmern, die Mieterhöhungen erleichtern will, die das BAföG infrage stellt und die Einführung von Studiengebühren forcieren will? Das fragen sich die Menschen zunehmend, und zwar auch diejenigen, die eigentlich bei Ihnen zu Hause sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Grund [CDU/CSU]: Um euch loszuwerden!)

Es gibt in der **Tradition der Union** durchaus eine soziale Komponente. Das werde ich als Vorsitzender der SPD bestimmt nicht bestreiten. Aber das, was nun in der politischen Landschaft dieses Landes geschieht, registrieren die Menschen sehr wohl. Frau Merkel, Sie treiben Ihre Partei in die rechte Ecke, zur FDP. Sie machen die Ökonomisierung des Denkens und des Handelns zum Hauptgegenstand der Politik in diesem Lande. Sie wollen die Absicherung der privaten Lebensrisiken bis zum Gehnichtsprivatisieren. Da bleibt vom Sozialen nichts übrig. Ich spreche insbesondere die Menschen an, die sich noch nicht zwischen unseren Parteien entschieden haben. Schaut euch genau an, was die Union mit Frau Merkel tatsächlich will! Sie hat die Zustimmung und das Vertrauen der Menschen in diesem Land sicherlich nicht verdient.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch eine Anmerkung zum **Antidiskriminierungsgesetz** machen, weil eben auf der rechten Seite kurz geklatscht wurde, als ich auf die Ablehnung dieses Gesetzes durch die Union zu sprechen kam. Es stimmt, wir sind stolz darauf, dass wir in den sieben Jahren Rot-Grün dieses Land ein Stück liberaler, offener und menschenfreundlicher gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Gesetze zur Stärkung der Rechte von nicht ehelichen Kindern und von Lebenspartnerschaften gemacht. All das gab es vorher nicht. Das trifft nicht alle, aber manche und es ist wichtig. Wir wollen in einem Land leben, in dem niemand diskriminiert wird. Im Antidiskriminierungsgesetz steht – auf Betriebsebene soll die

EU-Vorgabe übrigens eins zu eins umgesetzt werden; (C)  
mehr geschieht nicht, Frau Merkel –,

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Stimmt auch wieder nicht!)

dass körperlich und geistig schwerbehinderte Menschen Gaststätten und Lokalitäten betreten dürfen, auch wenn deren Inhaber es eigentlich nicht möchten. Dazu sagen wir: Das muss in diesem Land doch klargestellt werden können. Wir verstecken uns nicht, wenn es um diese Dinge geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch des Abg. Ernst Hinsken [CDU/CSU])

– Regen Sie sich nicht auf, Herr Hinsken! Bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss Anfang der Woche haben Sie genau dieses Gesetz verhindert. Sie verhindern das Antidiskriminierungsgesetz in diesem Land. Das ist so. In diesem Sinne haben Sie doch gerade entschieden. Was war das denn sonst?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die **Arbeitnehmerrechte** und für die **Tarifautonomie**. Auch wenn Sie es noch so schön umschreiben: „Bündnis für Arbeit im Betrieb“ ist eine Kuschelformel, mit der man die Sache verharmlosen möchte. Die Wahrheit ist: Wenn das umgesetzt wird, was Sie wollen, ist die Möglichkeit der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, gemeinsam Verträge abzuschließen, die für eine ganze Branche oder für ein bestimmtes Gebiet gelten, nicht mehr gegeben. (D)

In etwa 20 Prozent der Betriebe weicht man von bestehenden Tarifverträgen ab. Das geschieht aber immer in Abstimmung zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, also zwischen den Tarifparteien. Was Sie wollen, ist ganz klar – es wird von der FDP noch deutlicher als von Ihnen ausgesprochen –: Sie wollen die Tarifautonomie zerschlagen. Sie wollen, dass in jedem einzelnen Betrieb – entgegen allem, was vereinbart ist – entschieden werden kann. Das bedeutet im Grunde, dass man den Gewerkschaften das Rückgrat bricht.

Bei allem, was wir mit den **Gewerkschaften** in Deutschland auszutragen haben, halten wir ganz klar dagegen: Wir wollen, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland auch in Zukunft frei organisieren können, dass sie ihre Interessen bündeln können, dass sie sie erstreiten und, wenn es nötig ist – hoffentlich ganz selten –, auch erstreiken können. Dieses Stück Demokratie darf in Deutschland nicht kaputtgehen. Dafür haben wir in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten lange genug gekämpft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesen Tagen kommt auch auf den Tisch, was sich die PDS vorstellt. Sie begreift nicht, dass dauerhafte **soziale Gerechtigkeit** auf hohem Wohlstandsniveau außer Verteilungsgerechtigkeit auch Chancengerechtigkeit erfordert. Generationengerechtigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft müssen ebenfalls

## Franz Müntefering

- (A) gegeben sein, wenn man soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau will. Deshalb sagen wir all denen, die an dieser Stelle nachdenken: Wer sozialdemokratische Politik will, der muss SPD wählen. Wir sind das Original. Wir haben in unserer langen Geschichte immer dazu beigetragen, dass Deutschland nicht in Kriege geführt wird. Wir haben den Nazis entgegengestanden, als es um das Ermächtigungsgesetz ging. Wir haben nie eine Mauer gebaut und wir müssen unseren Namen nie ändern, weder jetzt noch in Zukunft. Darauf sind wir alle miteinander stolz.

(Beifall bei der SPD)

Unser Konzept zielt auf Arbeit, auf Sicherheit und auf Menschlichkeit. Deshalb sind wir in Sachen **Bildung** für die Kleinen und Angebote zur **Betreuung von Kindern** im Krippen- und im Grundschulalter initiativ. Die 4 Milliarden Euro, die der Bund dafür zur Verfügung gestellt hat, sind angesprochen worden. Das Land Hessen hatte im letzten Jahr 70 Millionen Euro zur Verfügung; davon hat es 2,8 Millionen genutzt. Das sind 4 Prozent.

Was bedeutet das? Es gibt Länder, die die Chancen zum Nutzen der Kinder, die wir ihnen geben, nicht wahrnehmen. Das Ganze ging noch weiter – Herr Stoiber kann sich sicherlich noch gut erinnern –: In der Föderalismuskommission haben die Länder gefordert, dass im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht, dass der Bund den Kommunen nie mehr Geld für solche Maßnahmen geben darf. Das ist die Wahrheit darüber, wie CDU und CSU mit Bildungsangeboten für die Kleinen umgehen. Das muss auch Gegenstand dieses Wahlkampfes sein.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hier war die Rede von dem Ziel, dass wir ab dem Jahre 2010 jährlich 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für **Forschung und Entwicklung** ausgeben, auch im Sinne der entsprechenden Prozesse in Europa. Wir haben immer damit gerechnet, dass die durch den Abbau der **Eigenheimzulage** frei werdenden Mittel dort investiert werden. Vorgestern, in der Sitzung des Vermittlungsausschusses, wurde eine entsprechende Entscheidung zum achten Mal nicht getroffen, sondern wieder einmal verschoben. Nun fehlen für die nächsten Jahre Milliarden. Dies kann und muss man Ihnen vorwerfen: Sie begreifen nicht, dass man heute säen muss, wenn man morgen ernten will. Sie sind nicht in der Lage und nicht bereit, in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wirklich zu investieren. Wir haben den Etat der zuständigen Ministerin um 37,5 Prozent erhöht. Das war nachzuholen, weil in der Zeit von Kohl, Merkel und Rüttgers – in den 90er-Jahren – diese Forschungsmittel dramatisch gesenkt worden sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass es am **Binnenmarkt** sehr bald zusätzliche Impulse gibt. Wir wollen Erneuerungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Wohnungen, Häusern und Grundstücken steuerlich begünstigen. Diejenigen, die bis zu 3 000 Euro im

- Jahr investieren, sollen bis zu 600 Euro über die Steuer zurückbekommen. Wir wollen, dass nicht nur haushaltsnahe Dienstleistungen für die Kleinen, sondern auch solche in Haushalten mit älteren Menschen besser als bisher gefördert werden und damit auch stärker eingesetzt werden können. Wir wollen zusätzlich 2 Milliarden Euro für Straße und Schiene ausgeben, die allen Regionen zugute kommen. Wir wollen die energetische Gebäudesanierung stärker als bisher fördern und dafür sorgen, dass der Gebäudebestand in Deutschland vernünftiger als bisher energetisch ausgestattet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Warum haben Sie keinen Haushalt vorgelegt?)

Wir wollen, dass es Beschäftigungspakete für die erleichterte Einstellung von Älteren gibt. Darum ging es beim SGB III, was vorgestern Abend ebenfalls geknickt wurde: ob man aktive Arbeitsmarktmaßnahmen wie Ich-AGs, die erleichterte Einstellung Älterer oder auch die verlängerte Zahlung des Arbeitslosengeldes akzeptieren will oder nicht. Dies alles wurde von CDU/CSU und FDP verhindert. Zum Weitersagen!

So viel zu der Politik, die sich diese Koalition zu machen vorgenommen hat. Dies kann und muss man den Menschen sehr wohl vermitteln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Wir stehen dafür, dass der Aufbau in **Ostdeutschland** weitergeht und es keine Abstriche beim Solidaripakt gibt. Weil es vor einigen Wochen Anmerkungen von Herrn Stoiber zum Frust in den neuen Ländern gegeben hat, will ich eines dazu sagen: Herr Stoiber, wir sind beide alt genug, dass wir die Situation nach dem Krieg erlebt haben. **Bayern** war damals und schon immer ein sehr schönes Land. Die Alpen gab es übrigens schon, bevor Sie Ministerpräsident wurden; sie sind nicht Ihr Verdienst.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ludwig Stiegler [SPD]: Das weiß der aber nicht!)

Dieses Land war ein Agrarland. Wir haben in Nordrhein-Westfalen Kohle aus dem Berg geholt und sie nach Bayern geschickt, damit sie dort etwas zu stochern hatten. Das war in Ordnung. Sie haben dann aus der gemeinsamen Kasse aller Länder Geld bekommen. 36 Jahre lang, von 1950 bis 1986, hat Bayern Geld bekommen und immer hat Nordrhein-Westfalen – Hamburg und Baden-Württemberg auch, glaube ich – gezahlt. Sie haben mit dem Geld Gutes gemacht; das ist völlig unbestritten. Aber wer 36 Jahre lang von der Gemeinschaft aller lebte, der sollte die Backen nicht so dick aufblasen, wenn jetzt manche Länder in Deutschland noch nicht so weit sind, wie Bayern heute ist. Darum geht es doch eigentlich in einer solchen Debatte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen **gerechte Löhne**, wir werden das Entsendegesetz voranbringen und wir werden dort, wo es nicht ausreicht, einen gesetzlichen Mindestlohn suchen. Wir

**Franz Müntefering**

- (A) werden versuchen, dies mit den Gewerkschaften und den Tarifparteien insgesamt einvernehmlich hinzubekommen. Aber eines muss in Deutschland klar sein: Die Sorge, die viele Menschen haben – der Deckel oben drauf und der freie Fall nach unten möglich –, müssen wir ihnen nehmen. Wer in Deutschland ordentlich seiner Arbeit nachgeht, muss auch so viel verdienen, dass er sich und seine Familie davon ernähren kann. Dies muss das Ziel aller Wirtschafts- und Tarifpolitik sein. Dafür stehen wir miteinander.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ein Wort zur **Energiepolitik**, über die schon einiges gesagt worden ist: Diese Frage geht nicht nur unser Land an, sondern hier geht es um eine Entscheidung von historischer Bedeutung für den ganzen Planeten. Heute gibt es auf der Erde nicht mehr 2,5 Milliarden wie im Jahre 1950, sondern 6,3 Milliarden Menschen. Im Jahre 2040 oder 2050 werden es 9 Milliarden Menschen sein, die Nahrung, Wohnung und Kleidung und damit Energie brauchen. Die Frage, wie die wachsende Menschheit ihre Energieprobleme löst, ist eine Frage von historischer Bedeutung.

Wenn uns heute jemand fragt, ob wir noch **Visionen** haben, dann sage ich: Wer beispielsweise will, dass die Menschen nicht verhungern und dass sie etwas zu trinken haben, dass auf der Welt Frieden herrscht und Kriege um Öl vermieden werden können, der muss jetzt dafür sorgen, dass eine vernünftige Energiepolitik gemacht wird. Wir als das Energieland müssen der Welt zeigen, was man mit Energieeffizienz, mit erneuerbaren Energien, mit sauberen Kraftwerken machen kann. Das ist doch der Weg, den wir zeigen müssen.

- (B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir waren immer auch Internationalisten; davor laufe ich nicht weg. Wer vernünftige **Entwicklungszusammenarbeit** auf dieser Welt organisieren will, der muss an dieser Stelle entscheidend punkten, und zwar nicht nur, weil es dadurch bei uns Arbeitsplätze gibt. Im Bereich der erneuerbaren Energien – und das ist gut – gibt es 180 000 bis 200 000 Arbeitsplätze.

Es gibt Länder und ganze Kontinente, in denen die Sonne noch öfter als in Berlin scheint; sie können mit Sonne richtig etwas machen. Ihnen müssen wir zeigen, wie das geht. Deshalb muss derjenige, der weg vom Öl und Kriege um Öl verhindern will, die es auch schon gegeben hat – tiefer gehend wollen wir darüber hier gar nicht spekulieren –, jetzt einen Weg gehen, der ganz eindeutig folgendem Motto folgt, Frau Merkel: Nicht zurück zur Atomkraft, sondern mehr Tempo für erneuerbare Energien und für saubere Kraftwerke. Das ist die Linie, die wir jetzt nicht nur für uns, sondern weit über Deutschland hinaus wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle sind wir wirklich gut bei uns im Land. Wir müssen nicht mehr den Kolumbus losschicken, der

- die Kontinente sucht – wir wissen, wo sie sind –, sondern wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen dort etwas zu essen haben und vernünftig leben können. Dazu gehört dieser energiepolitische Aspekt. (C)

Ihre Aussage hinsichtlich der **Atomkraft**, dass sichere Kraftwerke auf der Welt gebaut werden sollen, dass dieses Flugzeug starten soll, für das noch keine Landebahn gebaut ist, weil es keine vernünftigen Zwischenlager und Endlager gibt, Ihre Einladung an die Menschheit, an die 9 Milliarden Menschen, ihre Energieprobleme auf diese Art und Weise zu lösen, ist doch wirklich spektakulär unvernünftig. Glauben Sie denn, dass das auf Dauer auf der Welt gut geht?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein letztes Wort

(Beifall des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/  
CSU])

zu der **Politik für die älter werdenden Menschen**. Unsere Gesellschaft ist dabei, insgesamt älter zu werden. Das ist gut; wir klopfen auf Holz und hoffen, mit dabei zu sein. Die meisten, die alt werden, werden recht gesund alt. Von denjenigen, die 85 Jahre oder älter sind, brauchen nur 7 Prozent wirklich dauerhafte Unterstützung. Aber diese Gesellschaft hat zu wenig Kinder. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir diese unterschiedlichen Generationen auch in den nächsten Jahrzehnten in einer vernünftigen Entsprechung zueinander halten.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

(D)

Deshalb müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie in den Städten und Gemeinden an der Schaffung von alten- und behindertengerechten Wohnungen gearbeitet wird; damit fängt das Ganze an: Was können wir dafür tun, dass es in dieser Gesellschaft soziale Netzwerke gibt? Daran wollen wir arbeiten, damit die älter werdenden Menschen nicht einsam sind, sondern in der Gesellschaft insgesamt aufgenommen sind.

Was können wir tun, um eine **Pflegeversicherung** weiterzuentwickeln, an der – so wie bei der Bürgerversicherung auch – alle beteiligt sind und die im Kern für eine gehörige Förderung auch im ambulanten Bereich sorgt und dafür sorgt, dass vor allen Dingen die Demenzkranken bessere Unterstützung als bisher bekommen? Dieses klare Ziel haben wir für die Pflegeversicherung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie haben – damit will ich abschließen –

(Zuruf von der CDU/CSU: Gut!)

mit Ihrer eigentümlichen Logik an einer Stelle – dabei ging es um die **Kopfpauschale** für die Kinder – besonders treffend formuliert: Die Kopfpauschale für die Erwachsenen soll, wie ich gelernt habe, 109 Euro ausmachen, wobei es eine Mitversicherung in der Familie nicht mehr gibt. Für die Kinder – so haben Sie in den letzten Wochen zwei-, dreimal gesagt – müssten das nicht die Eltern zahlen, sondern die Spitzenverdiener. Ihre wirk-

**Franz Müntefering**

- (A) lich verwegene Argumentation lautet so: Der Spitzensteuersatz liegt bei 42 Prozent. Frau Merkel will ihn auf 36 Prozent senken.

(Michael Glos [CDU/CSU]: 39 Prozent!)

– Sie will ihn auf 36 Prozent senken; später hat sie gesagt, sie senke ihn doch nicht auf 36 Prozent, sondern auf 39 Prozent. Die Differenz zwischen 36 und 39 Prozent, die durch die geringere Absenkung verbleibe, sei der Anteil, den die Spitzenverdiener für die Kopfpause der Kinder zahlten. Dazu kann ich nur sagen: Wer Frau Merkel hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. So etwas sollten Sie nun wirklich nicht auf den Tisch legen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

– Ja, das ist so. – Dabei sind die 25 Prozent von Herrn Kirchhof noch gar nicht berücksichtigt.

Wir haben uns vorgenommen, in den kommenden vier Jahren eine Politik zu machen, möglichst in dieser Koalition, die das, was wir angefangen haben, weiterführt und die dafür sorgt, dass die soziale Demokratie in Deutschland die entscheidende politische Dimension bleibt. Weder die Exzentriker auf der rechten Seite, die die Ökonomisierung der Gesellschaft und die Privatisierung der Absicherung der Lebensrisiken wollen, noch die Phantasten auf der anderen Seite sind solche, die dieses Land vernünftig regieren können.

- (B) (Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Konkreter!)

Wir brauchen eine Politik der politischen Vernunft, eine Politik, die mit Leidenschaft, aber auch mit Augenmaß bei der Sache ist und die die Verantwortung für das ganze Land im Blick hat.

Ich sage Ihnen gegen alle Diskussionen dieser Woche: Es gibt in dieser Gesellschaft eine breite Schneise für eine originär sozialdemokratische Politik. Die werden wir machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Menschen auch bei uns haben, weil die in diesen Tagen lernen, dass Sie den falschen Weg gehen. Wir – das sage ich Ihnen voraus – werden gewinnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo!)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile Kollegen Guido Westerwelle, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP] und des Abg. Eckart von Klaeden [CDU/CSU])

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

(C)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier heute Morgen eine bemerkenswerte Debatte erlebt, und zwar regelrecht verkehrte Welt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ja!)

Eingeladen worden waren wir zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Gehört haben wir eine Regierungserklärung von Angela Merkel und eine Abschiedsrede von Gerhard Schröder.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Bemerkenswert ist auch, was wir von dem Kollegen Müntefering gehört haben. Das war eine Rede, die nur noch nach innen gerichtet war, eine Rede mit sehr viel Nostalgie. Sie, Herr Müntefering, haben die große Geschichte der Sozialdemokratischen Partei beschrieben. Niemand in diesem Hause bestreitet diese große **Geschichte der Sozialdemokratie**. Herr Kollege Müntefering, Sie haben eine große Geschichte, aber so, wie Sie hier reden, haben Sie keine Zukunft mit Ihren Programmen. Das ist der feine Unterschied.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle einmal auf etwas aufmerksam machen. Wir haben vom Bundeskanzler gehört, wie er sich in fast einer Stunde an der Opposition wirklich abgearbeitet hat. Das ist etwas, was das gute Recht des Bundeskanzlers ist. Er weiß auch selber: Für ihn ist das heute die letzte Rede als Regierungschef im Deutschen Bundestag gewesen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D)

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern, die uns heute zuschauen, noch einmal sagen, was der Bundeskanzler in seiner letzten Rede, nämlich der, die er am 1. Juli hier gehalten hat – das war die Rede zur Vertrauensdebatte, die wir hier geführt haben –,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Die vorletzte Rede also!)

wörtlich gesagt hat.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Interessant!)

Da hat der Bundeskanzler gesagt – das haben wir auch gesehen; bemerkenswert; stehende Ovationen für den Bundeskanzler: Die ersten drei Reihen der Grünen standen auf, der Rest blieb sitzen;

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Es war umgekehrt!)

das ist das geschlossene Vertrauen für den Bundeskanzler –:

Hierfür ist die Bundesregierung auf die Geschlossenheit der Koalitionsfraktionen angewiesen. Auch hier sind vermehrt abweichende, jedenfalls die Mehrheit gefährdende Stimmen laut geworden ...

Ebenso klar muss auch sein, dass dort, wo Vertrauen nicht mehr vorhanden ist, öffentlich nicht so getan werden darf, als gäbe es dieses Vertrauen.



Dr. Guido Westerwelle

(A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler, Sie haben hier heute gesprochen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

Sie haben in der Tat ein paar Pünktchen dazu genannt, warum Sie der Überzeugung sind, dass Sie vielleicht doch nicht abgewählt werden sollten. Auch das ist Ihr gutes Recht. Aber eines wollen wir hier noch einmal klar sagen: Sie haben in der vorvergangenen Woche vom höchsten deutschen Gericht nicht bestätigt bekommen, dass Sie an der Opposition oder am Bundesrat gescheitert sind, sondern Sie haben bestätigt bekommen, dass Sie am mangelnden Vertrauen der eigenen Leute hier im Deutschen Bundestag gescheitert sind. Das empfiehlt Sie nicht für einen neuen Regierungsauftrag.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir hingegen werden unseren Weg gehen. Wir – Union und FDP – werden gemeinsam eine neue Regierung ins Amt bringen und wir werden vor allen Dingen dafür sorgen, dass es einen wirklichen Neuanfang der deutschen Politik gibt. Und das sind die entscheidenden Herausforderungen, die wir haben:

Wir müssen in Deutschland ein international wettbewerbsfähiges **Steuersystem** bekommen. Wenn wir dieses international wettbewerbsfähige Steuersystem nicht bekommen, das niedriger, einfacher und gerechter sein muss, werden wir erleben, dass unsere Nachbarländer weiter beim Wirtschaftswachstum zulegen und wir nicht. Die anderen Länder in Europa haben im Durchschnitt weniger Arbeitslosigkeit und mehr Wirtschaftswachstum als wir in Deutschland. Wenn von 25 Mitgliedstaaten der EU 24 beim Wirtschaftswachstum besser als wir Deutsche dastehen, dann hat das zuallererst etwas damit zu tun, dass dieses Land schlecht regiert wird. Das ist das, was wir ändern wollen.

(B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nun haben Sie sich heute redlich Mühe gegeben, über den „Professor aus Heidelberg“ zu reden. Ich rede jetzt einmal nicht über den Professor aus Heidelberg, sondern über den Lehrer aus Kassel.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Heinrich [FDP]: Der ist aber nicht da! – Zuruf von der CDU/CSU: Studienrat!)

Der Lehrer aus Kassel hat, wie heute nachzulesen ist, dem „Tagesspiegel“ ein interessantes Interview gegeben. Das empfehle ich all denjenigen, die hier und vor allen Dingen zu Hause zuschauen, der Aufmerksamkeit. Da sagt der Lehrer aus Kassel allen Ernstes:

2007 wird es keine nennenswerten Privatisierungserlöse mehr geben, um dieses Defizit anteilig zu decken, weil wir die Erlöse bei der Aufstellung des Etats 2006 benötigen.

Und dann:

Der einzige Weg ist also, schon im nächsten Jahr spürbar beim Subventionsabbau weiterzukommen,

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut!) (C)

damit die Privatisierungen über mehrere Jahre gestreckt werden können.

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut!)

Darauf fragt der „Tagesspiegel“:

Sie wollen in diesem Herbst wieder ein Steuervergünstigungsabbaugesetz vorlegen?

Antwort:

Bei den Einzelmaßnahmen bin ich nicht festgelegt.

Das ist eben der große Unterschied, meine Damen und Herren: Bei uns – mit Verlaub gesagt: gerade bei den Freien Demokraten – kann der Bürger ganz konkret nachlesen, was ihn persönlich nach der Bundestagswahl erwartet.

(Rudolf Bindig [SPD]: Sie fallen doch sowieso um!)

Ich sage Ihnen: Sie sollten, wenn Professor Kirchhof als Quereinsteiger in die Politik kommt, nicht so hochnäsiger über ihn herziehen. Ihr Lehrer aus Kassel ist gescheitert. Der Professor aus Heidelberg wird es in jedem Fall besser machen als der Lehrer aus Kassel, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen haben wir mit unserem **Solms-Tarif** ein Steuerkonzept von 15, von 25 und von 35 Prozent vorgelegt. Das ist das, was wir in Koalitionsverhandlungen einbringen werden. Denn wir alle sind doch in einem Punkt längst zu der Erkenntnis gekommen: Wir brauchen niedrigere Steuersätze, die dann tatsächlich von allen bezahlt werden, statt eines Wettbewerbs darum, wie man die hohen Steuersätze am besten vermeidet. (D)

(Zuruf von der SPD: Wie war es 1998?)

So haben Sie übrigens in Ihrer Agenda 2010 selber noch gesprochen. Herr Bundeskanzler, Sie selber haben immer vorgetragen, dass das notwendig ist. Jetzt, im Wahlkampf, wollen Sie sich daran nicht mehr erinnern, weil Sie glauben, dass Sie so noch ein bisschen Munition haben, um im Wahlkampf ein paar Ihrer nostalgischen Anhänger zu begeistern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist zu wenig, um einen wirklichen Neuanfang in Deutschland zu wagen. Deswegen sind auch die Reden, die Sie halten, nur noch rückwärts gewandt, an die Eigenen gerichtet, aber nicht mehr an die Bürgerinnen und Bürger: Was ist passiert, was schaffen wir? Was ist in Deutschland wirklich möglich?

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Sie hätten besser zuhören müssen!)

Wir haben vorgerechnet, dass wir das bezahlen können – der Kollege Solms als unser Finanzexperte hat das hier mehrfach eingebracht –:

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Mit dem Geld der Kleinen!)

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Wir wollen, dass die Steuersätze gesenkt werden und sich eine Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger von 17 bis 19 Milliarden Euro ergibt.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Mit dem Geld der Normalverdiener!)

Wir haben konkret vorgerechnet, wie das gegenfinanziert wird: durch Subventionsabbau, durch das Vermeiden der steuerlichen Ausnahmetatbestände und durch Bürokratieabbau, mit einem Volumen von 35 Milliarden Euro.

Wir fangen bei den Kindern und bei den Familien an. Deswegen sagen wir: Künftig hat nicht nur jeder Erwachsene, sondern auch jedes Kind einen fairen steuerlichen Grundfreibetrag, und zwar von 7 700 Euro. Wenn man dann auch noch für das eigene Alter vorsorgt, zahlt eine vierköpfige Familie nach unserem Steuermodell erst ab 38 800 Euro Steuern. Etwas Sozialeres und Familienfreundlicheres ist von den Regierungsparteien nicht ein einziges Mal in diesem Bundestag vorgelegt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen diesen Weg gehen, weil die Ausreden, die Sie vortragen, in Wahrheit natürlich längst immer dieselben sind. Das Problem ist aber, dass die Lage unverändert bleibt. Sie sagen, wir seien Exportweltmeister.

(Jörg Tauss [SPD]: Sind wir auch!)

- (B) Das bringen Sie mittlerweile als wichtigsten Punkt an. Dabei verschweigen Sie allerdings: Wir sind Exportweltmeister, weil im Ausland mit Wertschöpfung hergestellt wird, was in Deutschland zusammengebaut und dann in Länder exportiert wird, die wenigstens noch eine anständige Binnenkonjunktur haben – anders als wir Deutsche.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Das ist im ökonomischen Zusammenhang an dieser Stelle das eigentliche Thema.

Wir haben bei der letzten Regierung, die wir zusammen gebildet haben, nämlich in Nordrhein-Westfalen, gezeigt, dass wir es mit dem **Subventionsabbau** ernst meinen und dass wir die Mittel, die wir dadurch erwirtschaften, in die Zukunft investieren.

(Jörg Tauss [SPD]: Wo denn?)

Die jetzige Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist nach den Wahlen am 22. Mai dieses Jahres gebildet worden. Der Anlass für Ihre Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag war ja, dass die letzte rot-grüne Regierung abgewählt worden ist. Wir haben vor der Wahl angekündigt, die Subventionen zu kürzen, ausdrücklich auch bei der Steinkohle, weil wir das Geld brauchen, um in Forschung, Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft zu investieren. Deswegen haben diejenigen, die in Nordrhein-Westfalen leben, zum Schuljahresbeginn erlebt, dass die Subventionen gekürzt worden sind – so ist es zwischen den Koalitionsparteien, Union und FDP, vereinbart – und

gleichzeitig knapp 1 000 neue Lehrkräfte eingestellt worden sind, um gegen den Unterrichtsausfall vorzugehen. Sie wollen das Geld weiter im Boden vergraben; wir sagen, es muss in die klugen Köpfe investiert werden. Das ist der Unterschied zwischen Vergangenheit und Zukunft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn Sie von der Zukunft sprechen, erzählen Sie regelmäßig, die Situation der **Staatsfinanzen** sei früher viel schlimmer gewesen. Sie regieren jedoch seit sieben Jahren und können sich nicht mehr damit herausreden, Rot-Grün habe eine schwere Kindheit gehabt. Nach sieben Jahren müssen Sie schon eine eigene Leistung vorweisen können. Tatsache ist, dass Sie – wenn man die UMTS-Erlöse nicht einbezieht – in Wahrheit *die* Schuldenmacher der Nation sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Rudolf Bindig [SPD]: Unwahrheit!)

Noch niemals hat eine Regierung pro Jahr so viel neue Schulden gemacht wie Sie. Das ist gegenüber der jungen Generation unverantwortlich. Herr Müntefering und Frau Schmidt von der Regierung sprechen von den Familien, aber Sie legen den jungen Leuten die Halskrause an und sagen ihnen: Seht zu, wie ihr mit den Schulden später fertig werdet!

Deswegen setzen wir auf Wachstum, wir setzen auf Steuersenkung, wir setzen auf die Rückführung der Lohnzusatzkosten, wir setzen auf die Reform der sozialen Sicherungssysteme und wir setzen auf den Bürokratieabbau. Ohne Wachstum schaffen wir keine Arbeitsplätze und ohne Arbeitsplätze bekommen wir die Staatsfinanzen nicht in den Griff. Deswegen sagen wir: Vorfahrt für Arbeit! Sie mögen sich am Dosenpfand abarbeiten; wir sagen: Arbeit hat Vorfahrt und nicht Sperenzchen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt vernehmen wir hier – das ist bemerkenswert – von den Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün die große Sorge, in Deutschland sei, wenn die derzeitige Opposition gewählt werde, der innere Frieden in Gefahr. Das hat uns der deutsche Bundeskanzler auf dem Parteitag erzählt und das hat er in mehreren Interviews gesagt. Diese Regierung ist allen Ernstes der Meinung, wenn die Opposition nach einem demokratischen Wechsel an die Regierung komme, dann sei der **soziale Frieden** in Gefahr. Wir sagen Ihnen, was den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet: Massenarbeitslosigkeit, Pleitelwelle im Mittelstand, ein Bildungssystem im Abstieg, eine unsichere Rente, eine schlechte und nicht mehr stabile Gesundheitsversorgung. Das riskiert den sozialen Frieden in Deutschland, aber nicht ein demokratischer Regierungswechsel zugunsten von Union und FDP!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lothar Mark [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da erzählen! – Rudolf Bindig [SPD]: Sagen Sie doch mal einen Punkt, der stimmt!)

(C)

(D)

**Dr. Guido Westerwelle**

- (A) Wir werden natürlich auch ein klares Bekenntnis zu neuen Technologien und zur Forschung abgeben. In diesem Bereich zeigt sich, dass es an einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik gefehlt hat.

(Zuruf des Abg. Jörg Tauss [SPD] – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Tauss raus!)

– Nun lasst ihn doch reden, das ist doch nett. Ich höre den Herrn Tauss gerne. Ich habe ihm schon einmal gesagt – Sie beweisen das heute wieder, Herr Tauss –: Einer ist in jedem Saal der Dümme. Sie müssen sich aber nicht in jeder Sitzung freiwillig melden, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte etwas darüber sagen, was wir bei den neuen Technologien anders machen werden. Wenn Sie die gemeinsame Erklärung der drei Parteivorsitzenden – Frau Merkel, Herr Kollege Stoiber und meiner Person – gelesen haben, dann wissen Sie, dass wir in dieser gemeinsamen Erklärung das, was ich Ihnen bisher vorgetragen habe, einschließlich eines niedrigeren, einfacheren und gerechteren Steuersystems, vereinbart haben, und zwar präziser, als Sie glauben.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Jetzt haben Sie sich aber gemeldet!)

- (B) Wir haben darüber hinaus ein klares Bekenntnis zu **neuen Technologien** abgegeben, insbesondere auch zur Forschung. Ja, wir sind der Überzeugung, dass das grüne Gentechnikgesetz – das Gesetz, das Frau Künast Anfang des Jahres durchgesetzt hat –, zu Recht von allen Forschern in Deutschland kritisiert wird. Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herr Professor Winnacker, sagt darüber: Damit wickeln wir eine der modernsten und wichtigsten Technologien in Deutschland praktisch ab.

Was ist es denn, um das es hier in Wahrheit geht?

Als ich in der letzten Woche gesagt habe, wir wollen Gen- und Biotechnologie fördern, gerade im Agrarbereich, damit auch die pharmazeutische Industrie besser entstehen kann, die die modernsten Medikamente entwickelt, hörte ich von Herrn Kollegen Fischer den bemerkenswerten Satz – das alles in einer Fernsehsendung, mir gegenüber sitzend –, er wolle selbst entscheiden, was er isst.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das kann er ja!)

Ich möchte hiermit in dem Hohen Hause ausdrücklich sagen: Herr Kollege Fischer, was Sie essen, auch wie viel Sie essen, ist ausdrücklich Ihrer eigenen Verantwortung übertragen. Es gibt aber eine Menge Menschen auf der Welt, die eben nicht so lapidar darüber hinweg galoppieren können, wenn es um die Chancen geht, den Welthunger in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sich ein Außenminister so über die Bedürfnisse der Dritten Welt hinwegsetzt und die Chancen der Agrargentechnik nicht erkennt,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ein Quatsch!)

um den Welthunger besser in den Griff zu bekommen oder beispielsweise modernste Medikamente zu entwickeln, ist aus unserer Sicht wirklich verheerend.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Westerwelle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schily?

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Ja, wo ist denn der Kollege Schily?

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Er hat in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie Platz genommen.

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Entschuldigen Sie bitte vielmals! Ich hatte geschaut, ob er auf der Regierungsbank sitzt; da saß er nicht.

(Rudolf Bindig [SPD]: Da darf er auch nicht fragen! – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Er übt schon!)

– Das ist ja auch völlig richtig. Ich bin auch der Auffassung, dass sich jeder an seine neue Rolle so langsam heranführen sollte.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Bitte sehr, Herr Kollege Schily.

(Rudolf Bindig [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

**Otto Schily (SPD):**

Herr Kollege Westerwelle, Sie wollen ja auch eine neue Rolle einnehmen. Wie ich den Agenturmeldungen heute entnehme, haben Sie den Wunsch geäußert, Frau Kollegin Zypries abzulösen als Justizminister. Es ist sehr ehrenvoll, sich das zuzutrauen. In einer weiteren Agenturmeldung sagt Herr Kollege Beckstein: Von der inneren Sicherheit versteht Herr Westerwelle nichts. – Meine Frage ist: Halten Sie es für verantwortbar, einen Justizminister in Deutschland zu haben, der nichts von der inneren Sicherheit versteht?

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der FDP)

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Ich will Ihnen darauf wie folgt antworten, Herr Kollege Schily, da wir ja in den letzten Jahren gelegentlich auch über das Thema Rechtsstaat und Bürgerrechte und über das richtige Verhältnis von Bürgerfreiheit und Bürgersicherheit verhandeln durften: Anstrengender als mit

**Dr. Guido Westerwelle**

- (A) Ihnen kann es auch mit dem Kollegen Beckstein für Liberale nicht werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war eigentlich bei einem ganz anderen Thema; das ist das ganze Thema der Forschung und der Gentechnologie. Ich möchte Ihnen, verehrte Anwesende, einmal etwas über die Chancen der **grünen Gentechnik** vortragen: Es gibt beispielsweise eine so genannte transgene Reissorte, die Goldener Reis heißt. Das ist eine vitaminangereicherte Reissorte, die eine Mangelerscheinung gerade bei Kindern in der Dritten Welt bekämpft. Diese Mangelerscheinung führt zur Erblindung. 45 Millionen Menschen sind weltweit davon betroffen. Jetzt möchte ich Ihnen vorlesen – das ist besonders interessant für die Grünen –, was Patrick Moore, der Mitbegründer von Greenpeace und langjährige Direktor von Greenpeace International, zu diesem Vorhaben, die Gentechnik einzusetzen, um Lebensmittel besser herzustellen und Weltmangelernährung bekämpfen zu können, sagt.

Er sagt wörtlich:

In der Abwägung ist klar: Die realen Vorteile von genetischer Modifikation überwiegen bei weitem die hypothetischen Risiken, die von den Gegnern vorgebracht werden.

- (B) Um nichts anderes geht es uns Liberalen. Sie hängen zwar Plakate mit der Überschrift „Gentechnikfreie Zone“ auf; aber wenn Sie selbst krank würden, würden Sie nach dem besten Medikament aus dem Ausland verlangen. Wir wollen, dass die besten Medikamente in Deutschland hergestellt werden und nicht in fünf Jahren importiert werden müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte noch etwas zum Thema der inneren Liberalität sagen; dies ist wichtig. Um auf den Punkt zu kommen: Herr Kollege Müntefering, hören Sie doch auf, den Eindruck zu erwecken, als ob dann, wenn Schwarz-Gelb an die Regierung komme, plötzlich das Frauenbild und das Familienbild der 50er-Jahre wieder auf der Tagesordnung seien. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass diejenige, die die nächste Kanzlerin wird, eine Frau ist. Das sollte man einmal kurz zur Kenntnis nehmen.

Jetzt möchte ich ganz persönlich etwas zum Thema **Antidiskriminierungsgesetz** und dazu sagen, wie Sie damit durch die Lande ziehen. Ihr Antidiskriminierungsgesetz, welches Sie sich als wirklich wichtiges Ziel auf die Fahnen geschrieben haben, hilft denjenigen, die geschützt werden sollen, nicht. Wenn Sie das so überbürokratisch umsetzen, wie Sie es vorhaben – dies müssten Sie gar nicht, weil die Europäische Union viel weniger will –, wird das lediglich dazu führen, dass die Minderheiten, die wir alle gemeinsam gegen Diskriminierung schützen wollen, gar nicht mehr zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden, weil die Arbeitgeber fürchten: Anschließend gibt es eine Klagewelle, weil eine Diskriminierungsabsicht unterstellt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

(C)

So etwas ist nur gut gemeint.

Wir sagen Ihnen: Gerade beim Thema der inneren Liberalität schadet es nicht, wenn man auch den Verstand einschaltet. Wir als Liberale sind ein Garant dafür,

(Widerspruch bei der SPD)

dass das Klima der Toleranz, die innere Liberalität und die Zukunft einer aufgeklärten Gesellschaft erhalten bleiben. Dafür stehen meine Partei und ich ganz persönlich.

Deswegen sage ich: Wir werden in Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung bekommen. Wir schaffen mehr Chancen für Bildung und Wissenschaft und für die junge Generation. Wir schaffen sicherere Sicherungssysteme bei der Rente und der Gesundheit. Wir erhalten die innere Liberalität dieses Landes. Dafür stehen wir, Union und FDP, gemeinsam. Deswegen werden wir die nächste Regierung sein – und Sie die nächste Opposition.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Rudolf Bindig [SPD]: Nur die Hinterbänkler unterstützen Sie!)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

**Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man heute Morgen Frau Merkel und ganz besonders Herrn Westerwelle sorgfältig zugehört hat, hat man erfahren, dass die Opposition schon gewonnen hat.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Diesmal hat der Fischer Recht!)

Hier sitzt der bayerische Ministerpräsident, der immer noch tief traumatisiert ist. Sie dürfen nicht vergessen, dass er noch heute versucht, eine Flasche Champagner zu öffnen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben Sorgen!)

– Ich habe überhaupt keine Sorgen, sondern will Ihnen nur sagen: Das werden die Wählerinnen und Wähler am 18. September entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Manche sind schon vorher Wahlsieger gewesen und haben um Mitternacht immer noch in die Kamera gewunken, obwohl sie da schon verloren hatten.

Schauen wir uns die gegenwärtige **internationale Lage** an: Wir haben es mit explodierenden Benzin- und Energiepreisen zu tun. Amerika erleidet eine furchtbare Tragödie. Wir bekommen mit, dass sich ganz offensichtlich global eine Veränderung vollzieht, die tief ein-

**Bundesminister Joseph Fischer**

- (A) schneidet – auch in die Zukunft der Arbeitsplätze und in die Positionierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Nur, der Vorredner hatte dazu nichts zu sagen.

Frau Merkel, wer ist denn in Ihrem Kompetenzteam dafür zuständig?

(Jörg Tauss [SPD]: Frau Hasselfeldt!)

– Frau Hasselfeldt! – Das kommt ja nicht von ungefähr. Sie wollen nicht Vorfahrt für diesen Punkt – das wissen Sie ganz genau –, sondern für Sie ist da der Rückwärtsgang angesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Kanzlerkandidatin spricht davon – das war das Erste, was Sie erklärt haben, Frau Merkel –, dass die Zukunft ihre Zukunft ist. Dann wollen wir diese Zukunft einmal betrachten. Ich meine, entscheidend für die Zukunft der Arbeitsplätze wird die Energiefrage sein. Wir sind da sehr gut positioniert. Ich war jüngst an der Technischen Hochschule in Aachen. Dort werden Motoren für den weltweiten Einsatz entwickelt, unter anderem der Hybridmotor. Wenn ich dann aber mitbekomme, dass Volkswagen in diesen Tagen ein neues Modell vorstellen will – einen Dinosaurier aus dem oberen Preissegment mit 25 Litern Verbrauch –, während der Hybridmotor, der an dem Institut in Aachen entwickelt wurde, von Toyota umgesetzt wird, ist das für mich eine Entwicklung, die wir so nicht zulassen dürfen. Wenn sich hier andere auf den Weg machen, wird uns das Arbeitsplätze kosten.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Da kann Herr Westerwelle Steuersenkungen rauf und runter durchdeklinieren. Das sind die entscheidenden Zukunftsfragen.

Schauen wir uns doch einmal die Realität an: Ich war jüngst in Ostwestfalen, in einer Kommune, die einen Bürgermeister von der Christlich Demokratischen Union hat. Dort wurde ein Zentrum für erneuerbare Energien eingeweiht. Der verantwortliche Unternehmer sagte mir, in Nordrhein-Westfalen gebe es faktisch eine Totalblockade bei den **erneuerbaren Energien**. Da kann ich nur sagen: Wir haben mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, mit Jürgen Trittin, zur Weltspitze, zu Japan, abgeschlossen. Wenn diese Zukunftstechnologie aber jetzt, wie in Nordrhein-Westfalen, aus ideologischen Gründen nicht umgesetzt wird – angesichts explodierender Energiekosten wird sie sich schneller rentieren, als selbst wir es angenommen haben; wir waren weiß Gott Optimisten –, dann wird die Vergangenheit die Zukunft definieren. Das ist das Letzte, was unser Land brauchen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie wollen Kanzlerin werden, Frau Merkel. Dafür ist entscheidend, dass Sie die strategischen Linien definieren. Nach der großen Tragödie in den USA ist noch nicht absehbar, was die Konsequenzen sind. Aber dieses Land hat immer mit sehr viel Pragmatismus und Entschlossen-

heit auf solche Herausforderungen reagiert. Es wird dort sicher Konsequenzen in der Energie- bzw. Klimaschutzpolitik geben. Das hat sich vorher schon abgezeichnet. Die Explosion der Benzinkosten in den USA hat schon vorher zu einer Diskussion über den Verbrauch bei den Automobilen geführt. Wer die politische Szene in den USA kennt, weiß, dass das dort extrem ungewöhnlich ist.

Wenn die USA ein neues „Manhattan-Projekt“ auflegen, dann werden wir mit Merkel und Westerwelle unsere Spitzenposition garantiert sehr schnell einbüßen. Dann brauchen wir, weil wir dann Arbeitsplätze verlieren, über einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit selbst mit Ihren fantastischen Steuervisionen überhaupt nicht mehr zu diskutieren; dann werden wir weit zurückfallen. Wir müssen die Zeichen der Zeit erkennen. Das heißt, dass wir uns hier mehr anstrengen müssen und nicht den Rückwärtsgang einlegen dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Genau, mehr anstrengen!)

Wir müssen alles tun – das werden und wollen wir tun –, um eine Verbrauchsreduzierung zu erreichen. Autos mit Hybridmotor – also mit einem Elektromotor und mit einem konventionellen Ottomotor – dürfen doch nicht nur von Toyota exportiert werden. Toyota exportiert in die USA so viele Autos mit Hybridmotor – verbrauchsarm, schadstoffarm! –, wie Audi dorthin Autos mit konventionellen Antrieben liefert. Dieser Drittmarkt ist für die Arbeitsplätze entscheidend. Ich kann nur sagen: Da müssen wir Acht geben.

Darüber hinaus müssen wir jetzt in die **Biotreibstoffe** hinein. Ich dachte, ich höre nicht richtig, als ich in der „Tagesschau“ vor dem formidablen Duell, das Frau Merkel ja, wie ich überall gelesen habe, gewonnen hat – man merkt es nur nicht –, vom Präsidenten des Verbands der Automobilindustrie, Professor Gottschalk, einem in der Wolle gefärbten Grünen, erfahre: Wir brauchen mehr Biotreibstoffe. – Recht hat er. Wir werden die Weichen dafür stellen. Die grüne Zapfsäule muss an jede Tankstelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es kann doch nicht sein, dass die in Brasilien weiter sind als wir. Weg vom Öl ist die entscheidende Zukunftsfrage für den Automobilstandort Deutschland.

Das sind die Fragen, die Arbeitsplätze bringen werden. Wir haben 30 000 Arbeitsplätze allein bei der **Windenergie** geschaffen. Die stellen Sie infrage. Jetzt kommen Sie und sagen, Sie wollen eine Kappung. Vergleichen Sie einmal die Situation dort, wo es eine Kappung gibt – in Italien und Großbritannien –, mit unserem System, dann werden Sie sehen, was Investitionen mobilisiert.

Sie wissen genau: Die Windenergieförderung ist degressiv, sie wird abgebaut werden. Das heißt, die Windenergie muss sich rentieren. Ich glaube, dass angesichts der Entwicklung der Energiepreise die Förderung

**Bundesminister Joseph Fischer**

- (A) schneller abgebaut werden kann, als alle angenommen haben.

Nur, man muss den Menschen auch sagen: Zwar gehen in die Energiepreise auch spekulative Bestandteile ein, aber noch viel wichtiger ist das Folgende – ich als Außenminister bekomme das mit –: Seit ungefähr zwei, drei Jahren trifft man chinesische oder indische Delegationen bzw. Unternehmen auch dort an, wo sie vorher nicht gewesen sind. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Energiepreise. Schauen Sie sich etwa die Entwicklung des Kupferpreises an. Chile hat Jahrzehnte unter einem sich abwärts entwickelnden Kupferpreis gelitten; nun haben wir eine völlige Umkehrung erlebt. Diese Entwicklung schließt die Jutepreise, überhaupt alle Rohstoffpreise ein. Reden Sie mit Vertretern des Mittelstandes, dann werden Sie merken, dass der Druck der Rohstoffpreise für unsere Wirtschaft eine enorme Bedeutung hat!

Das zeigt, dass Globalisierung eben nicht nur bedeutet: Wir produzieren und exportieren und bekommen somit das Geld, das wir für Rohstoffe aufgewendet haben, zurück; wir reisen in exotische Länder. Vielmehr bedeutet Globalisierung, dass sich große Nationen auf den Weg gemacht haben. Das wird zu einem dauerhaften Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise führen. Was hat Frau Merkel heute zu dieser entscheidenden Zukunftsfrage zu sagen gehabt?

(Rudolf Bindig [SPD]: Sie hat keine Ahnung davon!)

- (B) Wir haben die besten Ingenieure, die besten Facharbeiter, hervorragende Universitäten und das nötige Kapital. Ich sage Ihnen: Wenn Sie die Weichen so stellen, dass es in Richtung rückwärts geht, dann werden wir auch rückwärts fahren und werden Arbeitsplätze in großer Zahl verlieren. Genau das darf es nicht geben und deswegen müssen wir die ökologische und soziale Erneuerung vortreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zur **Gentechnik**, zu Guido Westerwelle und der Gentechnik.

(Zuruf von der SPD: Die Windmaschine!)

Er meint, es sei für mich ein Problem, was und wie viel ich esse. – Ja, das ist mein Problem. Aber wenn ich Ihnen zuhöre, ist ebenfalls mein Problem, was Sie reden. Das ist nicht immer klug, Herr Westerwelle; das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich rede jetzt von gentechnisch manipulierten Bestandteilen von Nahrung. Lassen Sie da doch den Markt entscheiden! Sie sind doch der Apostel der freien Marktwirtschaft. Sie reden doch immer davon, dass der Konsument mehr Freiheit braucht.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Wer verbietet das denn?)

(C) Ist es denn dann ein Akt der Bürokratisierung, wenn wir die Kennzeichnungspflicht haben? Als Verbraucher sage ich Ihnen schlicht und ergreifend: Ich kaufe das nicht. Damit ich diese Entscheidung überhaupt treffen kann, muss aber auf der Packung draufstehen, was drin ist. Ich bin dafür, dass wir das klar kennzeichnen. Das hat nichts mit Bürokratie zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Sehen Sie, Herr Westerwelle: Selbst die Kanzlerin klatscht; selbst die CDU/CSU ist überzeugt und hat Beifall geklatscht.

(Michael Glos [CDU/CSU]: „Kanzlerin“ war richtig! Einmal was Richtiges! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: „Die Kanzlerin klatscht“ hat mir gefallen!)

– Ja, selbst die Kanzlerin klatscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Das sind Helden der Ironie; ihr seht es.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sagen Sie das noch mal! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das war super!)

– Ich stelle fest: Bei euch darf man Ironie nicht einsetzen. Ich lasse es.

(D) Ich komme jetzt wieder zurück zur Gentechnik und zur Freisetzung bzw. unserer gesetzlichen Regelung. Wenn Saatgutfirmen so überzeugt davon sind, dass es notwendig ist, gentechnisch manipuliertes Saatgut freizusetzen, und wenn Sie so überzeugt davon sind, dass es sicher ist: Wieso wollen Sie dann die Staatshaftung einführen? Ich bin der Meinung, dass diese Firmen sich auf dem Versicherungsmarkt die Deckung besorgen sollten. Dann könnten wir auch feststellen, für wie sicher sie das Ganze wirklich halten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Frau Merkel, ich darf Sie ja jetzt nicht mehr Kanzlerin nennen, sonst flippen die wieder aus.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Wer flippt aus? – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Einmal fängt alles an!)

– Ich darf Sie so nennen; also gut. Ich bin gespannt darauf, ob Sie auch noch am Abend des 18. September so genannt werden. Ich glaube es nicht.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Er hat den Fehler doch gemacht!)

Meine Damen und Herren, Sie haben eine Politik der Ehrlichkeit versprochen. Die Politik der Ehrlichkeit müsste so aussehen, dass Sie und Herr Kirchhof sagen müssten, was Sie wirklich wollen. Da kann ich Ihnen nur sagen: Ich finde, Ihr Hinweis auf Reagan lässt tiefer blicken, als es auf den ersten Blick der Fall zu sein scheint.

Bundesminister Joseph Fischer

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Wenn man es ernst nehmen soll, dass Sie Professor Kirchhof als den neuen Ludwig Erhard der CDU bezeichnen, Frau Merkel, dann müssen Sie auch die Konsequenzen vor den Wahlen offen aussprechen. Da will ich Ihnen sagen: Das wird eine Grundsatzentscheidung. Ich weiß nicht, wie weit Ihre Partei den Leipziger Parteitag tatsächlich ernst genommen hat.

Dann kam Ihre Kirchhof-Entscheidung und nun Ihr Reagan-Zitat, das scheinbar bedeutet: Mir selbst fällt nichts ein, also muss ich eine Anleihe machen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Nein, es geht nicht um dieses Zitat. Es geht um eine **gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung**. Dazu will ich Ihnen etwas vom bayerischen Finanzminister Kurt Faltlhauser vorlesen. Er hat am 29. April 2004 hier im Deutschen Bundestag gesagt:

Es gibt hier aber eine Differenz zu dem, was der immer wieder zitierte Professor Kirchhof vorgelegt hat. Dieser hat eine Flat Tax von 25 Prozent vorge schlagen.

Jetzt kommt es:

Ich erkläre für mich ausdrücklich, dass ich in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland eine Flat Tax für nicht vertretbar halte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

(B)

Und weiter:

Für mich ist die Progression der Einkommensteuer ein Kernpunkt unseres Sozialstaatsprinzips.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Ich muss Ihnen sagen: Das ist die gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung. Das müssen die Menschen draußen wissen.

Der Bundeskanzler hat völlig Recht, wenn er sagt, dass wir den Sozialstaat erneuern müssen und dass die sozialen Sicherungssysteme auf unsere immer älter werdende Gesellschaft und auf die neue Wettbewerbssituation ausgerichtet werden müssen. Ich möchte in keiner Gesellschaft leben, in der wir den Individualismus sozusagen zum obersten Prinzip erklären und in der sich die starken von den schwachen Schultern verabschieden. Für mich war der Kern der **Sozialstaatsorientierung** der Union seit Adenauer immer das Festhalten an diesem Prinzip. Angesichts dessen, was Sie wollen, sage ich Ihnen – ich habe Ihnen sehr sorgfältig zugehört –: Sie sind das Gegenteil von neuer Ehrlichkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Wenn Sie wirklich den Mut hätten, zu sagen, was Sie wollen und was Sie für notwendig halten, dann würden Sie sagen, dass Sie den Sozialstaat für überholt, für zu

teuer und für eine die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands schädigende Einrichtung halten. (C)

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber das sagen Sie nicht, sondern Sie lassen es Kirchhof sagen. Sie selbst deuten es nur an. Es ist eine gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung.

(Beifall des Abg. Franz Müntefering [SPD])

Diese neokonservative Wende der Union soll am 18. September eine Mehrheit bekommen. Dazu sage ich Ihnen: Das darf nicht sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Nun zur **Gesundheitsreform**. Da bin ich ideologisch überhaupt nicht festgelegt.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Nein,  
überhaupt nicht!)

Ich hatte gedacht, dass ein Prinzip auch für die Union gilt – für die FDP allerdings nicht; denn die FDP möchte eine Vollprivatisierung; das heißt, am Ende bleibt eine Basisversicherung, die privaten Versicherungen müssen dann jeden akzeptieren; das wäre eine Armenversicherung und würde, wenn man das zu Ende denkt, die Übernahme der Sozialhilfe in das Gesundheitssystem bedeuten,

(Peter Dreßen [SPD]: So ist es! Genau!)

das ist völlig klar – und dass dieses auch in Zukunft gelten sollte: das Prinzip der Belastung nach der Leistungsfähigkeit, dass sich also Beiträge und Besteuerung an der Leistungsfähigkeit orientieren und dass stärkere Schultern stärker herangezogen werden. Ich möchte, dass dieses Kernprinzip des Sozialstaats auch in Zukunft gilt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –  
Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das machen wir!)

– Nein, das macht ihr nicht.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Dummes  
Zeug!)

– Ich will euch etwas sagen: Ich bin aus Überzeugung freiwillig gesetzlich versichert und zahle gegenwärtig einen Krankenkassenbeitrag von etwa 500 Euro. Nach dem merkelschen Modell würde ich um knapp 400 Euro entlastet.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das stimmt ja  
gar nicht!)

– Natürlich.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Nein!)

– Aber selbstverständlich! – Da kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Das wird die Wirtschaft ankurbeln! Da wird der Fischer investieren, dass es kracht!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

**Bundesminister Joseph Fischer**

- (A) Nein, es ist überhaupt nicht einzusehen, warum mein Fahrer, der genauso alt ist wie ich, belastet wird und ich entlastet werde. Das macht überhaupt keinen Sinn.

Nun zur **Kinderversicherung**. Der Spitzensteuersatz soll weiter gesenkt werden, aus Gründen, die ich nicht kenne. Das wird unsere Wettbewerbsfähigkeit überhaupt nicht verbessern. Sie wollten ihn auf 36 Prozent senken und haben das alles sauber berechnet, allerdings in der Luft und nicht in der Realität. Jetzt kommt die Begründung, dass die Reichen für die Kinderversicherung herangezogen werden sollen. Das kann dann aber nicht nur für die gesetzliche Versicherung gelten; denn damit werden Sie in Karlsruhe scheitern. Selbstverständlich werden Sie dann alle Kinder entsprechend zu finanzieren haben; das ist doch völlig klar. Dafür fehlen Ihnen 16 Milliarden Euro, Frau Merkel. Da kann ich Ihnen nur sagen: Angesichts dieser fehlenden 16 Milliarden Euro werden Sie wieder auf die Mehrwertsteuererhöhung zurückkommen.

Ich frage mich, welchen Sinn das macht. Wenn wir der Meinung sind, wir sollten eine steuerliche Zuführung vornehmen, dann bin ich jederzeit bereit, darüber zu diskutieren. So, wie wir es bei der Rentenversicherung getan haben, könnten wir auch hier unvoreingenommen über die Frage einer steuerlichen Zuführung diskutieren.

(Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Das ist ja schon mal etwas!)

- (B) Warum Sie aber das Prinzip, dass sich die Höhe der Beiträge nach der Leistungsfähigkeit richtet, aufgeben wollen, verstehe ich nicht. Das Tollste ist der **Sozialausgleich**! Da kann ich Ihnen nur sagen: Fahren Sie doch in die Schweiz und schauen Sie sich doch einmal die Realität an! Und da kommen die Meister der Entbürokratisierung und sind dabei, einen Dinosaurier der Bürokratisierung zu schaffen:

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

30 Millionen Versicherungspflichtige, die heute in der gesetzlichen Krankenversicherung sind – das müssen die Versicherten wissen –, werden dann Anträge schreiben, sie werden Sozialleistungsbezieher werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren von der Union, ich kann nur sagen, das hat alles keinen Sinn! Das wird eines der besten Gesundheitssysteme, eines der solidarischsten Gesundheitssysteme gefährden und letztendlich ruinieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir dagegen halten an ihm fest. Bei einer immer älter werdenden Gesellschaft brauchen wir eine gewisse Abkopplung der Finanzierung des Gesundheitssystems von den Arbeitskosten; das haben wir mit unserer Reform schon gemacht. Da bin ich sehr dafür. Da ist ein Wachstumsmarkt, da hätte ich mir gewünscht, dass die FDP und auch Sie Ihren Widerstand gegen die Aufhebung des Mehrfachbesitzverbotes bei Apotheken aufgeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(C) Wozu brauchen wir die Kassenärztlichen Vereinigungen? Das bezahlen alles die Versicherten. Das wart alles ihr! An diesem Punkt bin ich sehr dafür, die Konsequenzen daraus zu ziehen: mehr Wettbewerb im System und nochmals eine Überprüfung, auch dessen, was den Pharmaunternehmen wirklich garantiert wird. Ich meine, die sind da zu gut weggekommen.

Aber der entscheidende Punkt ist doch ein anderer: Wenn es richtig ist, dass wir immer älter werden und gleichzeitig die Erwerbsbiografien immer prekärer werden, dann dürfen wir doch die Solidarität mit den Behinderten, mit den Chronikerinnen und Chronikern, mit den Kinderreichen, mit den Alten und Armen nicht bei den gesetzlich Versicherten abladen, sondern müssen sie auf alle Schultern verteilen. Das ist für mich ein Schritt nach vorne und deswegen ist die Bürgerversicherung die richtige Antwort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Wozu zahlen wir Steuern?)

Frau Merkel, Ihre Amtszeit wird sich durch Wunder auszeichnen. Wenn ich mir anschau: Mehrwertsteuererhöhung um 2 Prozentpunkte, das wird die Konjunktur richtig brummen lassen! Daraus wollen Sie die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung finanzieren. Die Ministerpräsidenten der CDU/CSU hauen sich jetzt schon wie die Kesselflicker, wie viel sie zum Stopfen der Haushaltslöcher bekommen. Zweiter Punkt also: Sanierung der Länderhaushalte. Dritter Punkt: steuerfinanzierte Kinderversicherung; 16 Milliarden Euro. Jetzt sind Sie schon im Bereich des Wunders angekommen. Das werden Sie aus den 2 Prozentpunkten niemals herausbekommen! Schließlich der vierte Punkt: Senkung der Ökosteuer.

(D) Da kann ich nur sagen: Solche Versprechungen hat nicht einmal der Papst bei seinem Besuch hier in Deutschland gemacht; das hat er sich nicht zugetraut.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Da stellt man doch fest: Das ist doch hinten und vorne ideologiegetrieben!

(Zuruf von der CDU/CSU: Bei Ihnen!)

Das wissen Sie auch. Das ist doch völlig klar: Der kirchliche Einheitssteuersatz oder Ihre Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 39 Prozent – was ökonomisch keinen Sinn macht –, das wird letztendlich zulasten der kleinen Leute finanziert. 40 Milliarden Defizit im ersten Jahr, das haben wir in Amerika erlebt, das haben wir in England erlebt: Erst heißt es: „Runter mit den Steuern!“, und dann heißt es: „Defizite müssen weg!“ Und die kommen weg: vor allen Dingen in den Sozialtats, bei Bildung und Ausbildung, bei den kleinen Leuten. Da kann ich Ihnen nur sagen: Das, was Sie wollen, ist eine Gesellschaft des kalten Herzens. Das ist das Gegenteil von dem, was wir wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU)



**Bundesminister Joseph Fischer**

- (A) Vorfahrt für Kinder! Ich würde mir wirklich wünschen, Sie würden wirklich Politik für junge Frauen in unserem Land machen. Renate Schmidt und wir haben das gemacht.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das sieht man!)

Mit dem **Ganztagsschulprogramm** haben wir 4 Milliarden Euro in die Hände genommen. Hoffentlich – Herr Ministerpräsident – geben Sie das alles an die Kommunen weiter und nutzen es nicht zur Sanierung der Länderhaushalte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Der entscheidende Punkt bei der Entlastung bei der Sozialhilfe ist, dass investiert wird, vor allen Dingen in die Betreuung der unter 3-Jährigen. Aber ich sage hier auch ganz offen – bei allem, was es auch an vernünftigen Vorstellungen von Elterngeld und Ähnlichem gibt; –: Wir müssen doch nur über den Rhein schauen! Frankreich ist doch nicht wesentlich reicher als wir. Aber dort ist seit vielen Jahren ein Anspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr selbstverständlich. Wir wollen niemanden diskriminieren. Wenn sich jemand entscheidet, zu Hause zu bleiben, dann ist das eine Entscheidung, die voll zu akzeptieren und zu unterstützen ist. Aber es muss aufhören, dass letztendlich den jungen Eltern und den jungen Frauen – dazu haben Sie nichts gesagt – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ins Kreuz gehängt wird. Wie viele Alleinerziehende sind in die Sozialhilfe gedrückt worden, nur weil die Betreuung nicht funktioniert hat? Das darf es in unserem Land nicht geben.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen sage ich den jungen Eltern: Am 18. September steht eine Entscheidung an über eine der, wie ich denke, wichtigsten Zukunftsreformen: nämlich den gesetzlichen Anspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr. Ohne diesen wird es nicht wirklich funktionieren. Deswegen bin ich unbedingt dafür, dass wir das machen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Irgendwie läuft es nicht!)

Ich kann nur sagen: Neben dieser sozialpolitischen Entscheidung mache ich mir am meisten über die **Außen- und Sicherheitspolitik** Sorgen.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)

– Ja, ja. – Schauen wir uns die Entwicklung an. Ich habe vorhin gesagt: Wir wissen nicht, wie dieses große, für uns so bedeutende Land USA reagieren wird. Wird es sich nach innen orientieren? Was wird das dann für Frieden und Stabilität in unserer Nachbarregion bedeuten? So wie während des Kalten Krieges für den Westen Berlin Zentrum von Freiheit und Sicherheit war, so ist jetzt die Stabilität des Mittelmeerraums die entscheidende Frage für unsere Sicherheit, nämlich ob wir ein Mehr der Kooperation oder der Konfrontation bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Glos [CDU/CSU]: Heuchelei!)

(C)

– Das hat überhaupt nichts mit Heuchelei zu tun. Vielmehr werde ich Sie gleich an Ihre früheren Positionen erinnern, Verehrtester.

Diese Region steht heute vor großen Herausforderungen. Ich bin froh, dass die mutige Entscheidung der israelischen Regierung, sich aus **Gaza** zurückzuziehen, dazu führen kann und hoffentlich dazu führen wird, dass weitere politische Verhandlungsschritte folgen, sodass dieser lange tragische Konflikt zwischen zwei Nachbarvölkern beigelegt wird und es zu einem dauerhaften Ende von Terror und Gewalt kommt und Israel und Palästina friedlich Seite an Seite leben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber der entscheidende Punkt ist für mich ein anderer. Wir haben in dieser Region eine Kumulation von großen Gefahren. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass die Entwicklung im Irak alles andere als gut verläuft. Ich mache mir da große Sorgen, obwohl wir nicht für den Krieg waren. Aber die negativen Konsequenzen werden Kriegsbefürworter und Kriegsgegner gleichermaßen zu tragen haben. Keiner denke, die **Terrorgefahr** wäre für uns keine Gefahr.

Große Teile der Bevölkerung in der arabischen Welt sind unter 18 Jahren. Dort herrscht eine Modernisierungsblockade. Wir haben Entwicklungen auf der arabischen Halbinsel und auch im Irak. Das iranische Nuklearprogramm, das keinerlei Sinn macht, darf ebenfalls nicht vergessen werden. Wir wissen nicht, wie sich die USA in den kommenden Monaten orientieren werden. In dieser Situation wird es entscheidend sein, dass wir unsere Sicherheitsinteressen und nicht innenpolitische Wahlinteressen an die erste Stelle stellen. Von einer, die Kanzlerin werden will, erwarte ich das.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das eine Minderheitenposition ist, dann bedeutet Führung, wenn man diese Position für richtig hält, daraus eine Mehrheitsposition zu machen. An diesem Punkt lautet die entscheidende Frage: Gelingt es, dass ein großes muslimisches Land den Weg von Demokratie, Frauen- und Menschenrechten, Rechtsstaat, unabhängigen Medien, einer modernen offenen Gesellschaft und Wirtschaft erfolgreich geht?

Seit 43 Jahren machen wir der **Türkei** Versprechungen, von Adenauer und Strauß, bis 1997 Glos unter der Regierung Kohl/Waigel in einer Presseerklärung dasselbe Versprechen gemacht hat. Jetzt soll der Türkei in dieser Situation, in der wir kein Risiko eingehen – es mag zehn, 15, 20 Jahre dauern, das weiß ich nicht –, die Tür vor der Nase zugeschlagen werden,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das tut doch niemand!)

weil Herr Stoiber kulturelle Einwände hat oder weil Frau Merkel meint, das sei weniger wichtig. Dann kann ich

**Bundesminister Joseph Fischer**

- (A) Ihnen nur sagen: Herr Glos, Ihre – wie heißt das? – privilegierte Partnerschaft, so sagte mir der Herr Schäuble, wollen Sie gemeinsam mit den Türken entwickeln. Das gibt es gar nicht respektive ist schon längst Realität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Mit Ihrer Türkeipolitik – das sage ich Ihnen mit meiner ganzen Erfahrung aus sieben Jahren –, Frau Merkel, verständigen Sie sich an den Sicherheitsinteressen Europas und Deutschlands.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Jawohl, jedes Wort genau so. – Meine Damen und Herren, Sie lagen bei der Irakpolitik falsch. Ich werde den Artikel in der „Washington Post“ nie vergessen: Bundeskanzler Schröder spricht nicht für alle Deutschen. Dieser Artikel ist sehr nachlesenswert. Sie wollen Kanzlerin werden. Aber Sie haben nicht den kühlen Kopf und die Fähigkeit zur Analyse, die man in solchen Situationen braucht.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Ausgerechnet Sie!)

Im Falle des Irakkriegs haben Sie eine falsche Position bezogen. Was Sie jetzt in der Türkeipolitik machen, halte ich für noch gefährlicher.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Heute haben Sie sich über die Mehrheit gefreut. Entscheidend wird es darauf ankommen, dass Sie am 18. September die Mehrheit nicht bekommen. Wir werden klar machen: Ökologische und soziale Erneuerung ist die Alternative zu einer Politik der kalten Herzen und der Systemveränderung von rechts.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD erheben sich)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Auch wegen der überschaubar begrenzten Möglichkeiten, in dieser Legislaturperiode im Deutschen Bundestag noch das Wort zu ergreifen, geht das Präsidium mit den Redezeiten sehr großzügig um.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das hätte ich wissen müssen!)

Es wäre dennoch schön, wenn die Redner in der Nähe der gemeldeten Redezeiten bleiben könnten.

Nun erteile ich dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Edmund Stoiber, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wo ist der Herr Falthäuser, Herr Stoiber?)

**Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident (Bayern):** (C)

Lassen Sie mich trotz der polemischen Ausfälle, Herr Fischer, gegenüber der CDU/CSU und der Kanzlerkandidatin – darauf werde ich noch zurückkommen – mit einem Dank an Sie, Herr Schröder und Herr Fischer, beginnen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben am 22. Mai den Menschen und unserem Vaterland ein Jahr Rot-Grün erspart.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jeder Tag ohne Rot-Grün ist ein guter Tag für Deutschland.

(Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Ist das jetzt ernst gemeint?)

Herr Bundeskanzler, Sie haben sieben Jahre – sieben lange Jahre – eine bessere Zukunft versprochen. Ich habe viele Erklärungen, Reden und Regierungserklärungen von Ihnen gelesen und auch selber mitgehört.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht verstanden!)

Die Menschen warten bis heute darauf, dass es ihnen besser geht. Fast 5 Millionen Menschen sind arbeitslos. Das ist – bei aller Problematik in vielen anderen Bereichen – das zentrale Problem unseres Landes. Wenn wir das nicht lösen, dann werden wir auch die anderen Probleme, die heute angesprochen werden und angesprochen worden sind, nicht lösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

An dieser Aufgabe ist Ihre Regierung objektiv gescheitert. Das ist auch der Grund, warum Sie Neuwahlen ausgeschrieben haben. Das ist auch der Grund, dass wir jetzt hier stehen und zum Abschied dieser Regierung diskutieren können, was gut für Deutschland ist.

Zigtausende junge Menschen finden keinen Einstieg in das Berufsleben. Millionen Rentner haben das Vertrauen in die Rentenkasse verloren. Was sagen Sie diesen Menschen?

(Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Kirchhof!)

Nur zu sagen, das seien sieben gute Jahre gewesen – so argumentieren Sie nämlich –, ist für mich zynisch, realitätsfern und gegenüber diesen Menschen blanker Hohn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Darüber können Sie nicht hinwegtäuschen: Es gibt fast 5 Millionen registrierte **Arbeitslose**, 7 Millionen Menschen, die in diesem Lande arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden.

(Ludwig Stiegler [SPD]: 1998 waren es 9 Millionen!)

80 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Es gibt kein Land auf dieser Welt – weder in Europa noch außerhalb Europas –, in dem die Menschen so viel Angst

(D)

**Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)**

- (A) haben, den Arbeitsplatz zu verlieren oder keine Arbeit zu bekommen. Das ist eines der entscheidenden Themen.

Ich wiederhole: Wenn wir die Mentalität nicht verändern – sie ändert sich nur dann, wenn die Menschen Arbeitsplätze bekommen –, dann müssen Sie die Politik ändern. Das Ergebnis Ihrer Politik der letzten sieben Jahre ist jetzt zu besichtigen. Auch noch so schöne Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, weil die Bilanz vorliegt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Rudolf Bindig [SPD]: Die Eingangsbilanz nicht vergessen! Die Eingangsbilanz gehört dazu!)

Deswegen gibt es auch diese **Wechselstimmung**. Deswegen – wegen Ihrer Politik – haben Sie elf Wahlen hintereinander verloren. Deshalb werden wir, die CDU/CSU, mit Angela Merkel an der Spitze den Wechsel in Deutschland herbeiführen. Lassen Sie endlich die Art und Weise, in der Sie der Spitzenkandidatin oder wer auch immer Spitzenkandidat war immer wieder unterstellen, sie wären persönlich nicht in der Lage, dieses schwierige Amt zu führen! Glauben Sie, dass Sie bei der Bilanz, die Sie vorzuweisen haben, die Berechtigung haben, der Oppositionsführerin überhaupt einen solchen Vorwurf zu machen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Auch heute sprechen Sie von einer deutlichen Trendwende auf dem **Arbeitsmarkt**. Ich glaube, das habe ich in den letzten sieben Jahren 15-mal gehört. Das ist die alte Schröder-Masche. 1998 haben Sie – das ist hier schon gesagt worden – eine „signifikante Senkung der Arbeitslosigkeit“ versprochen. Ich erinnere mich noch gut daran, wie Sie zusammen mit Peter Hartz – ihn wollen Sie heute möglicherweise gar nicht mehr so genau kennen – am 15. August 2002 im Französischen Dom eine Halbierung der Arbeitslosigkeit zelebriert haben. Die Menschen haben zum Teil daran geglaubt. Aber heute sind es nicht wie damals 4 Millionen, sondern 4,7 bzw. 4,8 Millionen Arbeitslose. Wie oft haben wir inzwischen gehört – genauso wie heute –: Die Talsohle ist durchschritten! Licht am Ende des Tunnels! Es geht bergauf! Der Aufschwung kommt! – Ich sage: Das alles war eine Täuschung. Die Menschen sind diese Täuschungen satt und wollen deswegen einen Wechsel. Wir wollen alles dafür tun, dass es diesen Wechsel gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bleiben wir doch einmal bei den Fakten. Nach den letzten statistischen Daten sind binnen Jahresfrist, von Juni 2004 bis Juni 2005, 410 000 **sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze** in Deutschland verloren gegangen. Das ist Ihre Bilanz. Ihre Masche, ständig zu sagen: „Morgen wird es besser“, ohne die Politik substanziell zu verändern, glauben Ihnen die Leute nicht mehr. Wir wollen deutlich machen: Sie verändern Ihre Politik nicht, damit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern klagen nur und schlagen falsche Rezepte vor, die Sie erst gar nicht umsetzen, weil Sie dafür keine Mehr-

- heit in Ihrer Partei haben. Das ist die Situation, mit der wir in den letzten Jahren leben mussten. (C)

Herr Bundeskanzler, neben dem Versagen auf dem Arbeitsmarkt ist die rot-grüne Bundesregierung auf weiteren zentralen Politikfeldern gescheitert. Sie haben damit den Interessen unseres Landes und seiner Menschen geschadet. Ihr Ziel war, im Jahre 2006 einen **ausgeglichene Bundeshaushalt** vorzulegen. Ich zitiere aus Ihrer Regierungserklärung vom 29. Oktober 2002:

Wir dürfen heute also nicht das konsumieren, was wir unseren Kindern und Enkeln als Zukunftschancen eröffnen wollen. ... Die Bundesregierung hält an dem Ziel fest, bis 2006 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen.

Sie versprochen: Keine neuen Schulden mehr ab dem Jahre 2006! Aber auch hier ist das Problem: Reden und Handeln passen nicht zusammen, sondern klaffen weit auseinander.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Schauen wir uns das einmal genauer an! Sie haben dazu in Ihrer heutigen Regierungserklärung fast gar nichts gesagt. 2002 wurden 32 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. 2003 waren es 38 Milliarden Euro neue Schulden.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Immer noch weniger als unter Theo Waigel!)

2004 waren es 39 Milliarden Euro neue Schulden. (D)

(Ludwig Stiegler [SPD]: Immer noch weniger als unter Theo Waigel!)

2005 werden es voraussichtlich 40 Milliarden Euro neue Schulden sein.

(Rudolf Bindig [SPD]: Mit Ihrer Blockade im Bundesrat!)

Dazu kann ich nur sagen: Versprochen, gebrochen! Jahr für Jahr steigen die Schulden. Jahr für Jahr für 40 Milliarden Euro Zinsen! Jahr für Jahr – viermal hintereinander – Bruch des **europäischen Stabilitätspaktes**! Jahr für Jahr Bruch der Verfassung im Hinblick auf die Haushaltsdisziplin! Was, glauben Sie denn, können Sie dem deutschen Volk noch zumuten? Es darf nicht mehr so weitergehen, wenn wir eine Zukunft haben wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrer verhängnisvollen Schuldenpolitik die Zukunft der jüngeren Generation immer wieder belastet. Wie oft haben die Grünen das Wort von der **Nachhaltigkeit** verwendet! Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist von Ihnen verbal hochgehalten worden. Im Umweltschutz ist das in der Tat ein außerordentlich wichtiges Kriterium, aber nicht nur dort, sondern in der gesamten Politik. Wenn Sie aber das, was Sie sagen und in Ihren Programmen festgelegt haben, ernst genommen hätten, dann hätten Sie niemals der Haushaltspolitik der letzten Jahre zustimmen dürfen, die

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) im Prinzip die finanzielle Situation unseres Landes zu tiefst zerrüttet.

Zur Tilgung von Schulden müssen im Bundeshaushalt jährlich 40 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Die Bundesschuld ist damit der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt. Das ist eine unmögliche Situation; denn dadurch sind zahlreiche Investitionen nicht möglich. Ihre Bilanz ruft einfach zu Ihrer Abwahl auf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Am Ende Ihrer Amtszeit hinterlassen Sie riesige Schuldenberge

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Wie viel haben Sie davon blockiert?)

und die größte Zinslast der Geschichte, und das, obwohl Sie in sieben Jahren über 52 Milliarden Euro Privatisierungserlöse – die UMTS-Milliarden sind da gar nicht eingerechnet – erzielt und zusätzlich in den Haushalt gebuttert haben. Wenn Sie diese **Privatisierungserlöse** für Investitionen verwendet hätten, dann hätten Sie zukunftsorientiert gehandelt. Die Privatisierungserlöse – sie sind sozusagen das, was die Deutschen in den 50er- und 60er-Jahren erarbeitet haben – haben Sie immer wieder in Haushaltslöcher gesteckt, ohne Konsequenzen daraus zu ziehen, dass Sie auf die Dauer nicht mehr ausgeben können, als Sie einnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Tatsache ist: Der Bundeshaushalt 2005 ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Sie sagen: Wir nehmen im Jahr Steuern in Höhe von präterpropter 190 Milliarden Euro ein und wir geben im Jahr präterpropter 250 Milliarden Euro aus. Damit bekommt man auf die Dauer ein strukturelles Defizit von 50 Milliarden Euro bis 60 Milliarden Euro. Das verschweigen Sie. Sie ziehen daraus keine Konsequenzen und daher verschuldet sich der Staat immer mehr.

Ich ziehe einen internationalen Vergleich: Wir haben es in der Zwischenzeit geschafft, uns in der Europoliga auf den drittletzten Platz vorzuarbeiten; nur noch Italien und Belgien haben eine höhere Staatsverschuldung als wir. Ich erinnere daran, dass die Stabilität in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren Deutschlands Markenzeichen gewesen ist. Ihr Versagen auf diesem Gebiet gehört auch zur Bilanz Ihrer Politik, die einfach geändert werden muss. Sie können sie nicht ändern; Frau Merkel wird diese Politik ändern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie über dieses Thema überhaupt nicht gesprochen.

Sie haben hier angekündigt, was Sie alles machen wollen, zum Beispiel **Elterngeld** einführen. Das ist eine interessante Angelegenheit. Darüber kann man diskutieren, gar keine Frage. Sie haben eine ganze Reihe von anderen Vorschlägen gemacht, die Sie umsetzen wollen, wenn die SPD wieder die Regierung stellt. Dazu sage ich

Ihnen: Das ist doch ein Hammer. Auf der einen Seite machen Sie den Deutschen in Ihren Wahlprogrammen Versprechungen in der Größenordnung von 18 Milliarden Euro. (C)

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Das ist doch nicht wahr!)

Gleichzeitig weist Ihr Haushalt ein strukturelles Defizit von 50 Milliarden Euro bis 60 Milliarden Euro auf und Ihr Bundesfinanzminister sagt: Im Jahr 2007 habe ich nichts mehr zu versilbern; stellt euch darauf ein, dass ich ein strukturelles Defizit von 25 Milliarden Euro überhaupt nicht mehr ausgleichen kann. Es ist für mich unmöglich, auf der einen Seite so viele Schulden zu verantworten und auf der anderen Seite den Leuten weiterhin Versprechungen in Milliardenhöhe zu machen. – Eine solche Politik darf nicht fortgeführt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Das mit dem Elterngeld wird Frau Schmidt gleich erklären!)

Ihre gebetsmühlenartig vorgebrachte Polemik, die Union habe den Subventionsabbau und damit die Haushaltssanierung blockiert,

(Zustimmung bei der SPD)

ist eine pure Legende. Durch die Initiative der Bundesländer haben wir im Rahmen des **Koch/Steinbrück-Konzepts** im Jahr bundesweit 5 Milliarden Euro eingespart. So viel Verantwortung hat eine Opposition noch nie bewiesen. Ich erinnere an das, was Sie, Herr Bundeskanzler, mit Herrn Lafontaine damals, 1996, 1997 und 1998, im Bundesrat alles angestellt haben, um Reformen, die vielleicht zu spät eingeleitet worden sind – möglicherweise sind wir deshalb damals abgewählt worden –, zu verhindern. (D)

Heute stellen Sie sich hin und sagen zum Beispiel: Wir haben den **Eingangssteuersatz** von 25,9 Prozent auf 15 Prozent und den **Spitzensteuersatz** von 53 Prozent auf 42 Prozent gesenkt. Sie verschweigen, dass die Regierung Kohl bereits 1996 das **Petersberger Konzept** mit einem Eingangssteuersatz von 12 Prozent und einem Spitzensteuersatz von 39 Prozent vorgelegt hat. Wäre dieses Konzept bereits in den Jahren 1996, 1997 und 1998 umgesetzt worden, stünden wir heute anders da, als wir es tun. Man muss feststellen: Sie haben das verhindert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Rudolf Bindig [SPD]: Dann wären wir noch mehr verschuldet! – Klaus Uwe Benneter [SPD]: In sieben Jahren ist nie die Mehrwertsteuer erhöht worden!)

Sie haben immer wieder angesprochen – dies hat unter anderem auch Ihr Parteivorsitzender gesagt –, dass die Vertrauensfrage habe gestellt werden müssen, um durch eine Neuwahl des Bundestages das Verhältnis von Bundesrat und Bundestag anders zu justieren. Dies erschließt sich mir nicht, weil auch die Ministerpräsidenten durch Wahlen in ihr Amt gekommen sind. Sie werden natürlich auch weiterhin nach ihren Vorstellungen

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) entscheiden. Darauf haben die Bundestagswahlen keinen substanzialen Einfluss.

Aber eines ist in diesem Zusammenhang deutlich zu machen: Wir haben in dieser Legislaturperiode 80-mal den **Vermittlungsausschuss** angerufen; es ist aber nur eine Handvoll Gesetze gescheitert. In dieser Woche – Herr Müntefering, Sie haben es angesprochen – haben wir in der Tat das rot-grüne Antidiskriminierungsgesetz gestoppt. Es ist richtig gewesen, dass wir das gestoppt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Und die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld haben Sie in dieser Woche gestoppt!)

Dieses Gesetz hätte den Mittelstand und die Wirtschaft mit Bürokratie überzogen und wäre ein weiterer rot-grüner Jobkiller geworden. Dies zu verhindern ist keine Blockade.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie sagen doch die Unwahrheit!)

Ihrem Zuwanderungsgesetz nicht zuzustimmen und es zu verändern, ist eine absolute Notwendigkeit gewesen. Wir haben jetzt ein besseres Gesetz erreicht, das Sie niemals erreicht hätten. Ihr Gesetz hätte zu einer außerordentlich schwierigen Situation in Deutschland geführt.

Wenn Sie schon über Blockade sprechen, dann müssten Sie auch deutlich machen, dass wir niemals wie Sie Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre

- (B) (Jörg Tauss [SPD]: Falsch!)

die Dinge so blockiert haben, wie Sie es uns immer wieder unterstellen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Ein schlechter Verteidiger! Ein schlechtes Gewissen! Man hört das schlechte Gewissen!)

Dies zeigen die Zahlen. Wenn man aus insgesamt 80 Vermittlungsverfahren mit einer Handvoll Ablehnungen herauskommt, wird die konstruktive Haltung des Vermittlungsausschusses und der Länder mehr als deutlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Uwe Benneter [SPD]: 26 Prozent aller Gesetze haben Sie blockiert! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Der größte Blockierer ist Herr Huber gewesen!)

Dort, wo die **Union** regiert – auch dies will ich noch einmal ins Gedächtnis rufen –, geht es den Menschen besser.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Mit der FDP! – Ludwig Stiegler [SPD]: Oberpfalz!)

Dort gibt es weniger Arbeitslose, mehr Wachstum, mehr Investitionen und eine bessere Bildungspolitik. Dort gibt es auch eine neue Stabilitätskultur. Schauen Sie sich an, welche Stabilitätskultur sich in Sachsen entwickelt hat, welche sich in Niedersachsen und in Hessen entwickelt.

- (Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: (C)  
So ein Unsinn!)

Nach dem Regierungswechsel ist es eine der wichtigsten Maßnahmen des neuen Ministerpräsidenten Rüttgers, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Er sagt: Wir müssen von den Schulden herunter und können die Politik der Milliardenschulden nicht mehr fortsetzen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Mehrwertsteuererhöhung!)

Dort, wo die Union regiert, haben wir also eine bessere Stabilitätskultur, und dort, wo CDU-Politiker ins Amt gekommen sind, wird sich diese Stabilitätskultur entwickeln, weil es notwendig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dies können wir auch im Bund schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ludwig Stiegler [SPD]: Sie müssen die Mehrwertsteuer erhöhen, um den bayerischen Haushalt auszugleichen!)

Wenn Sie kritisieren, dass wir in unser Programm hineingeschrieben haben, dass wir die **Maastricht-Kriterien** in dieser Legislaturperiode erfüllen wollen, dann ist diese Kritik für eine Regierung, die Maastricht viermal gebrochen hat, unredlich und absolut nicht zu akzeptieren.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Sie haben die Mehrwertsteuer dreimal erhöht!)

- (D) Wir werden auf Ihren Haushalten aufbauen müssen und werden uns bemühen, so schnell wie möglich die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Aufgrund Ihrer Finanzpolitik wird dies mit Sicherheit leider noch nicht im Jahre 2006 möglich sein. Mir wäre es recht, wenn es ginge. Aber wir werden erst einmal mit den Europäern reden und ihnen deutlich machen müssen, welches Erbe wir hier übernommen haben

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

und dass wir nicht von heute auf morgen alles so machen können, wie wir es könnten, wenn wir die ganze Zeit über regiert hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Horst Kubatschka [SPD]: Sie übernehmen gar nichts! – Ludwig Stiegler [SPD]: Er bleibt frustriert in München!)

Wir müssen in Deutschland umkehren, weil es nicht nur um das Heute, sondern auch um das Morgen geht, um die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir müssen in Deutschland umkehren, weil wir auf Dauer mit weniger Schulden und weniger Zinsen wieder mehr Spielraum für mehr Investitionen in Bildung und Hochschulen, für Kinderbetreuung, für Innovationen sowie für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich von Straße und Schiene bekommen. Wir müssen in Deutschland umkehren, weil immer mehr Lasten auf den Schultern der nächsten Generation eine unverantwortliche und unmoralische Politik darstellen.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)

- (A) Wenn Sie hier zu Recht die allgemeine **demographische Situation** beklagen, dann ist Schuldenmachen noch unmoralischer, als es im Prinzip schon ist, weil starke Generationen mit ihren Problemen nicht fertig werden und die Begleichung dieser Schulden immer kleiner werdenden nachfolgenden Generationen übertragen.

(Erika Lotz [SPD]: 18 Prozent Mehrwertsteuer!)

Das ist absolut unmöglich. Deshalb ist es auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit nötig, dass die Schuldenpolitik abgebaut wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen, meine Herren, die soziale Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün ist bitter für die Menschen in unserem Land: Es gibt über 1,6 Millionen weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze als 1998. Das ist Ihre Bilanz.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Aber 3 Millionen mehr Erwerbstätige! Mehr Selbstständigkeit! 39 Millionen Erwerbstätige statt 36 Millionen bei Ihnen!)

Das ist sozial ungerecht. 1 Million Menschen mehr als 1998 lebt in Armut; das sagt Ihr Armenbericht selber aus. Das ist sozial ungerecht.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Es gibt doch gar keinen Armenbericht!)

- (B) Seit 1998 wurden fast 200 Milliarden Euro neue Schulden auf die Schultern unserer Kinder gepackt. Das ist sozial ungerecht. Nicht Lippenbekenntnisse, sondern einzig und allein messbare Erfolge für die Menschen machen unser Land sozial.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ludwig Stiegler [SPD]: Buchhalterökonom!)

Deutschland braucht eben mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und mehr Zukunft.

Meine Damen, meine Herren, ich betone es: CDU und CSU sind Garanten der **sozialen Marktwirtschaft** in Deutschland.

(Ludwig Stiegler [SPD]: So, wie der Wolf die Schafe hütet, so sind Sie Garanten!)

Das, was Sie hier immer wieder in Form von bösen Unterstellungen angesprochen haben, muss ich strikt zurückweisen. Sie kamen gerade von denen, die am Anfang mit der sozialen Marktwirtschaft auf Kriegsfuß gestanden haben. Aber ich sage Ihnen auch: Schauen Sie einmal, in welcher Situation wir uns befinden.

(Horst Kubatschka [SPD]: Sie haben Kirchhof!)

Wir haben eine großartige soziale Marktwirtschaft. Sie muss sich allerdings im Wettbewerb gegenüber anderen Wirtschaftsordnungen, in der Globalisierung durchsetzen. Das ist nicht ganz einfach.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Der Exportweltmeister!) (C)

In unserem Programm – ich möchte darauf noch einmal hinweisen – steht ganz bewusst am Anfang, dass wir in der Globalisierung die soziale Marktwirtschaft erhalten, sichern und ausbauen werden.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Der Abbau des Kündigungsschutzes steht an Ihrem Anfang! Die Arbeitnehmerrechte zu schleifen, steht an Ihrem Anfang!)

Das ist und bleibt unser Maßstab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen sollte man sich diese Passage unseres Regierungsprogramms, mit dessen Umsetzung wir beginnen wollen, sehr genau vergegenwärtigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland hat alle Chancen, zu den Gewinnern der **Globalisierung** zu gehören. Wir haben die besten Facharbeiter, wir bringen exzellente Leistungen in Wissenschaft und Forschung. Wir haben große und kleine Unternehmen, die weltweit Marktführer sind.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist der Mehltau! Nicht einmal Logik herrscht hier!)

Ohne SPD und Grüne schaffen wir es,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

dass aus diesem riesigen Potenzial Deutschlands endlich wieder Arbeitsplätze für die Menschen werden. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Ludwig Stiegler [SPD]: Gar nichts schaffen Sie! Denken Sie an 2002!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schaffen Arbeit mit **Innovationen**, neuen Ideen und neuen Produkten. Standortwettbewerb ist heute Innovationswettbewerb. Das haben Sie nie begriffen. Diese Bundesregierung hat sehr viel über Risiken diskutiert,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie sind ignorant, Herr Stoiber! Das ist unglücklich!)

aber viele Chancen vertan: in der Pharmazie, in der Chemie, in der Biotechnologie, in der Kernergietechnik und in vielen anderen Bereichen.

(Jörg Tauss [SPD]: Wie war das bei der Genomforschung? Das haben Sie doch nicht gemacht! – Ludwig Stiegler [SPD]: Exportweltmeister! Das sind die Chancen!)

Auf einem politischen Feld allerdings – das muss ich zugeben – war diese Bundesregierung äußerst „erfolgreich“. Hier haben Sie Ihre erklärten Ziele tatsächlich erreicht. So hat Deutschland heute mit die höchsten **Energiepreise** in Europa.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Der schlaue Bayer! So ein Schmarren!)

In allen anderen Ländern in Europa wirkt die gleiche Lage auf dem Weltenergiemarkt. Sie, Herr Bundeskanz-

**Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)**

- (A) ler, haben heute gesagt, mit nationalen Maßnahmen sei die Preissetzung nicht möglich. Das ist nicht richtig; das ist falsch. Sie haben ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze und Wirtschaft die Energie in Deutschland im nationalen Alleingang massiv verteuert und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit drastisch verschlechtert.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Unsinn!)

Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Energie teurer zu machen, das war und ist ein zentrales rot-grünes Projekt.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Die bayerischen Bauern leben von den alternativen Energien!)

Entlarvend ist doch ein berühmter Parteitagebeschluss der Grünen aus Magdeburg. Damals wurde es noch als Hirngespinnst angesehen, für 1 Liter Benzin 5 DM zu zahlen, aber dahin kommen Sie allmählich. Stehen Sie doch zu Ihrer Politik seit 1998: Ja, wir von der rot-grünen Tankstelle wollen die Energie noch viel teurer machen als in den anderen Ländern. – Das ist Ihre Absicht gewesen und diese Absicht haben Sie verwirklicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Klaus Uwe Benneter [SPD]: 3 Cent Mehrwertsteuererhöhung schrauben die Benzinpreise höher!)

Der **Benzinpreis** lag in Deutschland beim Antritt der Regierung Schröder, 1998, noch im europäischen Mittelfeld. Heute hat Deutschland mit die höchsten Benzinpreise in Europa.

(B)

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Weil die Spekulanten dabei sind! Sie unterstützen die noch!)

Sie sind nach oben gegangen. Wir haben da viele Länder hinter uns gelassen.

Noch gravierender hat sich die Situation beim Diesel verschlechtert.

(Rudolf Bindig [SPD]: Von Ölen und Schmieren verstehen die Bayern mehr!)

Heute hat Deutschland mit die höchsten Dieselpreise in Europa. Das war 1998 völlig anders.

~~Der Stromantrieb~~ Die Stromerzeugung ist nach einem Vergleich der Europäischen Kommission nur noch in Italien und in Irland teurer als in Deutschland. Heute hat Deutschland mit die höchsten Strompreise in Europa, was bedeutet, dass die stromintensiven Betriebe von der Zementindustrie bis zur Aluminiumindustrie

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Papier!)

Arbeitsplätze in das Ausland verlagern. Das ist die Folge einer falschen Politik. Diese Politik muss geändert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Joachim Günther [Plauen] [FDP])

Das ist eine verheerende Preisentwicklung, die Rot-Grün bewusst herbeigeführt hat und

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Die hat Kohl mit dem Monopol auf den Weg gebracht!) (C)

für die Sie, Herr Bundeskanzler, Sie, Herr Fischer, und Herr Trittin die Verantwortung tragen. Das kostet Wettbewerbsfähigkeit.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Wir haben mit den Durchleitungsrechten den Wettbewerb geschaffen!)

Das vernichtet zigtausend Arbeitsplätze im Transportgewerbe, in energieintensiven Branchen, bei den Tankstellen im Grenzland und in anderen Bereichen. Wir müssen befürchten, dass diese hohen Benzinpreise jetzt langsam auch unsere Paradedisziplin im Export, nämlich die Automobilindustrie, ganz entscheidend beeinträchtigen und schwächen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Und dann noch die Mehrwertsteuer draufschlagen!)

Deswegen müssen Sie politisch alles tun, was Sie tun können, um hier jedenfalls die Steuern langfristig zu senken, wenn Sie bei den Energiepreisen überhaupt noch eine Chance haben wollen, im europäischen Umfeld wettbewerbsfähig zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Haben Sie etwas zur Finanzierung zu bieten?)

Sie haben immer wieder versucht, auch heute, die 3 Cent, die in den Haushalt und in die erneuerbaren Energien fließen,

(Ludwig Stiegler [SPD]: Hören Sie auf zu rechnen! Das können Sie nicht!) (D)

auf 1,5 Cent zurückzuführen. Lassen Sie mich noch einmal Folgendes sagen: 1,9 Milliarden Euro aus der **Öko-steuer**, die wir insgesamt für falsch halten und die wir langfristig abbauen müssen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Hey! – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Noch ein Haushaltsloch!)

– gar keine Frage! –, fließen in den Haushalt und in die erneuerbaren Energien. Die Frage ist aber: Darf der Staat Steuermehreinnahmen, die jetzt aus der Ölpreisexplosion entstehen, einstecken oder muss er sie zurückgeben? Dazu sage ich Ihnen ganz offen: Wir müssen das machen wie die Franzosen, die beschlossen haben, das wieder zurückzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir prüfen das. Ich hoffe, dass wir das, wenn wir die Regierung stellen können, sehr schnell zurückgeben können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ludwig Stiegler [SPD]: Und dafür erhöhen Sie die Mehrwertsteuer! – Jörg Tauss [SPD]: Noch ein Haushaltsloch!)

Ich kenne natürlich den Einwand der **Mehrwertsteuer**.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Der Tanz der Vampire ist das!)

**Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)**

- (A) Sie müssen einfach begreifen, dass Sie hier vor einer Alternative stehen: Wollen Sie die Lohnzusatzkosten, die über 42 Prozent betragen, senken oder wollen Sie sie nicht senken?

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben immer darüber geredet, dass Sie die Lohnzusatzkosten senken wollen, haben aber nie etwas dafür getan. Wir wollen die Lohnzusatzkosten zum 1. Januar des nächsten Jahres auf einen Schlag um 2 Prozentpunkte senken. Die Mehrwertsteuererhöhung wird dafür gebraucht. Dieser Betrag fließt letzten Endes 30 Millionen Menschen sozusagen über eine Lohnsteigerung direkt wieder zu.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Rechte Tasche, linke Tasche! – Ludwig Stiegler [SPD]: Sie wollen Beute machen! – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann kann man gleich 30 Prozent Mehrwertsteuer machen!)

Herr Bundesaußenminister, lassen Sie mich noch eine Anmerkung zu einer Frage machen, in der wir – das wissen Sie – eine ganz unterschiedliche Auffassung haben. Die Frage lautet: Ist Europa in der Lage, in fünf oder in zehn Jahren die **Türkei** als Vollmitglied aufzunehmen? Ich halte Ihre Argumentation – Sicherheitsgründe – für falsch. Die Türkei ist in der NATO. Wir sind in der NATO mit diesem mit uns seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten befreundeten Volk eng verbunden; gar keine

- (B) Frage.

(Unruhe)

Sie führen immer an, die Union habe dem Ganzen früher einmal zugestimmt. Das war in der Zeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können außenpolitisch einfach nicht über die Alpen hinausgucken!)

Das war in der Zeit der Europäischen Gemeinschaft.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: 1998! Das ist noch nicht so lange her!)

Heute haben wir aber das Projekt der europäischen politischen Union mit der Absicht, dieser politischen Union auch immer mehr außenpolitische und innenpolitische Kompetenzen zu übertragen. Das ist nun der Kern unserer Bemühungen.

Wenn Sie diese europäische politische Union haben wollen, brauchen Sie auch eine gewisse Gemeinsamkeit, eine Wertebasis, einen gemeinsamen Kanon.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gemeinsame Werte sind mit den Muslimen nicht zu haben, oder wie?)

Ich sage Ihnen voraus, dass die Europäische Union mit 25 oder 27 – wenn Bulgarien oder Rumänien dabei sein sollten – nicht in der Lage ist,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nun sagen Sie einmal, wieso mit der Türkei keine gemeinsamen Werte zu haben sind!) (C)

ein Land aufzunehmen, das 80 bis 90 Millionen Einwohner hat und das einen ganz anderen kulturellen und wirtschaftlichen Hintergrund hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Ministerpräsident, ich darf auch Sie bitten, gelegentlich einmal einen Blick auf die Redezeit zu werfen.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Er soll weitermachen! Das ist gut für uns! Jede Minute tut uns gut! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Er soll das wiederholen!)

**Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident (Bayern):**

Deswegen sage ich Ihnen: Achten Sie bitte auch darauf, was die Bevölkerung in Deutschland, aber auch in anderen Teilen Europas will. Sie werden Schiffbruch erleiden.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Manchmal muss Politik auch um Zustimmung werben und darf nicht dem Populismus hinterherlaufen!)

Deswegen ist es dringend notwendig, dass die Regierung wechselt. Natürlich halten wir uns an die Abmachungen, die Sie getroffen haben. Aber wir werden alles tun, dass die Verhandlungen nicht nur ergebnisoffen, sondern auch zieloffen geführt werden – (D)

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen, dass das Ziel nicht erreicht wird!)

zieloffen mit dem Ziel einer privilegierten Partnerschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen, meine Herren, heute hat die SPD – da können Sie schreien, so viel Sie wollen – sehr vieles im politischen Angebot: Sie haben Rot-Grün,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben gar nichts! – Ludwig Stiegler [SPD]: Sie haben 2002 die Wahl verloren! Sie sind nicht Kanzler geworden, armer Kerl!)

Sie haben die Ampel, Sie haben die große Koalition und Sie haben ein Linksbündnis. Alles, was ich hier anführe, wird in Ihrer Partei, der SPD, vertreten. Die einen wollen eine große Koalition. Die anderen wollen natürlich eine rot-grüne Koalition. Die Nächsten sind bereit, mit Gysi und Lafontaine zusammenzuarbeiten. Andere denken sogar an eine Ampel, so unreal das auch ist.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Bloß Stoiber will keiner!)



**Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber (Bayern)**

- (A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer am Sonntag in acht Tagen CDU, CSU und FDP wählt, der weiß natürlich: Es gibt nur eine Alternative zu Rot-Grün und all dem Durcheinander, nämlich Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb hoffe ich, dass wir am Sonntag in acht Tagen bei Ihnen lange Gesichter sehen und bei uns fröhliche.

In dem Sinne: Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP – Rudolf Bindig [SPD]: Aufstehen! – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Los, aufstehen! – Ludwig Stiegler [SPD]: Das ist aber schwach! Herr Präsident, Dacapo! Wo bleiben die Ovationen?)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Renate Schmidt**, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Sehr verehrter lieber Herr Stoiber, wir kennen uns jetzt schon so lange. Ich kann erkennen, dass aus all Ihren Sätzen, aus jedem Ihrer Worte der Frust gesprochen hat, heute hier nicht als Kanzlerkandidat stehen zu dürfen,

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Glos [CDU/CSU]: So ein Schmarren!)

dass Sie sich heute gewünscht hätten, dass das ganze deutsche Volk erkennt, dass hier der kenntnisreichere, der detailversessenerere, der zahlenbewusstere, der richtige Kanzlerkandidat für die Bundesrepublik Deutschland steht.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Der große Cäsar!)

Wie sehr hätten Sie sich heute gewünscht, dass Ihre Fraktion hier im Deutschen Bundestag Ihnen auch stehend Beifall geklatscht hätte. Nichts davon ist eingetreten.

(Beifall bei der SPD – Rudolf Bindig [SPD]: Selbst Glos ist sitzen geblieben! – Zuruf von der CDU/CSU: Wir sind doch nicht beim Parteitag!)

Deshalb sage ich Ihnen, was Ihre persönliche Zukunft angeht: Sie werden nicht nach Berlin gehen,

(Zuruf von der FDP: Das werden nicht Sie entscheiden!)

weil Sie sich mit Ihren unerträglichen Äußerungen gegenüber den Ostdeutschen selbst ausmanövriert haben und weil Sie es nicht ertragen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

nach Frau Merkel und nach Herrn Westerwelle nur der dritt wichtigste Politiker in der Bundesrepublik Deutschland zu sein. Seien Sie sicher: Vor diese Entscheidung werden Sie nicht gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, es ist wichtig und richtig, dass wir bisher intensiv über Arbeitsmarkt-, Steuer- und Wirtschaftspolitik diskutiert haben. Wir werden das natürlich auch weiter tun. Wolfgang Clement wird Ihre tendenziösen statistischen Interpretationen zurechtrücken, angefangen bei den Schulden, die wir übernommen haben, über die Arbeitslosenzahlen, die wir übernommen haben, über die Wirkung einer Mehrwertsteuererhöhung, die nicht nur die Energiepreise steigen lässt, sondern vor allen Dingen Rentner, Arbeitslose und Familien besonders belastet,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

bis hin zu den Lohnnebenkosten, die wir das erste Mal gesenkt haben, während sie in Ihrer Regierungszeit deutlich erhöht worden sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber so wichtig das alles ist: Unsere gesellschaftliche Entwicklung darf nicht auf ökonomische Fragen reduziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies entspricht nicht den Wünschen der Menschen. Sie haben nicht nur Sehnsucht nach Werten, sondern sie leben diese Werte in ihren **Familien**. Ihre Familien, ihre Kinder, ihre Eltern sind den Menschen das Wichtigste. Mit der Familie verbinden sie Geborgenheit, Zuversicht und Hoffnungen. Ihr gilt unsere Sorge.

Ich stehe hier für eine Familienpolitik, die nicht nur gut gemeint ist, sondern wirkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Bundesregierung hat es geschafft, dass die Familie kein Randthema der Politik mehr ist, sondern endlich in die Mitte der Gesellschaft gerückt worden ist, wo sie auch hingehört.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen für eine moderne, an der Vielfalt der Lebensentwürfe ausgerichtete Familienpolitik und auch für eine ebensolche Frauenpolitik.

Eine solche Politik trägt dazu bei, dass sich vorhandene Kinderwünsche erfüllen. Sie verschafft **Kindern** die gleichen Chancen; denn die größte Ungerechtigkeit in unserem Land ist, dass die Herkunft eines Kindes so sehr über seine Bildungschancen entscheidet wie nirgendwo anders in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

**Bundesministerin Renate Schmidt**

- (A) Da, sehr verehrter Herr Ministerpräsident von Bayern, bekleckert sich gerade Bayern nicht eben mit Ruhm; denn dort hat ein Arbeiterkind eine sechsmal schlechtere Chance, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen, als das Kind eines Akademikers.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Eine solche Politik, wie wir sie machen, reduziert Frauen nicht aufs Muttersein und schreibt Müttern und Vätern nicht vor, ob und in welchem Umfang sie erwerbstätig sein können.

Um eine effektive, nachhaltige Politik für Kinder, Familien und Frauen zu betreiben, brauchen wir eine Kombination aus einer guten Infrastruktur, Zeit und effizienten Geldleistungen. Bei den materiellen Leistungen liegen wir im europäischen Vergleich allerdings mit an der Spitze.

Wir haben uns deshalb an die Arbeit gemacht und die heutigen Bedürfnisse junger Menschen aufgegriffen, indem wir 4 Milliarden Euro in **Ganztagschulen** investieren, obwohl dies Aufgabe der Länder wäre. Die Familien in Deutschland haben aber das Gerede über Zuständigkeiten satt. Sie wollen, dass sich die Bildung ihrer Kinder und die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, endlich verbessern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- (B) Durch das Gesetz zum Ausbau der **Tagesbetreuung** bis 2010 werden wir 230 000 neue Plätze für die unter Dreijährigen schaffen und dort Qualitätsstandards für die frühe Förderung verankern. Frau von der Leyen will dieses Gesetz nicht fortführen, was immer das heißen mag.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Es ist falsch,  
was Sie sagen!)

Der Ausbau der Betreuung wird in Ihrem Wahlprogramm allein den Ländern überlassen. Der Bund soll sich auf eine Zuschauerrolle beschränken. Da warten wir dann allerdings bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Von 1994 bis zum Jahr 2002, also innerhalb von acht Jahren – das ist der letzte statistisch erfasste Zeitraum –, wurde die Zahl der Plätze für die unter Dreijährigen um gerade einmal 1,5 Prozent erhöht, einschließlich der Tagesmutterstellen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Hör! Hör!)

Bei einem solchen Schnecken tempo bräuchten wir 120 Jahre, bis wir französische, 160 Jahre, bis wir ostdeutsche, und 304 Jahre, bis wir dänische Verhältnisse erreicht hätten.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das ist doch lächerlich, Frau Schmidt! Seit Sie regieren, gibt es keine Kinder mehr!)

Ich möchte nicht, dass erst meine Urenkelinnen Beruf und Familie ohne Stress in Deutschland vereinbaren können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir brauchen die Aktivitäten des Bundes, auch bei der Einführung eines **Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz**, der übrigens von einer fraktionsübergreifenden Parlamentarierinnengruppe initiiert und formuliert worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich war dabei. Es war eben nicht eine Initiative von Frau Merkel, nicht ihre Leistung, auf die sie stolz sein könnte. Sie musste von SPD, FDP, Grünen und einigen Parlamentarierinnen der Union mühsam gegen die Union und gegen Ihre Unentschiedenheit, Frau Merkel, durchgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es ist deshalb gut, dass der Ausbau der Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen für die Kleinsten zu einer Pflichtaufgabe der Kommunen geworden ist.

Unsere Regierung hat noch viel vor. Bis 2010 wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mindestens für die ab Zweijährigen realisiert haben und schrittweise, ein Jahr ums andere, wollen wir die **Gebührenfreiheit der Kindertagesstätten** erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei müssen, wollen und werden wir den Kommunen helfen, genauso wie wir es mit den 2,5 Milliarden Euro verbindlicher Entlastungen der Kommunen beim Zusammenlegen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe getan haben. Es wäre nur wunderbar, wenn die Länder – insbesondere auch der Freistaat Bayern – ihre Zusage aus dem Vermittlungsausschuss einhalten würden, diese Einsparungen an die Kommunen weiterzugeben. Das ist leider Gottes nicht überall der Fall.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, wir sorgen für mehr Zeit für Familien, indem wir die **Wirtschaft** und die **Gewerkschaften** in die Familienpolitik einbinden; denn Arbeitsbedingungen, die bei aller notwendigen Mobilität und Flexibilität keine Rücksicht auf familiäre Pflichten nehmen, die jungen Menschen nur noch befristete Arbeitsverhältnisse bieten, verkennen, dass Familien ohne ein Mindestmaß an Stabilität und Sicherheit nicht gedeihen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Frau Merkel, haben gesagt, Sie wollten auf die Wirtschaft in dieser Frage zugehen. Ich kann Ihnen nur sagen: Längst geschehen! Sie kündigen an, wir machen es schon.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben mit Repräsentanten der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und den Gewerkschaften unter der Schirmherrschaft der Bertelsmann-Stiftung und meines Ministeriums eine **Allianz für die Familie** gegrün-

**Bundesministerin Renate Schmidt**

- (A) det. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei meinen Mistreiterinnen und Mitstreitern: insbesondere bei Liz Mohn, Ludwig Georg Braun, Michael Endres, Dieter Hundt, Hubertus Schmoldt, Michael Sommer und bei den vielen anderen. Wir haben zusammen schon viel erreicht und werden noch viel erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben deutlich gemacht, dass sich Investitionen in Frauen- und Familienfreundlichkeit auch betriebswirtschaftlich in den Unternehmen rechnen. Wir haben uns mit den Lokalen Bündnissen für Familie einen Unterbau geschaffen. 198 solche Bündnisse gibt es schon; über 24 Millionen Menschen werden von ihnen erreicht. Über 1 200 Unternehmen und mehr als die Hälfte aller Industrie- und Handelskammern arbeiten dort nicht nur mit schönen Worten, sondern mit ganz konkreten Taten mit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Weitere 200 Bündnisse sind in Vorbereitung. Wir werden unser Ziel, 1 000 solcher Lokalen Bündnisse für Familie bis zum Jahr 2010, erreichen.

Nein, Frau Merkel, Sie müssen sich nicht mehr bemühen, auf die Wirtschaft zuzugehen. Es ist längst durch meine Aktivitäten das Nötige eingeleitet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- (B) Wir haben uns noch mehr vorgenommen. Die Allianz für die Familie wird sich um das Verstärken betriebsnaher Betreuung und familienfreundliche Arbeitsbedingungen in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen genauso kümmern wie um die erleichterte Rückkehr nach der Elternzeit in den Beruf. Das ist besonders im Interesse der überwiegenden Zahl der Mütter; denn 86 Prozent der Mütter wollen ganz oder teilweise erwerbstätig sein. Gerade einmal 14 Prozent möchten über längere Zeit ausschließlich Hausfrau und Mutter sein. Ich sage hier ausdrücklich: Beide Lebensmodelle haben dieselbe Berechtigung und verdienen jeden Respekt.

Aber, frage ich, wofür stehen Sie eigentlich mit Ihrem Wahlprogramm? Was hat das eigentlich vorzuweisen?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist, um es in aller Deutlichkeit zu sagen, eine familienpolitische Nullnummer. Die gekonnte Präsentation Ihrer zuständigen Kompetenzfrau mit einer eigenen großen Familie ersetzt eben kein konkretes familienpolitisches Programm. Das müssen Sie sich einmal ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf einige unverbindliche Sätze, keine Aktivitäten, keine Instrumente auf der Bundesebene.

Ihr heimlicher oder besser unheimlicher Familienminister wird da schon deutlicher. Er sagt – ich zitiere –:

- (C) Der einheitliche Schutz von Ehe und Familie muss insbesondere zwei Entwicklungslinien unserer Gesellschaft mäßigen, die eine Bereitschaft zum Kind und damit die Zukunft von Staat und Gesellschaft bedrohen: den ausgeprägten Hang zum Erwerbsstreben, der die jungen Menschen in die Berufstätigkeit drängt und ihnen kaum noch Zeit lässt, sich in Ehe und Familie zu entfalten; zudem den missverstandenen Gleichberechtigungsanspruch, der die berufliche Gleichheit überbetont und damit den Schutz von Kind und Mutter trotz ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit schwächt. Auch im Steuerrecht brauchen wir deshalb eher eine Gleichberechtigung der Mütter als eine Gleichberechtigung der Frauen.

Paul Kirchhof, 2004, „Der sanfte Weg zur Freiheit“, Seite 119.

Das finden Frau Böhmer und Frau Schavan auch noch gut. Man kann sich nur noch an den Kopf fassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Mein sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen von der Union, ich darf Ihnen etwas versichern: Auf Kinder, Küche, Kirchhof haben die gut ausgebildeten jungen Frauen genauso wenig Lust wie die Männer. Deshalb ist das, was Sie hier machen, verkehrt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

- (D) So ist auch Ihr frauenpolitischer Programmteil eine absolute Nullnummer. **Frauenpolitik** auf die Themen „Verbot der Zwangsheirat“ und „Bestrafen von Freiern von Zwangsprostituierten“ – zwei von mir geteilte Vorhaben – zu reduzieren ist wohl nicht so ganz auf der Höhe der Zeit. Eine Kanzlerkandidatin bedeutet eben noch keinen frauenpolitischen Sommer.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Hören Sie doch mit diesem Zeug auf!)

Frau zu sein ersetzt nun einmal keine Frauenpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dass das beileibe nicht nur meine Meinung ist, sondern eine, die von vielen geteilt wird, zeigt die Position von renommierten und engagierten Unionsfrauen wie Ursula Männle, Irmgard Karwatzki oder Rita Süßmuth. Ich zitiere Letztere:

Gerade darum ist die vollständige Abwesenheit der Frauen im CDU/CSU-Programm unverständlich. Schlimmer noch: Es wird einer rückwärts gewandten Politik das Wort geredet.

Sie hat absolut Recht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die rot-grüne Bundesregierung hat, angefangen bei einem wirksamen Gewaltschutz über ein modernes Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst und die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem

**Bundesministerin Renate Schmidt**

- (A) Auftrag, in den Betrieben für Gleichstellung zu sorgen, bis zur Erweiterung des Berufswahlspektrums, viel erreicht. Wir haben für die nächste Legislaturperiode noch viel vor: insbesondere die Karrierechancen von Frauen zu steigern, im Rahmen der Antidiskriminierungsrichtlinien der EU eine nationale Stelle einzurichten, die sich auch um Gleichstellungsfragen kümmert, und für arbeitslose Frauen Weiterbildung und Vermittlung sicherzustellen; um nur einiges Wenige zu nennen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Maria Eichhorn [CDU/CSU]: Bla, bla, bla!)

Eines haben wir aber garantiert nicht vor: in der Familienpolitik die drei Jahrzehnte währende falsche Weichenstellung fortzusetzen, wie Sie es beabsichtigen, indem Sie wieder einmal auf ineffiziente, noch dazu ungerechte und darüber hinaus unfinanzierbare Geldleistungen setzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihr einziger familienpolitischer Programmpunkt ist ein Rentenbonus – ich habe diesen Ruf noch nie wie Donnerhall gehört; keiner schreit danach – von 50 Euro, der teuer und nicht finanzierbar ist, weil er bis zu 4 Milliarden Euro kosten wird. Die Fachwelt lehnt diese familienpolitische Schnapsidee unisono ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das habt ihr nicht verstanden!)

(B)

Sie setzen zudem auf eine **Steuerreform**, die gut verdienenden Familien einiges, durchschnittlich verdienenden wenig und gering verdienenden nichts bringt. Alleinerziehende werden überwiegend draufzahlen, weil der von uns geschaffene Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zu den 418 Ausnahmetatbeständen des Herrn Kirchhof gehören wird.

Im Übrigen kann ich bei dieser Steuerreform keinen großen Fortschritt erkennen. Geplant ist, richtig gerechnet, ein steuerfreies Jahreseinkommen von 38 200 Euro. Die heutige Steuerfreiheit beträgt 37 500 Euro einschließlich des Kindergeldes. Auch Herr Kirchhof rechnet das Kindergeld ein. Wo da eine deutliche Verbesserung sein soll, muss man mir erst einmal erklären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich brauchen Familien auch effiziente finanzielle Leistungen. Die Betonung liegt hier aber auf „effizient“. Deshalb haben wir nicht nur das Kindergeld erhöht, sondern ab diesem Jahr erstmals auch ein Instrument zur **Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut** eingeführt. Geringverdiener können einen Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro erhalten. 150 000 Kinder und ihre Familien werden damit in diesem Jahr vom Arbeitslosengeld II unabhängig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

90 000 solcher Anträge sind schon beschieden. Dieses Instrument werden wir im nächsten Jahr ausbauen, damit wir mehr Kinder und ihre Familien erreichen. Deshalb haben wir uns um einen **steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende** gekümmert, nachdem Herr Kirchhof in seiner Eigenschaft als Bundesverfassungsrichter den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende für verfassungswidrig erklärt hat. Das ist nämlich seine Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Deshalb werden wir, wenn der Ausbau der Betreuung für die unter Dreijährigen fortgeschritten ist, ein **Elterngeld mit Lohnersatzfunktion** einführen. Das wird gleichermaßen unterstützt von Gewerkschaften und Arbeitgebern, von Familienorganisationen, wie der EAF und dem Verband der Alleinerziehenden, sowie von namhaften Einzelpersonen, von Hubertus Schmoldt über Rita Süßmuth, Frank Bsirske, Gesine Schwan bis zu Kamilla Bühring vom Bundesvorstand der Frauenunion, über deren – ich zitiere – volle Unterstützung ich mich freuen darf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also werden wir ab dem Jahr 2008 das Elterngeld einführen, wie es im Übrigen der 7. Familienbericht ebenso vorschlägt wie der Kinder- und Jugendbericht. Das Prinzip: Nach skandinavischem Vorbild sollen Eltern künftig ein Jahr lang zwei Drittel ihres letzten Einkommens als Elterngeld, gedeckelt bei der Beitragsbemessungsgrenze der Arbeitslosenversicherung, erhalten. Wer vorher nichts oder wenig verdient hat, bekommt einen Sockelbetrag von 750 Euro. Damit bleiben junge Frauen als Mütter ökonomisch selbstständig, statt wie bisher nach der Geburt eines Kindes vom Partner oder vom Staat abhängig zu sein.

(Beifall bei der SPD – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Und Oma Schmidt bezahlt es, oder?)

– Ich sage es Ihnen gleich, keine Sorge. – Die dreijährige Elternzeit bleibt. Niemand wird schlechter dastehen, die allermeisten viel besser. Ziel ist es, die **Entscheidung für ein Kind** zu erleichtern und Einkommenseinbrüche nach dessen Geburt zu vermeiden.

Aber es geht mir auch um die Väter. Zwei Drittel des Einkommens bieten den meist besser verdienenden Männern zum ersten Mal die reale Chance, ihre zunehmenden Wünsche nach **aktiver Vaterschaft** zu verwirklichen. Ein Monat Elterngeld wird für die Väter reserviert, damit die Männer diese Chance nicht verpassen. Auch das ist ein Element der Gleichstellungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet: mehr Väter und mehr Kinder sowie mehr zufriedene Mütter und Familien mit guten Rahmenbedingungen.

(C)

(D)

**Bundesministerin Renate Schmidt**

- (A) (Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das glauben auch nur Sie, dass Sie mit Geld Kinder kaufen können!)

Das Elterngeld ist mit 1,3 Milliarden Euro Mehrkosten gegenüber dem Erziehungsgeld dreimal besser finanzierbar als zum Beispiel Ihr Rentenbonus, der bereits im Jahre 2009 mehr kosten wird als dieses Elterngeld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Oma Schmidt, das ist Märchenstunde!)

Das Elterngeld ist sehr viel eher finanzierbar als zum Beispiel Ihre Gesundheitsreform, bei der Sie mit 1,4 Milliarden Euro die Krankenkassenbeiträge für Kinder von gut verdienenden Privatversicherten finanzieren wollen. Ich frage mich, warum immer wir auf jeden Euro genau erzählen müssen, was wir tun, während Sie verschweigen, wie Sie Ihre Geschenke an gut Verdienende in dieser Gesellschaft finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das ist Märchenstunde, Oma Schmidt!)

Familienpolitik ist mehr als die Diskussion über Steuerfreibeträge, Kindergeld und Betreuungseinrichtungen; denn es geht um das Wichtigste überhaupt, um unsere **Kinder**, um ihre bestmögliche Erziehung und Bildung in den Familien und außerhalb der Familien.

- (B) Für die Erziehung eines Kindes braucht man ein ganzes Dorf, sagt ein wunderschönes afrikanisches Sprichwort. Ein Dorf in dem Sinne haben wir heute nicht mehr. Deshalb müssen wir für ein modernes neues sorgen. Deshalb habe ich mit Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen die **Initiative „Verantwortung und Erziehung“** gegründet. Deshalb werden wir, unterstützt vom DIHK, in der nächsten Legislaturperiode Eltern-Kinder-Zentren initiieren, auch um die Erziehungskompetenz von Eltern zu stärken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei uns ist Familienpolitik Chefsache.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben erkannt, dass Familien- und Frauenpolitik die wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen des nächsten Jahrzehnts sind und dass unsere Zukunft davon genauso abhängt wie von wirksamen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen. In Ihrem Wahlprogramm ist Familien- und Frauenpolitik eine versteckte Marginalie. Ich bin überzeugt davon, dass Sie die feste Absicht haben, die Familienpolitik als Anhängsel im Ressort Gesundheit und Soziales anzugliedern,

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Üble Unterstellung!)

weil kein Minister, keine Ministerin mit diesem bisschen Wahlprogramm eine Legislaturperiode lang ausgelastet wäre.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Aber wir sprechen nicht von „Gedöns“ wie der Kanzler!)

Was sollen die denn machen, einmal so herum und einmal so herum? (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit würde Familienpolitik wieder in der Versenkung verschwinden. Das darf nicht geschehen. Allein deshalb wollen wir weiter regieren. Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder als das begriffen werden, was sie sind: Glück, Lebensfreude, Lebenslust und die Zuversicht, dass etwas von uns bleibt. Weil uns das so wichtig ist und weil Sie hier nichts zu bieten haben, werden wir nach dem 18. September weitermachen mit einer modernen Politik für Kinder, Frauen und Männer in unserem Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo! – Zuruf des Abg. Dr. Gerd Müller [CDU/CSU])

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile der Kollegin Petra Pau das Wort.

**Petra Pau** (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist die Stunde der **Bilanz**. Der Herr Bundeskanzler hat seine gezogen, die CDU/CSU die ihrige und ich werde unsere ziehen, also aus Sicht der linken Opposition, der PDS im Bundestag. Die CDU/CSU fordert mit ihrem Antrag sogar eine „ehrliche Abschlussbilanz“; daran möchte ich gern anknüpfen. Denn, genau betrachtet, bilanzieren wir heute nicht sieben Jahre Rot-Grün; wir ziehen vielmehr einen Strich unter 15 dunkle Jahre Regierungspolitik. (D)

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Erinnern Sie sich: 1998 war Bundeskanzler Schröder mit dem bemerkenswerten Satz angetreten, er werde nicht alles anders, sondern vieles besser machen, besser als die CDU/CSU. Ich finde, der erste Halbsatz ist eingelöst; die Einlösung des zweiten allerdings ging ganz gründlich daneben. Wir haben heute die höchste **Arbeitslosigkeit**, die größte **Armut** und die brisanteste **Verschuldung** in der Geschichte der Bundesrepublik. Die soziale Schieflage wurde noch schief und der Osten kippte tatsächlich. Deshalb finde ich es übrigens zynisch, wenn der Bundeskanzler in seiner Rede zur Vertrauensfrage sagte: Die zurückliegenden Jahre

sind – ich bin stolz darauf – gute Jahre für unser Land ...

Das sehen Millionen Menschen in unserem Land aus eigener Erfahrung ganz anders und wir auch.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich finde es auch verlogen, wenn die CDU/CSU meint, mit ihr wäre es anders gekommen. Bereits unter Kanzler Kohl galt als Zauberformel: Die Löhne runter und die Arbeitszeit hoch; Steuern runter und die Lasten

**Petra Pau**

- (A) von oben nach unten und die Gewinne von unten nach oben umverteilen. Dem ist dann auch Rot-Grün gefolgt. Das Ergebnis: Nichts wurde besser, aber vieles noch schlimmer. Sie predigen weiter den Beschäftigten Verzicht und versprechen, das würde dann Arbeitsplätze schaffen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kaufkraft sank, der Binnenmarkt bekam Schwindsucht und noch mehr Unternehmen gingen Pleite. Heute gibt es also nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose und vor allen Dingen mehr arme Arbeitslose. Das festzustellen hätte zu einer ehrlichen Bilanz heute gehört.

Sie haben **Steuerreformen** beschlossen, immer mit demselben Ergebnis: Der Sozialstaat wurde geschwächt und viele Kommunen, selbst Großstädte wie München, sind de facto pleite. Sie fallen also als Investoren aus und sie sind kaum noch in der Lage, die soziale und kulturelle Infrastruktur zu sichern. Allein die letzte Steuerreform kostete meine Heimatstadt, das Land Berlin, 1 Milliarde Euro Einnahmen jährlich; das ist dreimal so viel, wie die Berliner Steuerzahler für den unsäglichen Bankenskandal aufwenden müssen, der maßgeblich durch die CDU verursacht wurde.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat erst dieser Tage vorgerechnet: Allein durch Hartz IV hat die Kinderarmut noch einmal deutlich zugenommen, und das in einem der reichsten Länder der Welt. Das ist kein statistischer Unfall, sondern das Resultat von falscher Politik. Eine ehrliche Bilanz von Rot-Grün müsste zu dem

(B) Schluss kommen: Wer wirklich etwas besser machen will, muss in der Tat vieles anders machen, natürlich auch anders als das, was CDU und CSU in ihrem Wahlprogramm ankündigen; denn Ihr Angebot, Frau Merkel, ist nur alter Wein in neuen Schläuchen und stößt ganz bitter auf.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Deshalb bleibe ich dabei: Am Wahlabend geht es nicht um die Frage „Merkel oder Schröder?“. Die Alternative heißt: weiter Sozialabbau oder endlich soziale Gerechtigkeit. Die Linkspartei will das Zweite.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir fordern deshalb einen gesetzlichen **Mindestlohn**;

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Aber ihr wisst nicht so richtig, in welcher Höhe, oder?)

denn wir meinen: Von Arbeit muss man leben können. Wir wollen eine bedarfsorientierte **soziale Grundsicherung** für alle; denn nur so kann Armut vermieden und Würde gestärkt werden. Wir wollen nicht, dass die Risiken des Lebens immer weiter privatisiert werden. Deshalb fordern wir eine **solidarische Bürgerversicherung**.

Nun noch zu einem anderen Thema. Auf den SPD-Großflächenplakaten auf den Straßen lesen wir: „Wer Frieden will, muss standhaft sein.“ Das stimmt. Deutsch-

land hat sich dem aktiven **Krieg gegen den Irak** verweigert; das war gut, zumal CDU und CSU anderes im Schilde führten. Aber in der vergangenen Woche hat das Bundesverwaltungsgericht klargestellt: Der Feldzug gegen den Irak war und ist völkerrechtswidrig. Und: Deutschland hat die Einsatzkräfte der USA und Großbritanniens unterstützt und ist damit Kriegsteilnehmer. Das sagt das Gericht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Auch die deutschen **Rüstungsexporte** – auch solche in Krisenregionen – haben wieder zugenommen. Hier sehen wir leider ebenfalls eine Kontinuität zwischen der Kohl-Ära und der Bilanz von Bundeskanzler Schröder.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was natürlich völliger Quatsch ist!)

Seitdem ich im Bundestag bin und Rot-Grün regiert, war ich 40 Mal gezwungen, über Auslandseinsätze und **Kriegeinsätze der Bundeswehr** abzustimmen. Die PDS im Bundestag hat verlässlich mit Nein gestimmt, während die CDU/CSU immer Ja und Amen gesagt hat. Sie können sich sicher sein: Auch die neue Fraktion der Linkspartei wird dabei bleiben, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf, schon gar kein Alltagsmittel. Dagegen haben Millionen demonstriert – wie ich finde: völlig zu Recht.

Nun komme ich zum Thema „Bürgerrechte und Demokratie“. Die **Bürgerrechte** sind unter Rot-Grün schwer unter Beschuss geraten. Das lag – jeder weiß das – an der privilegierten Partnerschaft zwischen Otto Schily (D) von der SPD und Herrn Beckstein von der CSU.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Selbst dann, wenn es bei Rot-Grün gute Ansätze gab – zum Beispiel beim Zuwanderungsgesetz oder beim Antidiskriminierungsgesetz –, wurden sie bis zum Widerruf geknebelt.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie doch gerade einen Positionswechsel vollzogen!)

So kam es, wenn es um Bürger- und Menschenrechte ging, häufig zu einer ganz eigenartigen Allianz: Ausgerechnet die FDP und die PDS im Bundestag kämpften gemeinsam gegen den Rest des Hohen Hauses. Die Grünen waren leider ein Totalausfall, wenn es um Bürgerrechte ging.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP] – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das sage ich auch immer! Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Dabei nehme ich der SPD und den Grünen eines besonders übel: Wir hatten gemeinsam die Chance, endlich auch auf Bundesebene mehr Demokratie durchzusetzen. Rund um die EU-Verfassung hätten SPD, Grüne, FDP und PDS den gesellschaftlichen Druck, der für die Durchführung einer **Volksabstimmung** notwendig ge-

**Petra Pau**

- (A) wesen wäre, so verstärken können, dass die Bremsklötze in CDU und CSU hätten klein beigegeben müssen. Aber auch diese historische Chance hat Rot-Grün leichtfertig verspielt. So bleibt die Bundesrepublik in Sachen direkte Demokratie auch weiterhin ein EU-Entwicklungsland.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Auch das gehört zur Bilanz der Regierungspolitik der letzten 15 Jahre und auch das muss sich nun endlich ändern.

Zum Schluss: Am Abend der Wahl in Nordrhein-Westfalen hat sich der Bundeskanzler die Neuwahl des Bundestages gewünscht. Er hat sie bekommen. Sie ist zwar rechtlich fragwürdig, aber politisch vernünftig. Allerdings ist das auch ein Treppenwitz: Derselbe Kanzler, der vehement gegen Volksabstimmungen gekämpft hat,

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Wann?)

sagte plötzlich, er wolle eine Volksabstimmung über seinen politischen Kurs, über die Agenda 2010 und über Hartz IV.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Na bitte! Nun seien Sie doch endlich zufrieden!)

Ich finde trotzdem, dass wir dieses Angebot nicht ausschlagen sollten. Wer die Gesundheitsreform und Hartz IV gut findet, der hat die Qual der Wahl. Er muss nämlich zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen wählen. Wer das alles aber grundsätzlich falsch findet, der hat nur eine gute Wahl: die Linkspartei.

- (B) (Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Zuruf von der SPD: Oskar Lafontaine! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Damit verschwindet die Wählerstimme allerdings im Müll!)

Ganz zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein persönliches Wort an den Bundestagspräsidenten, Herrn Thierse, und an die Spitzen von der CSU bis zu den Grünen: Sie haben eine vorzügliche PR-Arbeit zugunsten der PDS im Bundestag geleistet, natürlich durch Ihre Politik, die wir abgelehnt haben, aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch Ihre Großmut und Ihren Humor: Ich erinnere nur an den ulkigen Streit über unsere Tische; ohne ihn wären Gesine Löttsch und ich nie so oft und so breit in die Medien gekommen. Also vielen Dank! Wir werden uns mit einer starken Linksfraktion dafür revanchieren.

(Beifall der Abg. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Ulrich Kelber [SPD]: Mit Ihrem Liebling Oskar!)

#### **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Immerhin hat die gerade liebevoll gewürdigte Großmut auch in diesem Falle wieder zu einer großzügig bemessenen Redezeit geführt.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: So soll es auch sein!)

Nun hat das Wort der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Wolfgang Clement**, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute viel gehört über die Lage in Deutschland, auch viele Beschreibungen der **wirtschaftlichen Lage in Deutschland**, die nach meiner Meinung mit der Realität unseres Landes nichts mehr zu tun haben. Das sage ich ganz besonders an Ihre Adresse, Herr Kollege Stoiber. Weil das so ist, habe ich mir einmal herausuchen lassen – auch zum dem, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Westerwelle –, was es heute an Meldungen über die wirtschaftliche Lage in Deutschland gibt. Da steht erstens in fast jeder Zeitung – und wird morgen weiterhin stehen –: „Auftragsflut für Industrie – Industrie überrascht mit Auftragsplus“. Deutschlands Industrieunternehmen, schreibt die „Frankfurter Rundschau“,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wem gehört die noch mal?)

können sich derzeit schwerlich über einen Mangel an Aufträgen beschweren. „Made in Germany“ ist gefragt. Das Volumen der Bestellungen deutscher Industriegüter ist von Juni bis Juli um 3,7 Prozent gestiegen. Das ist die **Auftragssituation in der Industrie** in Deutschland.

Diese Nachricht wird ergänzt durch die heutige Meldung des Statistischen Bundesamtes: Die Produktion im produzierenden Gewerbe ist auch im Juli weiter angestiegen, nämlich um 1,2 Prozent. Im Zweimonatsvergleich Juni/Juli lagen wir um 2 Prozent höher als im April/Mai. Innerhalb der Industrie hat der **Produktionsanstieg** insbesondere im Investitionsgüterbereich eine starke Rolle gespielt: plus 3 Prozent. Selbst die Hersteller von Konsumgütern melden einen Anstieg um 1 Prozent. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das „Handelsblatt“ – das ist die dritte Meldung des heutigen Tages; das alles sind Meldungen vom heutigen Tage – meldet, die **Kommunen** schreiben wieder schwarze Zahlen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: So ist es!)

Die Kommunen werden nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 2005 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder schwarze Zahlen schreiben. Verantwortlich dafür seien die stark gestiegenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Für dieses Jahr rechnet das DIW mit einem Haushaltsplus der Städte und Gemeinden von 600 Millionen Euro, für das nächste mit einem Überschuss von 2 Milliarden Euro. Und da reden Sie von einer Katastrophe der Städte und Gemeinden in Deutschland!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ludwig Stiegler [SPD]: Herr Stoiber, Sie haben eine beschlagene Brille!)

**Bundesminister Wolfgang Clement**

- (A) Die nächste Meldung von heute – gerade von ddp eingegangen – lautet: Der **Deutsche Aktienindex** ist am Mittwochvormittag zum ersten Mal seit mehr als drei Jahren über die Marke von 5 000 Punkten gestiegen; er lag heute Morgen bei 5 004.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das war nach der Rede von Frau Merkel! – Heiterkeit des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

– Herr Kollege, weil Sie mich ja für einen unverbesserlichen Optimisten halten – das will ich selbst für mich gar nicht in Anspruch nehmen, auch wenn ich zugebe, es könnten in Deutschland durchaus mehr von meiner Sorte sein –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

will ich hinweisen auf den Frühindikator des „Handelsblattes“. Der verantwortliche Ökonom Ulrich van Suntum sagt, zum ersten Mal gebe es nun klare Signale für eine **Konjunkturwende**.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die Leute freuen sich auf Schwarz-Gelb!)

Das ist das, was heute jeder Bürger, jede Bürgerin in den Zeitungen lesen kann. Vor dem Hintergrund dessen, was Sie hier aufführen, sage ich: Sie brauchen die Krise, Sie brauchen das Krisenereignis: für den Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Damit ist langsam, aber sicher Schluss: Die Situation bessert sich und die Bürgerinnen und Bürger nehmen offensichtlich wahr, dass sie sich verändert.

Niemand kennt die Situation besser als ich. Ich muss nicht belehrt werden über die Situation der **Arbeitslosigkeit** in Deutschland.

(Dirk Niebel [FDP]: Wer hat denn die Vertrauensfrage gestellt?)

Aber ich denke schon, dass viele Menschen in Deutschland – Betroffene und nicht Betroffene; jedenfalls diejenigen, die unvoreingenommen sind – sehr klar vor Augen haben, dass es eine wirklich tief greifende Reform war. Herr Kollege Stoiber, ich bin entsetzt, wenn Sie sagen, es habe keine Veränderung gegeben in den letzten Jahren, in diesen Jahren der Regierungskoalition – da müsste ja eine Wahrnehmungsbremse bei Ihnen gewesen sein! Das ist die tiefgreifendste Reform, die je am deutschen Arbeitsmarkt vollzogen worden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen allen: Ich bin stolz darauf, dass wir fast 1 Million Menschen aus der Sozialhilfe herausgeholt und jetzt mit in den Mittelpunkt der **Arbeitsvermittlung** gestellt haben. Darauf bin ich stolz und ich bin überzeugt, dass wir damit helfen können, das Schicksal dieser Menschen zum Besseren zu wenden.

Da darunter fast 200 000 junge Leute unter 25 Jahren waren – übrigens in allen Städten und Gemeinden unse-

res Landes, in CDU-regierten, CSU-regierten, SPD-regierten, von FDP-regierten kann man nicht sprechen, von den Grünen mitregierten –, finde ich so manchen Finger, der auf die Regierung, auf die Verantwortlichen, beispielsweise auf mich, zeigt, ein bisschen heuchlerisch, obwohl ich gerne Verantwortung trage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An dem, was ist, tragen wir alle Mitverantwortung. Wenn ich über Zahlen spreche, dann habe ich auch vor Augen, was Arbeitslosigkeit und was Jugendarbeitslosigkeit wirklich bedeutet. Wir müssen uns einmal klar machen, dass wir nicht nur über Zahlen sprechen. Wir müssen das Thema genauer beleuchten. Daher möchte ich darauf hinweisen, dass unter den über 600 000 arbeitslosen **Jugendlichen** unter 25 Jahren in Deutschland – als wir noch mit der Statistik aus Ihrer Zeit arbeiteten, waren es unter 500 000 – 27 Prozent ohne irgendeinen Schulabschluss und 67 Prozent ohne irgendeine abgeschlossene Berufsausbildung sind. Das ist die Realität. Diese Realität, Herr Kollege Stoiber – das sage ich an Ihre Adresse und die der CDU/CSU –, werden Sie nicht mit Steuersenkungen oder sonstigen Maßnahmen ändern, sondern nur mit einer aktiven und konkreten **Arbeitsmarktpolitik**. Deshalb ist das, was Sie vorlegen und worauf ich noch eingehen werde, unzureichend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Sie verantworten 40 000 Pleiten!)

Übrigens möchte ich noch etwas zu den **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen** sagen. Jawohl, es ist so, wie der Bundeskanzler gesagt hat: Seit April dieses Jahres steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Jawohl, das hat etwas mit der Saison zu tun. Aber von April auf Mai haben wir zum ersten Mal seit Jahren bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen auch saisonbereinigt einen Anstieg. Das spricht dafür, dass wir mit dem, was wir im Januar mit den Arbeitsmarktreformen und dem eingeleitet haben, was die Hartz-IV-Gesetze ausmachen, in der Tat die Wende erreicht haben. Nach acht Monaten haben wir mehr erreicht, als in vergleichbaren Volkswirtschaften um diese Zeit mit solchen Anstrengungen erreicht werden konnte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen zu dem, was in den vergangenen sieben Jahren geschehen ist. Sie, das heißt Schwarz-Gelb, streben jetzt die Regierungsverantwortung an. Das ist für mich kein Grund zur Entschuldigung. Aber wer die Regierungsverantwortung anstrebt, der muss sich an dem messen lassen, was er in den 16 Jahren seiner Regierung bis zu dem Zeitpunkt erreicht und bewirkt hat, als er die Regierungsverantwortung abgab.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist so – das sagen die Menschen, das sagt jeder von uns zu Recht –: Jeder muss sich an seinen Worten und an



**Bundesminister Wolfgang Clement**

- (A) seinen Taten, vor dem Hintergrund seiner Taten messen lassen. Als wir die Regierungsverantwortung übernahmen und Sie abgewählt wurden, war die Arbeitslosigkeit in Deutschland über nahezu zwei Jahrzehnte, über 16 Jahre, aufgetürmt, verfestigt, der **Arbeitsmarkt** war erstarrt. Über 800 000 Menschen waren in AB-Maßnahmen. Heute sind nicht einmal die Hälfte davon in Zusatzjobs oder 1-Euro-Jobs, wie immer Sie das nennen wollen, oder sonstigen öffentlichen Maßnahmen. Während Ihrer Regierungszeit waren über 800 000 in diesen Maßnahmen.

In den 90er-Jahren haben Sie die **Lohnnebenkosten** von unter 35 Prozent auf über 42 Prozent erhöht. Das waren diejenigen, die heute über die Notwendigkeit der Senkung der Lohnnebenkosten reden! Sie haben sie von unter 35 auf fast 43 Prozent hochgetrieben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die **sozialen Sicherungssysteme** mit **versicherungsfremden Leistungen** förmlich überfrachtet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit haben wir noch heute zu tun, während Sie Steuererhöhungen fordern, um das wieder ins Lot zu bringen. Genau das haben Sie während Ihrer Regierungszeit getan.

- (B) Bei den Zukunftsinvestitionen in Forschung und Entwicklung war Deutschland deutlich zurückgefallen. 1998 – das ist der Merkposten, an dem Sie sich orientieren müssen und an dem sich Europa orientiert – sind diese Ausgaben auf 2,24 Prozent des Bruttosozialprodukts zurückgefallen. Das waren Ihnen Forschung und Entwicklung wert. Wir liegen heute bei 2,6 Prozent. Wir werden 3 Prozent erreichen. Wir wissen nämlich, was notwendig ist, um die Zukunft in Deutschland zu gewinnen. Das sind Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum **Steuersystem**: Weder in der Einkommensbesteuerung noch in der Unternehmensbesteuerung waren wir, als Sie die Regierungsverantwortung abgeben mussten, international wettbewerbsfähig. Um das klar zu sagen: Die damaligen Einkommensteuersätze zwischen 25,9 Prozent und 53 Prozent waren absolut leistungsfeindlich. Das waren diejenigen, die uns heute über die Gerechtigkeit im Steuersystem belehren wollen! Sie haben uns ein Steuersystem mit Steuersätzen zwischen 25,9 und 53 Prozent übergeben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner)

Wir haben das Steuersystem für die Leistungsfähigen wieder leistungsfähig gemacht und es für die Schwachen geöffnet.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu einem anderen Punkt, weil der ebenfalls zu Ihren Spezialthemen gehört. Als Sie die Regie-

ungsverantwortung abgaben, lag die **Staatsquote** bei 48,8 Prozent – das war damals die Realität – und das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaft war rückläufig. Das haben Sie uns übergeben und das war die Situation, in der diejenigen, die uns in der ganzen Welt beobachten, vom „kranken Mann Europas“ gesprochen haben. Das haben wir vorgefunden und in den vergangenen sieben Jahren umgebaut.

Weil das die Ergebnisse Ihrer Arbeit vor 1998 waren und weil diese Ergebnisse vor aller Augen sichtbar sein sollten, ist es sehr wichtig – deswegen bin ich sehr froh über diese Debatte –, in aller Klarheit, die seit Sonntag hergestellt ist – Sie alle spüren den Stimmungsumschwung, der seither eingetreten ist –, zu fragen, was Sie heute anbieten und was vor allen Dingen von denjenigen, die die Regierung führen wollen, angeboten wird. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf einige Punkte eingehen.

Es ist niemandem beizubringen, dass eine **Mehrwertsteuererhöhung** in einer Größenordnung von zwei Prozentpunkten zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch vernünftig wäre. In dieser konjunkturellen Situation ist dies niemandem auf der Welt beizubringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wissen, dass eine Mehrwertsteuererhöhung sozial problematisch ist. Daher hilft auch eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht, jedenfalls nicht in der gegenwärtigen Situation, in der Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten und diejenigen, die keine Arbeit haben, belastet werden. Dass ihnen von dieser Belastung nichts genommen wird, ist in der derzeitigen Lage der Ökonomie sozial nicht zu verantworten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Ökonom, den Sie fragen – im Handel, im Handwerk oder wo auch immer Sie sich umhören; es tut mir nur Leid, dass der Handwerkspräsident dann, wenn es auf Wahlen zugeht, diese Einsicht etwas zu verdrängen scheint – und der zu Objektivität fähig ist, wird Ihnen antworten, dass die vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte vom **Handel** und vom **Handwerk** nicht weitergegeben werden könnte. Diese Steuererhöhung träfe genau die beiden Sektoren, die zu den gegenwärtig schwächsten der deutschen Volkswirtschaft gehören, nämlich Handel und Handwerk. Deshalb ist sie nicht geeignet, zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen. Sie wird Arbeitsplätze vernichten und den Handel und das Handwerk in Bedrängnis bringen. Deshalb ist sie falsch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Stoiber, ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich Sie in diesem Zusammenhang ansprechen dürfte. Ich gehe davon aus, dass Sie zuhören.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Nein, er hat doch Stöpsel im Ohr!)

## Bundesminister Wolfgang Clement

- (A) Deshalb – Frau Merkel ist ja gerade nicht anwesend – will ich, was Begriffe wie „neue Ehrlichkeit“ und „Wahrhaftigkeit“ angeht, eines anmerken: Ich war vor zwei Tagen in einer Sendung, in der noch einmal Sie, der Herr Kollege Koch und vor allen Dingen auch Frau Merkel gezeigt wurden, als Sie erklärt haben – Sie 2002 und Frau Merkel vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vor wenigen Monaten –, eine Mehrwertsteuererhöhung komme nicht in Betracht. Ich halte mir vor Augen, Herr Stoiber, mit welcher Beredsamkeit Sie 2002 begründet haben, dass eine Mehrwertsteuererhöhung falsch wäre. Wenn Sie heute mit der gleichen Beredsamkeit das genaue Gegenteil vertreten,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben es nicht begriffen! Das ist das Problem!)

dann hat sich entweder die Ökonomie völlig verändert oder aber Sie müssen sich fragen, ob Begriffe wie neue Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und anderes gegenüber anderen angebracht sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ludwig Stiegler [SPD]: Neue Ehrlichkeit heißt Lüge!)

Ich sage das noch deutlicher an die Adresse von Frau Merkel gewandt: Das geht nicht an. Als diese Diskussion vor wenigen Monaten im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf anstand, war keine Mehrwertsteuererhöhung vorgesehen und heute liegt eine anders lautende Erklärung von Ihnen vor, die Sie als ehrlich bezeichnen. Das sollen Ihnen die Bürgerinnen und Bürger abnehmen? Sie sollen Ihnen abnehmen, dass damit das Ende der Fahnenstange erreicht ist?

- (B)

Weil unter dem Stichwort „neue Ehrlichkeit“ so manches verbreitet wird, würde ich – auch jetzt wieder an Frau Merkel gerichtet – gerne für meinen Kollegen Eichel feststellen: Es ist falsch, wenn sie den Eindruck zu erwecken versucht, dass Herr Kollege Eichel etwa dafür einträte, die **Pendlerpauschale** oder **Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge** abzubauen. In der gegenwärtigen Phase, in der auch noch die Energiepreise förmlich explodieren, die Mehrwertsteuer erhöhen und dann auch noch die Pendlerpauschale streichen zu wollen, ist an Widersinn und unsozialem Verhalten nicht zu übertreffen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Eichel hat auf die Frage nach den Sonn- und Feiertagszuschlägen sowie der Pendlerpauschale gesagt – ich zitiere aus der heutigen Ausgabe des „Tagespiegel“ –:

Allerdings da, wo es den unteren Einkommenschichten wehtut, wie zum Beispiel bei den Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen und der Pendlerpauschale. Damit soll dann die Steuerentlastung für Reiche finanziert werden. Das ist nicht meine Politik und geht im Übrigen völlig an dem vorbei, was finanzpolitisch nötig wäre.

Er hat auch hier Recht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Weil ich gerade dabei bin, richtig zu stellen, möchte ich dem Kollegen Meister antworten, der Hans Eichel unterstellt hat, er wolle die **Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs** aus dem niedrigen Mehrwertsteuersatz herausnehmen. Das ist das genaue Gegenteil dessen, was der Kollege Eichel im gleichen Interview mit dem „Tagespiegel“ gesagt hat:

Dazu gehört, ab 2006 die soziale und kulturelle Komponente des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes wieder in den Vordergrund zu stellen ...

Das hat Hans Eichel gesagt und nicht das Gegenteil. Bei aller Hitzigkeit des Streites muss es zumindest möglich sein, mit der Wahrheit so umzugehen, dass man andere dabei nicht verletzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Stoiber, Sie haben gesagt, man müsse die Lohnnebenkosten weiter senken. Wir haben die Lohnnebenkosten bereits von knapp 43 Prozent auf 40,9 Prozent gesenkt. Ich will Ihnen sagen, wie man sie noch weiter senken kann: durch Reformen. Ich sage insbesondere an die Adresse der FDP, Herr Kollege Westerwelle, aber auch an die Adresse der CDU/CSU: Wenn Sie bereit gewesen wären, im Gesundheitssystem wirklichen Wettbewerb zuzulassen, beispielsweise bei den Apotheken, den Ärzten, den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassen, dann wären die Lohnnebenkosten, Herr Kollege Stoiber, schon heute deutlich niedriger. Dann wären wir bereits jetzt nicht nur bei den Unternehmen unter der 40-Prozent-Marke, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir sollten nicht diskutieren, wer für oder gegen eine Senkung der Lohnnebenkosten ist, sondern darüber, wer das Können und die Fähigkeit hat, die Situation zu verbessern. Dabei ist das, was meine Partei – insbesondere im Gegensatz zu dem Bild, das vom SPD-Wahlmanifest entworfen wird – vorgelegt hat, realistisch und machbar. Es sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden, damit wir in Deutschland weiterkommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Ich setze darauf, dass sich die Politik verändert. Sie sagen, die Ministerpräsidenten seien bereit. Ich gehe ebenfalls davon aus – ich weiß ja, was diese Aufgabe bedeutet –, dass die Ministerpräsidenten im Interesse ihres Landes handeln. Aber Sie werden nicht noch einmal dafür sorgen können – das hat es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben –, dass die Mehrheit im Bundesrat sagt: Auf die **Eigenheimzulage** verzichten wir nicht, weil wir später eine große Steuerreform machen wollen. Wenn Sie eine große Steuerreform machen wollen, dann ist die Eigenheimzulage, die Sie noch vor wenigen Monaten mit Händen und Füßen verteidigt haben, auf einmal nichts mehr wert. Das ist wirklich keine ehrliche Politik. Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht fortsetzen können.

## Bundesminister Wolfgang Clement

(A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Zu Ihrer geplanten Steuerreform: Wenn Frau Merkel wirklich das meint, was sie hier sagt, und eine Unternehmensteuerreform machen will, die eine steuerliche Gleichbehandlung von Kapital- und Personengesellschaften zum Ziel hat, genauso wie es die Sachverständigen in ihrem von uns in Auftrag gegebenen Gutachten empfehlen, dann gibt sie das letzte Argument für eine Senkung des **Spitzensteuersatzes** aus der Hand. Der Grund für eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent war nie – jedenfalls nicht für mich – eine Besserstellung derjenigen, die besonders gut dotierte Posten in Deutschland bekleiden. Der einzige Grund für die Notwendigkeit einer Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent war vielmehr die Entlastung des Mittelstandes. Wir haben ihn gleichzeitig durch etwas begünstigt, wovon er nur geträumt hat und was er von Ihnen nie bekommen hat, nämlich die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ihr Bild – das werden Sie sicherlich noch zumindest bis zum Ende meiner Tage entwerfen –, dass der Mittelstand in Deutschland steuerrechtlich benachteiligt sei, ist falsch. Wenn Sie die reale Besteuerung der Kapitalgesellschaften mit der der Personengesellschaften sauber vergleichen, dann werden Sie sehr rasch zu dem Ergebnis kommen, dass dies nicht richtig ist. Wenn es zu einer Zusammenlegung der beiden Steuersysteme kommt, dann werden wir sogar für die Mittelständler, die nun deutlich weniger zahlen – das ist die große Mehrheit –, eine Regelung machen, damit kein negativer Effekt eintritt und sie nicht zusätzlich belastet werden.

(B)

Was die Pläne von Herrn Kirchhof für eine Steuerreform angeht, ist das Notwendige ausgeführt. Man kann nicht sagen: Wir haben eine Vision; aber wir nehmen sie nicht ernst. – Ich nehme das ernst: Sie haben eine Vision, die darin besteht, eine **Flat Tax** zu erreichen. Was Sie vorhaben, hat drei Konsequenzen:

Erstens – das wurde mehrfach beschrieben; Herr Kollege Stoiber, das haben alle Finanzministerien in der Bundesrepublik Deutschland festgestellt –: im ersten Jahr minus 42 Milliarden Euro in der Kasse, im zweiten Jahr minus gut 30 Milliarden Euro in der Kasse, im vierten Jahr minus gut 20 Milliarden Euro in der Kasse und im fünften Jahr minus 11 Milliarden Euro in der Kasse. Sie müssen auf irgendeine Weise die Frage beantworten, wie Sie diese Einnahmeausfälle ausgleichen wollen.

Zweitens. Es ist einfach unwahr, dass die Steuererechtigkeit in Deutschland durch eine so genannte Flat Tax gefördert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Niemand in Deutschland, der einigermaßen Vernunft besitzt, kann bestreiten – darüber kann keine Gerechtigkeitsdiskussion hinwegtäuschen –, dass diejenigen, die höhere Einkommen haben, heute im Durchschnitt mehr als 25 Prozent Einkommensteuer zahlen. Mit der Flat

Tax geht eine drastische Begünstigung der Besserverdienenden einher. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich lese bei Ihnen immer, dass Sie es für einen großen Reformerfolg halten, wenn Personen mit einem Jahreseinkommen bis 38 000 Euro keine Steuern mehr zahlen. Schon jetzt ist es so, dass eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen bis knapp 38 000 Euro, das Kindergeld eingerechnet, keine Steuern zahlt. Es geht um diejenigen, deren Jahreseinkommen darüber liegt: Ihnen sollen sowohl die Pendlerpauschale als auch die Steuerfreiheit von Sonn- und Feiertagszuschlägen und Weiterem gestrichen werden. Sie sollen im Verhältnis zu denjenigen, die in Deutschland gut verdienen, krass ungerecht behandelt werden. Das wird nicht durchführbar sein. In jeder Diskussion, an der ich teilnehme, versuche ich, das in aller Klarheit aufzuzeigen. Das Positive an der jetzt erreichten Situation ist, dass die Unterschiede beider Positionen eindeutig sind.

Die FDP beruft sich gern auf Ludwig Erhard. Auch ich tue das gern. Allerdings gehe ich etwas weiter zurück und berufe mich auf Walter Eucken, also auf den wissenschaftlichen Lehrer von Ludwig Erhard. Walter Eucken hat gesagt – fast präzise zitiert –:

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Was heißt denn „fast präzise“? Wie wäre es mit einem präzisen Zitat?)

Die Progression im Steuerrecht hat einen sozialen Sinn: Sie soll die Verteilungswirkungen im Rahmen des Wettbewerbs korrigieren. – Deshalb sind Ihre Vorschläge – auch derjenige, der etwas sanfter ist – schlecht. Sie sind geeignet, in Deutschland eine Umverteilung herbeizuführen, wie wir sie noch nicht gehabt haben. Daher muss diese Entwicklung gestoppt werden. Das heißt, sie darf erst gar nicht in Gang kommen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ökonomisch falsch und ungerecht sind auch die **betrieblichen Bündnisse**. Was wollen Sie an Flexibilität in den deutschen Betrieben eigentlich noch herstellen? Es gibt kein Land, das mit uns vergleichbar ist: In keiner Industrienation ist die Flexibilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer höher als zurzeit bei uns.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch nicht einmal mehr 50 Prozent der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten mit festen Arbeitszeiten. 50 Prozent von ihnen arbeiten mit Regelungen wie Arbeitszeitkonten und Ähnlichem. Das ist die Realität bei uns.

Ich möchte noch einmal einen unseren Vorväter zitieren – wir alle berufen uns gern auf ihn, und zwar zu Recht –, nämlich Karl Schiller. Er war nach meinem Verständnis nun wirklich ein sozial-liberaler Wirtschaftspolitiker. Karl Schiller ist der Begründer der Konzertierten Aktion. Er wusste, worauf es ankommt, nämlich darauf, dass diejenigen, die in Deutschland Verantwortung für

**Bundesminister Wolfgang Clement**

- (A) die Wirtschaftspolitik tragen, zusammenwirken, also gemeinsam handeln, und darauf, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Gewerkschaften von den Entscheidungen über die wirtschaftspolitische Entwicklung nicht ausgegrenzt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ausgrenzen, das ist das, was Sie tun. In den Kernpunkten Ihrer Politik ist nichts von dem zu erkennen, was Ludwig Erhard und Karl Schiller begründet haben. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, uns an ihnen zu orientieren.

Das gilt auch für den **Kündigungsschutz**. Es gibt keinen Grund, den Kündigungsschutz weiter zu lockern. Gestern Abend habe ich mit einer sehr jungen Unternehmensgründerin, mit einer Modeschöpferin, die inzwischen international einen hervorragenden Ruf hat, gesprochen. Ich habe ihr gesagt: Da Sie Ihr Unternehmen gerade gegründet haben, ist eine Änderung des Kündigungsschutzes nicht in Ihrem Interesse; Sie können eine Arbeitnehmerin oder einen Arbeitnehmer bis zu vier Jahre befristet beschäftigen.

Alle großen Unternehmen kann ich nur auf das Beispiel von Sixt und BMW verweisen. Weil wir bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine der schlechtesten Erwerbsquoten in Europa haben, haben wir **unbegrenzt befristete Beschäftigungsverhältnisse** für die über 50-Jährigen zugelassen. Sixt hat daraus zu Recht den Schluss gezogen, nur noch über 50-Jährige einzustellen. Wer die Flexibilität haben will, soll über 50-Jährige beschäftigen; wir sind darauf angewiesen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Erklärung, dass eine Lockerung des Kündigungsschutzes zu mehr Arbeitsplätzen führe, lässt sich auch durch wissenschaftliche Vergleiche nicht beweisen. Im Übrigen brauchen wir eine solche Lockerung des Kündigungsschutzes nicht, weil wir über alle Instrumente verfügen, die geeignet sind, Flexibilität in den Unternehmen herzustellen.

Was ich aber an Ihrem Vorschlag für noch gravierender halte, will ich Ihnen ebenfalls sagen: Die Union sieht eine zweijährige Probezeit für alle neu begründeten Arbeitsverhältnisse vor. Damit tragen Sie genauso wie mit der gesetzlichen Regelung der betrieblichen Bündnisse Konflikte und Unsicherheiten in die Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Welcher Arbeitnehmer, welche Arbeitnehmerin wechselt dann noch den Arbeitsplatz? Darauf sind wir ja angewiesen. Im Schnitt wechseln in Deutschland Jahr für Jahr 5 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz. Wer riskiert dies noch, wenn er sich darauf einstellen muss, dass er demnächst befristet bzw. mit einer Probezeit beschäftigt werden kann? Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(C) Wir alle wissen doch, dass die ökonomische Situation, mit der wir im Moment zu tun haben, auch darauf zurückzuführen ist, dass viel zu viele Menschen bei uns Unsicherheit empfinden. In einer solchen Situation wollen Sie durch das Ausgrenzen der Gewerkschaften zusätzliche Unsicherheit und Streit in die Betriebe tragen und durch eine Probezeit von zwei Jahren und durch eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes dafür sorgen, dass in einer überschaubaren Zeit – nach spätestens vier bis fünf Jahren – bei 27 Millionen Vollzeitbeschäftigten niemand mehr in Deutschland über einen geregelten Kündigungsschutz verfügen wird. Dies wäre das Ergebnis, wenn sich das durchsetzen sollte, was hier von der Union vorgelegt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Chaos in den sozialen Sicherungssystemen, das Sie mit Ihren Vorschlägen der Öffentlichkeit präsentieren.

(Maria Eichhorn [CDU/CSU]: Das Sie herbeigeführt haben!)

Sie wollen allen Ernstes die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöhen, um die Beiträge zur **Arbeitslosenversicherung** zu senken. Dazu haben die Ministerpräsidenten der CDU/CSU mehr oder weniger deutlich gesagt, dass sie von der Mehrwertsteuererhöhung einen mehr oder weniger hohen Anteil haben wollen. Sie werden also auf keinen Fall 15 Milliarden Euro auf Bundesebene einnehmen, die Sie aber brauchen, um die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 Prozentpunkte zu senken.

(Zuruf des Abg. Dirk Niebel [FDP])

(D)

– Sie nicht, sondern die Union; Sie sind ja auch gar nicht so wichtig, Herr Kollege Niebel.

Im selben Atemzug sagt Frau Merkel in einem Interview des „Stern“, sie wolle gleichzeitig 6 bis 8 Milliarden Euro aus der Arbeitslosenversicherung nehmen, um die im Gesundheitssystem schätzungsweise fehlenden 20 Milliarden Euro zu ersetzen. Was Sie hier vorlegen, ist ein unbeschreibliches Tohuwabohu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich habe versucht, dem Kollegen Müller diese Widersprüchlichkeiten, die Sie in den sozialen Sicherungssystemen anrichten wollen, zu erklären. Ich sage insbesondere den Menschen in Ostdeutschland und den anderen strukturell besonders belasteten Gebieten in Deutschland in aller Deutlichkeit: Wer 6 bis 8 Milliarden Euro aus der Arbeitslosenversicherung oder aus der sozialen Grundversicherung herausnehmen will, der beendet jede aktive Arbeitsmarktpolitik. Dann gibt es nichts mehr an Bildung, an Weiterbildung, an Ich-AGs und an sonstigen Eingliederungsmaßnahmen, dann ist damit Schluss. Dies muss jeder wissen, der sich damit auseinandersetzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Was die von Ihnen propagierte **Kopfpauschale** angeht – Herr Kollege Fischer hat es völlig richtig darge-

**Bundesminister Wolfgang Clement**

- (A) stellt –, kann man nur den Kopf schütteln. Sie verfolgen mich ja buchstäblich, indem Sie sagen, Clement habe beim Bürokratieabbau nichts bewirkt. Ich ertrage das alles; in meinem Alter ist das nicht mehr so dramatisch.

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Was Ihre und meine Zukunft angeht, so treffen wir uns ja noch einmal. Dann werde ich die Rede zu Ihrem Abschied halten.

Wir brauchen nur in die Schweiz zu schauen. Jeder dritte Schweizer Bürger, jede dritte Schweizer Bürgerin muss inzwischen mit dem Bescheid seines bzw. ihres Unternehmens zur Sozialbehörde gehen und nachweisen, dass er bzw. sie mit seinem bzw. ihrem Einkommen nicht oberhalb der Grenze angesiedelt ist – die Sie bei 7 Prozent vorsehen –, ab der der Staat mit irgendeiner steuerlichen Vergünstigung helfen soll. Unsere Experten können Ihnen vorrechnen, dass dann, wenn sich Ihr Modell durchsetzte, in Zukunft jeder dritte deutsche Bürger mit seinem Einkommensnachweis zur Sozialbehörde gehen müsste, um errechnen zu lassen, ob er Ansprüche hat oder nicht. Wenn man aus den 7 Prozent herauswächst, weil man vielleicht einen besseren Arbeitsvertrag hat, oder in die 7 Prozent hineinwächst, dann läuft man jedes Mal zur Behörde. Das ist der Bürokratieabbau, den Sie wollen. Zu dem, was Sie dort vorhaben, sage ich Ihnen ehrlich: Daran will ich wirklich nicht beteiligt sein. Das ist ein bürokratisches Monstrum.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Sie begreifen es nicht!)

- (B) Deshalb lassen Sie mich noch ganz schnell Folgendes zu den Arbeitsmarktreformen sagen, die mir auf der Seele brennen: Wir werden das gesamte Problem nicht mit Pauschalsprüchen, mit ein bisschen Absenkung von Lohnnebenkosten lösen. Vielmehr geht es darum, der **Jugendarbeitslosigkeit** zu Leibe zu rücken und uns um jeden einzelnen jungen Menschen unter 25 Jahren zu kümmern. Es geht darum, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen und unseren Ausbildungspakt möglichst zu einem Fachkräftepakt zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, sich um die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu kümmern. Morgen werden wir 50 Beschäftigungspakte auszeichnen und mit jeweils bis zu 5 Millionen Euro ausstatten, Beschäftigungspakte, mit denen sich die Regionen entschieden haben, mit besonderer Tatkraft gegen die Langzeitarbeitslosigkeit der Älteren vorzugehen.

Es geht darum, die neue Selbstständigkeit zu fördern, nicht darum, die Ich-AGs abzuschaffen. Zum ersten Mal haben wir einen Weg gefunden, um Arbeitslosen einen Weg aus der Arbeitslosigkeit zu weisen. Das ist für nicht wenige von ihnen ein gangbarer Weg, wie die Erfahrung zeigt. Das müssen wir mit Risikokapital, mit Mikrokapital und Kreditfabriken unterstützen. Diesen Prozess dürfen wir nicht beenden, so wie Sie es wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Das müssen wir mit einzelnen Schritten unterstützen, beispielsweise indem wir gegen die **Saisonarbeitslosigkeit** vorgehen. Ich bin sehr froh darüber, dass es gelungen ist, mit dem Baugewerbe und der Gewerkschaft BAU eine Verständigung zu finden, die uns die Möglichkeit gibt, ab dem nächsten Jahr die Saisonarbeitslosigkeit am Bau zu beenden. Wir müssen aus dem Ritual herauskommen, dass wir die im Winter jeweils hohe Arbeitslosigkeit hinnehmen. Wir können dazu Wege gehen, die wir gehen müssen.

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, meine Redezeit ist abgelaufen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

– Beruhigen Sie sich! Sie werden mit mir noch genug zu tun haben. Machen Sie sich da keine falschen Hoffnungen!

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Für Sie gibt es noch nicht einmal eine Ich-AG!)

– Die Redezeit ist abgelaufen; deshalb sind mir weitere Ausführungen nicht möglich.

Wir werden in Deutschland in die Bereiche investieren müssen, die die Zukunft betreffen, um die Probleme, die in der Vergangenheit nicht ausreichend gelöst worden sind, abzarbeiten. Damit haben wir begonnen; wir haben in Schulen sowie in Wissenschaft und Forschung investiert, und zwar mehr als jede andere Regierung zuvor, teilweise sogar ohne dazu aufgrund der Zuständigkeiten in Deutschland verpflichtet zu sein.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das, was wir getan haben, ist der Beginn des Weges, den wir fortsetzen müssen. Dabei helfen keine Steuererhöhungen, sondern dabei hilft eine konsequente Reformpolitik, die wir begonnen haben. Diese Politik wollen wir fortsetzen; dazu bitten wir um Vertrauen.

Ich bin ganz sicher: Wenn die Bürgerinnen und Bürger Bundeskanzler Gerhard Schröder das Vertrauen schenken, dann werden die Ministerpräsidenten der Länder im Bundesrat nicht mehr an ihrer Blockadehaltung festhalten, sondern diese Blockadepolitik hinter sich lassen, die die Bundesrepublik Deutschland ein Stück aufgehalten hat. Wir müssen wieder an Fahrt gewinnen. Die Wählerinnen und Wähler können jetzt das Zeichen geben, dass dies möglich ist.

Ich danke Ihnen sehr.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Sie haben doch den Rückwärtsgang immer noch drin!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Ich schließe die Aussprache.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

- (A) Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/5979 mit dem Titel „Deutschland auf Wachstumskurs halten, die soziale Erneuerung unseres Landes fortsetzen, standhaft für den Frieden – Für mehr Arbeit, Sicherheit und Menschlichkeit“.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wo ist Frau Merkel? Wo ist Herr Stoiber?)

Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der CDU/CSU, der FDP und der beiden PDS-Abgeordneten angenommen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP auf Drucksache 15/5978 mit dem Titel „Sieben Jahre Rot-Grün – Deutschland braucht den Neuanfang“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen von CDU/CSU und FDP sowie der beiden PDS-Abgeordneten abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/5956 mit dem Titel „Ehrliche Abschlussbilanz als Grundlage einer neuen Politik für Wachstum, Arbeit und Sicherheit“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der beiden PDS-Abgeordneten bei Gegenstimmen der CDU/CSU und der FDP abgelehnt.

- (B)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 a bis 2 c sowie die Zusatzpunkte 1 a bis 1 d auf. Es handelt sich um **Beschlussempfehlungen** des Petitionsausschusses, zu denen **keine Aussprache** vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 2 a:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

#### **Sammelübersicht 229 zu Petitionen**

– Drucksache 15/5981 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 229 ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 2 b:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

#### **Sammelübersicht 230 zu Petitionen**

– Drucksache 15/5982 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 230 ist ebenfalls mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 2 c:

(C)

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

#### **Sammelübersicht 231 zu Petitionen**

– Drucksache 15/5983 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Auch Sammelübersicht 231 ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Zusatzpunkt 1 a:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

#### **Sammelübersicht 232 zu Petitionen**

– Drucksache 15/5984 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 232 ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Zusatzpunkt 1 b:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

#### **Sammelübersicht 233 zu Petitionen**

– Drucksache 15/5985 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 233 ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen von CDU/CSU und FDP angenommen.

(D)

Zusatzpunkt 1 c:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

#### **Sammelübersicht 234 zu Petitionen**

– Drucksache 15/5986 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 234 ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Zusatzpunkt 1 d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

#### **Sammelübersicht 235 zu Petitionen**

– Drucksache 15/5987 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Sammelübersicht 235 ist mit Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU bei Gegenstimmen der FDP angenommen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 2 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses nach Art. 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) zu dem **Gesetz zur Änderung des Abfallverbringungsgesetzes sowie**

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

(A) **zur Auflösung und Abwicklung der Anstalt Solidarfonds Abfallrückführung**

– Drucksachen 15/5243, 15/5523, 15/5726, 15/5916, 15/5976 –

Berichterstattung:  
Abgeordneter Michael Müller (Düsseldorf)

Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Der Vermittlungsausschuss hat gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung beschlossen, dass im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses auf Drucksache 15/5976? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b auf:

a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des **2. Untersuchungsausschusses nach Art. 44 des Grundgesetzes**

– Drucksache 15/5975 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Michael Hartmann (Wackernheim)  
Michaela Noll  
Jerzy Montag  
Hellmut Königshaus

(B) b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Max Stadler, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Verbesserung der Praxis der Visavergabe und Schaffung gemeinsamer Visastellen der Schengenstaaten**

– Drucksache 15/5977 –

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Volker Neumann, SPD-Fraktion.

**Volker Neumann** (Bramsche) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Untersuchungsausschuss hat so begonnen, wie viele Untersuchungsausschüsse beginnen: mit einer Reihe von parlamentarischen Anfragen bis hin zu einer Großen Anfrage, die alle beantwortet sind. Daneben haben sich der Auswärtige Ausschuss und der Innenausschuss mit den Fragen der Visaerteilung befasst. Auch dort schien alles geklärt zu sein. Es gab einen neuen Erlass. Dennoch haben Sie einen Untersuchungsausschuss verlangt, der dann eingesetzt worden ist, um die Visapraxis insbesondere in Kiew zu untersuchen.

(C) Mein Bedarf an Untersuchungsausschüssen war eigentlich gedeckt; ich hatte zuvor vier. Dennoch habe ich es als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses als Verpflichtung angesehen, an diesem Ausschuss teilzunehmen. Mit vier Ausschüssen hat man etwas Erfahrung gesammelt: In der 12. Wahlperiode gab es den so genannten Schalck-Ausschuss, dann – auch in der 12. Wahlperiode – den Treuhand-Ausschuss. Nach Beendigung solcher Untersuchungsausschüsse werden oft die **Ergebnisse von Gerichtsverfahren**, die durch diese Untersuchungsausschüsse ins Rollen kommen, dem Bundestag, der eigentlich der Auftraggeber ist, gar nicht mehr mitgeteilt.

Ich will zwei Beispiele nennen, damit sie auch Ihnen zur Kenntnis kommen und hier im Protokoll stehen.

In der 13. Wahlperiode hat sich der **Untersuchungsausschuss DDR-Vermögen** bemüht, beiseite geschafftes Vermögen der Stasi, der Außenhandelsbetriebe, der SED oder auch veruntreutes Vermögen bei Treuhandfirmen festzustellen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das ist eine Abschiedsrede! Sie sollen zum Untersuchungsausschuss sprechen!)

(D) Interessant ist dabei, dass dieser Ausschuss im Jahr 1997 Ordnungsgelder gegen Dr. Gysi, gegen André Brie und Bisky verhängt hat. Im Jahr 2004 sind diese Ordnungsgelder als rechtmäßig bestätigt worden. Die Zeugen haben die Frage, ob sie etwas über das Auslandsvermögen der SED wissen, verneint. Diese Verweigerung der Aussage hat zu den Ordnungsgeldern geführt. Es wäre schön, wenn die Herren der PDS heute ihre Kenntnisse über das Auslandsvermögen der SED mitteilen.

In der letzten Wahlperiode gab es im **Parteispenden-Untersuchungsausschuss** wieder ein Ordnungsgeldverfahren. Sie erinnern sich an den Ausschuss, in dem es um die schwarzen Kassen der CDU ging. Der ehemalige Herr Bundeskanzler verweigert ja bis heute eine Aussage zu der Frage, woher die Millionen kamen, die seine Macht festigten.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Ist das im Visa-Ausschuss besprochen worden? – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Jetzt mal zur Sache!)

Es wurde auch ein Ordnungsgeld verhängt gegen den hessischen Ministerpräsidenten Koch wegen Verweigerung des Eides auf die Richtigkeit und die Vollständigkeit seiner Aussage. In dieser Wahlperiode hat das Verwaltungsgericht festgestellt, dass das Ordnungsgeld rechtmäßig verhängt worden ist. Herr Koch hat bezahlt; den Eid hat er nicht geleistet.

Aus diesem Untersuchungsausschuss gab es zwei weitere Neuerungen, die auch in diesem Untersuchungsausschuss eine Rolle gespielt haben. Wir haben im Parteispenden-Untersuchungsausschuss für **mehr Transparenz** gesorgt, indem die Protokolle nach Abschluss des Untersuchungsausschusses für jeden zugänglich gemacht worden sind. Das haben wir bei zwei weiteren Ausschüssen ebenso gemacht. Ich bin sehr dankbar

Volker Neumann (Bramsche)

- (A) dafür; denn dies führt dazu, dass nicht mehr aus der Erinnerung zitiert wird, sondern dass das Protokoll gilt.

Die zweite Neuerung, die ich lange angeregt habe, hat dieser Ausschuss eingeführt, nämlich die **Live-Übertragung von Zeugenvernehmungen** unter bestimmten Voraussetzungen. Im Parteispenden-Untersuchungsausschuss war das zwar rechtlich möglich, aber die Zeugen wollten nicht – bis auf einen: Franz Müntefering. Aber da wollte die CDU nicht mehr. Also kam es nicht zur Live-Übertragung.

Diese Diskussion hat aber zu einem Gesetz geführt, das die Möglichkeit geschaffen hat, Live-Übertragungen vorzunehmen. So haben die Zeugen Dr. Volmer, Bundesminister Fischer, Herr Pleuger und Bundesminister Schily die Möglichkeit gehabt, ihre Aussagen den Bürgern öffentlich mitzuteilen. Die Medien haben positiv darüber berichtet. Auch bei den Bürgern ist das nach meinem Eindruck positiv aufgenommen worden.

Die Live-Übertragung hat zu mehr Transparenz geführt. Die Öffentlichkeit kann sich nun selbst ein Bild von den Aussagen machen, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, und ist nicht auf die parteilichen Stellungnahmen der Obleute nach den Sitzungen angewiesen. Im Übrigen kann sie die Aussagen mit den Presseberichten in den Medien vergleichen und wird feststellen, dass das nicht immer übereinstimmt.

- (B) Eine Anmerkung dazu: Diese Erfahrung haben wir auch am Sonntag gemacht; denn die Umfrage erbrachte bei den Bürgern ganz andere Ergebnisse als bei den anwesenden Medienvertretern. Man musste also feststellen, dass die Authentizität des Bildes besser ist, als wenn man mittelbar etwas erfährt. Vielleicht war es für manche Berichterstatter ganz heilsam, sich diese Differenz anzusehen.

Für mich und meine Kollegen haben diese Live-Übertragungen übrigens auch zur Nachdenklichkeit geführt; denn in diesen Live-Übertragungen wurden auch wir beachtet, die Art, wie wir gefragt haben. Manchmal wurden Statements abgegeben und manchmal wurden Beweiserhebung und Beweiswürdigung durcheinander gebracht.

Untersuchungsausschüsse haben immer eine bestimmte **Zielrichtung**. In der Vergangenheit war es meist Konsens, einen bestimmten Fall aufzuklären. Manchmal war es auch einfach nur eine so genannte Skandal-Enquete, indem man einen Auftrag gab – wie in diesem Fall –, in dem die Vorurteile schon im Antrag standen, und diejenigen, die den Antrag gestellt haben – in diesem Fall die Opposition –, sich selbst den Auftrag erteilt haben, möglichst viele Vorurteile zu bestätigen. Die Skandalisierung der Vorgänge an der Botschaft in Kiew diente nicht dazu, die Mängel dort zu beseitigen – denn nach übereinstimmender Meinung waren diese Mängel schon beseitigt, als der Ausschuss eingesetzt worden ist –, sondern es ging darum, das Ansehen des Bundesaußenministers zu schädigen. Man hatte sich zunächst auf Dr. Volmer eingeschossen, dem man meiner Ansicht nach Unrecht getan hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

Denn in der Zeit, in der der nach ihm benannte Erlass im Auswärtigen Amt gefertigt worden ist, war er wegen Krankheit mehrere Monate gar nicht im Dienst. Er hat ihn nur später vorgestellt. Bundesaußenminister Fischer hat – jeder hat es sehen können – die politische Verantwortung für die missverständlichen Erlasse, die Fehlinterpretationen und die späte Behebung der Mängel in Kiew übernommen.

Ich hatte zunächst große Bedenken, dass die **Vermischung von Politik und „sex and crime“** letztlich denen Argumente liefern würde, die mit einer latenten Fremdenfeindlichkeit bestimmte Stammtische erobern wollen. Die anfängliche pauschalierende Verunglimpfung von Ukrainern, Kosovaren und Albanern ist dann Gott sei Dank gestoppt worden. Vielleicht ist das auch unser Verdienst.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Der mögliche Schaden einer solchermaßen geschürten Fremdenfeindlichkeit für unsere exportorientierte Wirtschaft und unser Land liegt auf der Hand: Wir verspielen unseren Ruf von Weltoffenheit und Toleranz, den wir mühsam erworben haben.

Sie hatten gesagt, das sei vielleicht meine letzte Rede. Das kann sein; möglicherweise werde ich nicht mehr gewählt. Deshalb möchte ich mich ganz persönlich bei denen bedanken, mit denen ich in den letzten 20 Jahren über Parteigrenzen hinweg zusammengearbeitet habe: im Auswärtigen Ausschuss, im Menschenrechtsausschuss, im Parlamentarischen Kontrollgremium der Nachrichtendienste, in der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe und im Tibet-Gesprächskreis.

(D)

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Schon wieder eine Abschiedsrede!)

Ich war ganz gern Abgeordneter und die Arbeit hat mich befriedigt.

Das gilt übrigens auch für den „Untersuchungsausschuss der langen Nächte“. Als ich meiner Frau nach Vernehmungen, die teilweise bis 2 oder 3 Uhr nachts dauerten, erzählte, dass wir am 12. Mai von 13.37 Uhr bis 6 Uhr morgens getagt hatten, meinte sie: Manchmal spinnt ihr. – Ich finde, da hatte sie Recht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Eckart von Klaeden, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Eckart von Klaeden (CDU/CSU):**

Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über den Sachstandsbericht des Untersuchungsausschusses



**Eckart von Klaeden**

- (A) „Visa“. Rot-Grün wird damit Lügen gestraft; denn es war durchaus möglich, diesen Sachstandsbericht vorzulegen. Er hat über 800 Seiten. Er ist umfassend und gibt die Ergebnisse der Arbeit wieder. Sie haben versucht, auf verfassungswidrige Weise die Beweisaufnahme abzubereiten, mit der Begründung, dieser Sachstandsbericht müsse gefertigt werden. Dass Sie mit Ihrem Anliegen falsch gelegen haben, hat sich nicht nur daran gezeigt, dass der Abbruch der Beweisaufnahme vom Verfassungsgericht wegen der offensichtlichen Verfassungswidrigkeit, also aus rechtlichen Gründen, aufgehoben worden ist, sondern auch daran, dass nun ein umfangreicher Sachstandsbericht vorliegt. Ich darf mich schon hier im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für die Arbeit des Sekretariats bedanken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Hellmut Königshaus [FDP])

Was sind die **Ergebnisse des Untersuchungsausschusses**? Die der Visaerteilung zugrunde liegenden Erlasse und insbesondere der Erlass vom 3. März 2000, der so genannte Fischer-Erlass, waren rechtswidrig. Sie widersprechen dem Schengen-Abkommen und dem deutschen Ausländerrecht. Diese Erlasse haben die Kriminalität gefördert und sogar eine neue Form verursacht, nämlich die so genannte legendierte Schleusung. Diese legendierte Schleusung hat zu einem Anstieg der Schwarzarbeit, einer Gefährdung der inneren Sicherheit und zu Zwangsprostitution geführt. Rot-Grün hat versucht, die Beweisaufnahme so weit wie möglich zu verhindern. Herr Neumann hat ja eben selber davon gesprochen, wie die Beweisaufnahme durch Mehrheitsbeschlüsse in die Nacht gedrängt worden ist. Auf diese Weise hat man versucht, den Medien die Möglichkeit zu nehmen, über den Untersuchungsausschuss zu berichten. Schließlich hat es den Versuch gegeben, die Beweisaufnahme auf verfassungswidrige Weise abzubereiten, weil ein Parteivorsitzender im Fernsehen angekündigt hatte, dass die SPD Neuwahlen anstrebe.

(B)

Um das nachzuweisen, werde ich mich jetzt zur Feststellung der einzelnen Punkte allein auf Zitate konzentrieren, die entweder von unabhängigen Gerichten, von der Bundesregierung oder von Personen vonseiten der SPD und der Grünen stammen.

Zunächst zur Frage der **Rechtswidrigkeit der Erlasse**. Es gibt eine ganze Reihe von Landgerichten, die gegen Schleuser aufgrund der Erlasslage des Auswärtigen Amtes Strafmilderung haben aussprechen müssen. Es ist nicht allein das von Ihnen so gescholtene Landgericht Köln, sondern es sind das Landgericht Münster, das Landgericht Offenburg, das Landgericht Dresden, das Landgericht Chemnitz, das Landgericht Berlin, das Landgericht Köln, das Oberlandesgericht Köln, das Landgericht Memmingen und das Landgericht Baden-Baden, um nur einige zu nennen,

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dagegen Landgericht Hof!)

die in mehreren Verfahren immer wieder für die Köpfe von Schleuserbanden Strafmilderung haben aussprechen müssen, weil die Erlasse des Auswärtigen Amtes

die Machenschaften dieser Kriminellen so sehr erleichtert haben. Die Zitate sind allgemein bekannt; ich will sie hier nicht wiederholen. Es wäre schön, wenn Sie die Gelegenheit nutzen würden, Ihre immer wieder subkutan unterstellte Verschwörung der deutschen Landgerichte gegen Rot-Grün zurückzunehmen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt auch andere, die diese Erlasse als rechtswidrig bezeichnet und ihre Rücknahme begrüßt haben, zum Beispiel der ehemalige Innenminister Nordrhein-Westfalens Dr. Fritz Behrens, der im Landtag gesagt hat – ich zitiere –:

Ich finde es richtig – daran will ich keinen Zweifel lassen –, dass der so genannte Volmer-Erlass im Oktober letzten Jahres endgültig aufgehoben worden ist. Nach den Warnungen der Sicherheitsbehörden war das nur konsequent, und es war höchste Zeit.

Der Volmer- oder Fischer-Erlass – je nachdem, wie Sie ihn nennen wollen – ist auch mit dem **europäischen Recht** nicht vereinbar. Bemerkenswert ist aber, wie lange Rot-Grün gelehnet hat, dass diese Erlasse mit dem europäischen Recht nicht vereinbar sind.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir meinen das immer noch!)

Selbst als die Europäische Kommission dies festgestellt hat, ist es öffentlich weiter gelehnet worden.

Ich will dazu auf ein Interview verweisen, das Bundesaußenminister Fischer am 15. Mai im Deutschlandfunk gegeben hat. Dort ist er nach der Feststellung durch die EU-Kommission, dass der so genannte Fischer-Erlass vom 3. März mit dem EU-Recht nicht vereinbar ist – es hat fünf Tage vorher eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Europäischen Parlamentes gegeben, in der Justizkommissar Frattini dies festgestellt hatte –, gefragt worden. Daraufhin hat Herr Fischer geantwortet: (D)

... Sie müssen schon präzise sein. Wenn ich richtig informiert bin, bezog er sich auf die beiden Bezugs-erlasse, die im Volmer-Erlass drin waren, die ich selbst kritisiert habe vor dem Ausschuss. Insofern frage ich da: Wo ist die Neuigkeit?

Ich will Ihnen sagen, wo die Neuigkeit ist: Die Neuigkeit ist, dass Herr Fischer hier präzise gelogen hat.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

Denn Herrn Fischer ist zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt gewesen, dass in der Sitzung des Innenausschusses des Europäischen Parlamentes festgestellt worden ist, dass dieser Erlass mit dem Europäischen Recht nicht vereinbar ist. Das, was die Europäische Union festgestellt hat, liest sich wirklich wie eine schallende Ohrfeige für das Auswärtige Amt. Ich zitiere den EU-Kommissar Frattini aus dem offiziellen Bericht der EU-Kommission:

Die von den Dienststellen der Kommission durchgeführte Prüfung führt zu der Schlussfolgerung,

## Eckart von Klaeden

- (A) dass der ‚Grundsatzrunderlass‘ vom 3. März 2000 sowie diverse ‚thematische‘ Teilerlasse ..., die an die Auslandsvertretungen insbesondere im Zeitraum 1999-2002 gerichtet waren, im Gegensatz zur GKI stehen.

Weiter heißt es dort:

Die auf Grundlage dieser Erlasse durchzuführenden Kontrollen entsprechen nicht den hohen Anforderungen, die die GKI den Auslandsvertretungen mit dem Ziel, insbesondere die illegale Immigration effizient zu bekämpfen, auferlegen. Daraus resultierte, dass die Auslandsvertretungen in Anwendung der ihnen gegebenen Anweisungen der Verpflichtung der GKI, Dokumente zu verlangen, die den Zweck der Reise, die Transportmittel sowie die Rückkehr, die Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes und die Beherbergungsbedingungen belegen, in unterschiedlichem Ausmaß nicht nachgekommen sind.

Es ist hinterher von der Beeinträchtigung des Prinzips die Rede, gemeinsam durch das Einhalten der GKI und des Schengen-Abkommens dafür zu sorgen, dass illegale Immigration verhindert wird, und davon, dass durch den Volmer-Erlass und durch die anderen Erlasse von Rot-Grün gegen dieses Prinzip verstoßen worden ist.

- (B) Kommen wir zum zweiten Punkt, der neuen Kriminalitätsform. Unter anderem im Wostok-Bericht ist davon die Rede, dass es eine neue Form der Kriminalität, die **legendierte Schleusung**, gegeben hat. Aus den Feststellungen des BKA ist eindeutig zu ersehen, dass diese neue Form der Kriminalität verursacht worden ist durch den durch die Erlasse reduzierten Maßstab. Im Wostok-Bericht heißt es, dass diese neue Form der Kriminalität, die legendierte Schleusung, dazu führt, dass Menschen unter anderem in den Schengen-Raum geschleust worden sind, um sie hier unerlaubten und unterbezahlten Arbeitsverhältnissen oder zwangsweise der Prostitution zuzuführen.

Als Rot-Grün immerhin so weit war, diesen Zusammenhang, der vom BKA und anderen immer wieder hergestellt worden ist, nicht zu leugnen, hat Frau Höhn, die frühere Ministerin für Umwelt und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen, versucht, diese Verhältnisse zu rechtfertigen, und hat wörtlich gesagt:

Frauen, insbesondere Prostituierte, befinden sich häufig in einer viel schlimmeren Situation, wenn sie illegal hier sind, als wenn sie ein gültiges Visum besitzen.

Ich will Alice Schwarzer auf dieses Zitat antworten lassen. Sie hat gesagt:

In welcher Welt leben Politikerinnen, die so argumentieren? Die Menschenhändler nehmen den hilflosen, oft sprachlosen Frauen fast immer die Pässe ab, foltern sie, halten sie gefangen. Die meisten wissen gar nicht, ob sie mit einem Visum nach Deutschland gekommen sind.

Auf die Frage, ob die rot-grüne Visapolitik für Osteuropa die **Zwangsprostitution** befördert habe, sagte

- Frau Schwarzer, die ja nun nicht im Verdacht steht, der Union nahe zu stehen – Zitat – (C)

(Widerspruch bei der SPD)

Davon müssen wir ausgehen. Nicht zuletzt dank der leichtfertigen Visapraxis von Rot-Grün ist der Frauenhandel zum risikoärmsten Geschäft der Organisierten Kriminalität geworden. Die Menschenhändler mussten ihre Opfer nicht mehr illegal nach Deutschland schmuggeln, sondern sie konnten die Ware Frau legal verschachern.

(Zurufe von der CDU/CSU: Unglaublich! – Unerhört!)

Meine Damen und Herren, es hat auch andere Punkte gegeben, die von Rot-Grün immer wieder bestritten worden sind, zum Beispiel die **Zunahme der illegalen Beschäftigung**. Dazu schreibt der ehemalige Justizminister von Niedersachsen, SPD, Herr Professor Pfeiffer:

Es ist unbestritten, dass der Visa-Erlass des Außenministeriums insbesondere in den Jahren 2001 und 2002 zu einem starken Zustrom von Menschen aus der Ukraine geführt hat. Angesichts des großen Einkommensgefälles, das zwischen beiden Ländern besteht, erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass die große Mehrheit der eingereisten Ukrainer Deutschland als Touristen besucht hat.

- (D) Das BKA und auch andere offizielle Stellen haben festgestellt, dass insgesamt 40 000 Ukrainer in Portugal als Schwarzarbeiter tätig waren. Wir wissen, dass von diesen 40 000, die dort offiziell überprüft worden sind, 30 000 mit Visa der Deutschen Botschaft in Kiew eingereist sind. Diese Gruppe, die mittlerweile die größte nationale Minderheit in Portugal darstellt, wird von den Portugiesen als „die Deutschen“ bezeichnet – aber nicht deswegen, weil sie deutsch sprechen, sondern deswegen, weil sie ihre Visa von der Deutschen Botschaft erhalten haben.

Innenminister Schily hat versucht, Portugal für den Visamissbrauch verantwortlich zu machen, und hat von dem so genannten Pull-Faktor gesprochen, den die Politik der Regierung in Portugal ausgeübt habe. Besteht bei Rot-Grün ein Widerspruch? Die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, setzt sich insbesondere für diesen Pull-Faktor ein. Sie hat in der „Frankfurter Rundschau“ gesagt:

Solche Legalisierungsregelungen sind positive integrationspolitische Signale, die Schwarzarbeit und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse eindämmen. Was Spanien praktiziert, ist Ausdruck einer Realitätstüchtigkeit, die ich mir auch bei uns wünschen würde.

Das ist entweder ein deutlicher Widerspruch zu dem, was Ihr Innenminister vor dem Ausschuss gesagt hat, oder eine Realitätsblindheit, wie wir sie uns in unserem Land nicht mehr leisten können.

Es gibt weitere Nachweise, mit denen wir uns im Untersuchungsausschuss beschäftigt haben und die bele-

**Eckart von Klaeden**

- (A) gen, dass die **innere Sicherheit** durch diese neue Form der Visapolitik und durch diese neue Form der Kriminalität gefährdet worden ist. Ich habe den Wostok-Bericht zitiert, in dem von dieser neuen Form der Kriminalität gesprochen wurde. Der Vizepräsident des BKA hat gesagt – Zitat –:

Im BKA entstand eine Informationslage, wonach mithilfe erschlichener deutscher Visa geschleuste Personen – in der Mehrzahl Ukrainer – Deutschland und deutsche konsularische Vertretungen sozusagen als Tor zum Schengen-Land genutzt hatten, um in diese Länder weiterzureisen, wo sie dann auch nicht selten polizeilich auffällig wurden.

In mehreren Leitungsvorlagen an Bundesminister Schily ist davon die Rede, dass in der letzten Zeit eine Zunahme von Unregelmäßigkeiten in der Visumerteilungspraxis des AA zu verzeichnen ist, die Gefahren für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bergen. Es ist die Rede davon, dass auch im Jahr 2004 über deutsche Visastellen Terrorverdächtige in den Schengen-Raum eingereist sind.

Der ehemalige Staatsminister Volmer hat noch im Untersuchungsausschuss versucht, das alles als eine Abkehr von der **menschenunwürdigen Abschottungspolitik** der schwarz-gelben Koalition bis 1998 zu verteidigen. Herr Fischer hat dann versucht, eine andere Form der Verteidigung zu finden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo ist der Fischer eigentlich?)

- (B) Er hat schlichtweg geleugnet, dass es eine Änderung der Politik gegeben habe, und hat vor dem Untersuchungsausschuss gesagt:

Ich finde das richtig; ich finde die ganze Zuwanderungspolitik Kohl/Genscher/Kinkel, die damals gemacht wurde, richtig.

Ich frage mich, warum er die Erlasse geändert hat und warum man, wie Gerichte, das BKA und andere festgestellt haben, die Kontrollmechanismen so sehr reduziert hat, dass sie zu dieser neuen Form der Kriminalität, der legendierten Schleusung, geführt haben.

Rot-Grün ist vor sieben Jahren mit dem Anspruch angetreten, eine Epoche zu begründen. Herausgekommen ist eine Episode. Wir haben Herrn Fischer am 25. April vor dem Untersuchungsausschuss erlebt. 3 Zentner Geschichte konnten wir nicht betrachten. Aber für zweieinhalb Zentner Selbstgefälligkeit hat es wohl gereicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich der Kollegin Jelena Hoffmann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo ist denn der Herr Fischer? – Gegenruf der Staatsministerin Kerstin Müller: Das wäre zu viel der Ehre für Sie!)

**Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD):**

(C)

Herr von Klaeden, ich möchte auf Ihre Aussage eingehen, dass es einen unheimlich großen Zuwachs bei der Prostitution und der illegalen Schleusung von Schwarzarbeitern, insbesondere aus der Ukraine, gegeben hat.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Jetzt will hier jeder noch eine Abschiedsrede halten!)

Sie können sich sicherlich vorstellen, dass ich als ein Mensch, der aus der früheren Sowjetunion stammt, eine entsprechende Beziehung zu diesen Dingen habe. Ich kann nur eines sagen: Seinerzeit war das Wort „Reisefreiheit“ in den Ländern der Sowjetunion ein fast verbotenes Wort. Auch um in das sozialistische Ausland reisen zu dürfen, brauchte man die Bürgerschaft von einem Parteisekretär. Können Sie sich vorstellen, mit welcher Freude, vielleicht auch mit welcher Euphorie die **Reisefreiheit** gerade in den postkommunistischen Ländern entgegengenommen worden ist, wie die Leute sich gefreut haben, herauskommen zu dürfen, westliche Demokratien schnuppern zu können, zu gucken, wie es da aussieht? Sie waren eingesperrt.

Ich sage nicht, dass es da nicht auch Übertretungen gegeben hätte, dass die Situation nicht ausgenutzt worden wäre. Damit musste man sich auseinandersetzen.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Gab es jetzt Menschenhändler oder nicht?)

Aber zu unterstellen, dass vor allem aus der Ukraine – Sie wissen, dass ich die letzten drei Jahre mit der Ukraine sehr eng verbunden war – so viele Schwarzarbeiter gekommen sind, dass sie sogar die deutsche Wirtschaft unterwandert haben, dass es in Hamburg auf der Reeperbahn Zustände gegeben hat, die zu was weiß ich wozu geführt haben, ist, glaube ich, dem Land gegenüber nicht ehrlich; damit wird man dem Land nicht gerecht.

(D)

Sie haben viele Zitate gebracht. Aber Sie haben ein Zitat verheimlicht – Sie haben immer nur Zitate gebracht, die in eine Richtung gingen –, nämlich dass es ohne diese Reisefreiheit nicht zu der **orangenen Revolution** gekommen wäre. Ich verheimliche nicht, dass nicht der eine oder andere in der westlichen Welt arbeiten wollte; denn die Situation ist gerade in der Ukraine nicht rosig und die Leute haben zum Teil gehungert. Das ist in einer solchen Umbruchphase eben so.

Aber ich glaube, dass das, was Sie dem Land mit diesem Untersuchungsausschuss angetan haben, nicht so schnell aus der Welt zu räumen ist. Ich war Anfang März anlässlich des Parteitages von Juschtschenko in der Ukraine. Viele Leute haben mich angesprochen und haben gesagt: Frau Hoffmann, wir sind doch keine Verbrecher. Wir sind doch nicht die Nation der Verbrecher.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Dann hätten Sie das auch klarstellen müssen!)

– Ja.

(A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin, ich muss Sie an Ihre Redezeit erinnern. Die drei Minuten sind um.

**Jelena Hoffmann** (Chemnitz) (SPD):

Ich möchte abschließend nur sagen: Herr von Klaeden, man muss bestimmte Vorgänge klären. Aber auf diese Art und Weise vor allem dem Land zu schaden, das war, glaube ich, übertrieben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Klaeden, Sie haben das Wort.

**Eckart von Klaeden** (CDU/CSU):

Frau Hoffmann, Sie haben jetzt genau das getan, was es zu vermeiden gilt und worum wir uns die ganze Zeit bemüht haben. Sie haben nämlich Reisefreiheit und **Missbrauch der Reisefreiheit** gleichgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Herr von Klaeden, Sie haben das doch gemacht!)

Sie haben Schleuserkriminalität mit den Ländern identifiziert, die sich um Demokratie bemühen. Das genau ist der Fehler, der nicht gemacht werden darf. Der Untersuchungsausschuss – deswegen habe ich ja nur deutsche Behörden oder Politiker aus dem rot-grünen Lager zitiert – hat sich ausschließlich mit dem **Versagen deutscher Behörden** beschäftigt. Wenn Herr Fischer im Nachhinein behauptet, dass die Visapolitik der schwarz-gelben Koalition unter Helmut Kohl und Bundesaußenminister Klaus Kinkel richtig gewesen ist, dann frage ich doch: Warum haben Sie möglicherweise daran mitgewirkt, dass diese Visapolitik geändert worden ist?

Wir sind weiterhin dafür, dass es Reisefreiheit gibt, Reisefreiheit für Menschen, die zu uns kommen sollen und zu uns kommen wollen, nämlich Touristen, Wissenschaftler, Studenten usw. Aber wir möchten nicht, dass die Reisefreiheit von Kriminellen und Schleuserorganisationen missbraucht wird.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dadurch, dass Sie beides in einen Topf werfen, dass Sie die Gefahr bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität darin sehen, dass der Ruf der Ukraine oder anderer Länder Schaden erleiden könne, fördern Sie genau das, was Sie vorgeben, verhindern zu wollen. Das ist unglaubwürdig und es ist auch scheinheilig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Jerzy Montag, Bündnis 90/Die Grünen.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 32 Sitzungen, 150 Stunden, einige Sitzungen bis in die Nacht und den frühen Morgen. Wir haben 58 Zeugen und Sachverständige vernommen, davon die meisten auf Antrag der Opposition. Allein die Protokolle dieser Vernehmungen umfassen über 2 100 Seiten. Wir haben von verschiedenen Dienststellen und Gerichten über 1 600 Leitz-Ordner beigezogen und durchgearbeitet. In so kurzer Zeit hat kein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages ein derartiges Arbeitspensum bewältigt. Das wäre ohne die ganz hervorragende Vor- und Zuarbeit des Sekretariats nicht möglich gewesen und dafür will ich mich ganz besonders bedanken.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich will mich auch für die fast immer sachliche und kollegiale Arbeit der Mitglieder des Untersuchungsausschusses bedanken. Die Einigkeit der Berichterstatter gipfelte darin, dass wir gemeinsam eine Sachverhaltsdarstellung erarbeitet haben. Es bleibt eine etwas komische Fußnote dieses Untersuchungsausschusses, dass die Berichterstatterin Noll von der CDU/CSU und der Berichterstatter Königshaus von der FDP dem Bericht, dem sie als Berichterstatter zugestimmt haben, im Untersuchungsausschuss dann die Stimme verweigert haben.

Wir hätten uns einen objektiveren, sachlicheren und weniger polemischen Vorsitzenden gewünscht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Allerdings!)

Die Erfahrung für den nächsten Untersuchungsausschuss kann nur lauten: Selbst ernannte Chefankläger und Vorsitzende Richter in einer Person – das kann nicht gut gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben es zum allerersten Mal mit **Live-Fernsehübertragungen** von Zeugenvernehmungen zu tun gehabt. Bei Übertragungen ins Wohnzimmer ist die Gefahr groß, dass Wirkung vor Inhalt geht. Die Vernehmungen der Minister und Botschafter haben diese Befürchtungen nicht bestätigt. Aber trotzdem raten wir zur Zurückhaltung bei künftigen Untersuchungsausschüssen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Wer hat es denn verlangt?)

Von Anfang an war klar: Die CDU/CSU hat 2004 lange Zeit nach einem Thema gesucht, das ihr vermeintlich Munition für den **Wahlkampf** 2006 hätte liefern sollen.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Die haben wir ja auch gefunden!)

Das Kriterium dafür bei Ihnen war klar: größtmögliches Skandalisierungspotenzial.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das war ja auch da!)

**Jerzy Montag**

- (A) Lange Zeit war der Kollege Dr. Uhl, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, uns Grüne und unsere der Humanität und Weltoffenheit verpflichtete Ausländerpolitik aufs Korn zu nehmen,

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Aus guten Gründen!)

mit seinem Visaskandalgerede eine Nervensäge in seiner eigenen Fraktion. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Kollege Dr. Uhl: „Ich wurde als lästig empfunden.“ So haben Sie das selber im „Münchner Merkur“ am 31. März offenbart. Dann aber haben Ihre Strategen zwischen Visa und Maut zu wählen gehabt und sie haben sich entschieden, dass der Angriff auf grüne Ausländerpolitik, generell auf Ausländer, die nach Deutschland wollen, und insbesondere auf den Bundesaußenminister lohnender ist als einer auf den Verkehrsminister. Deshalb – nicht um der Aufklärung willen – haben Sie die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Visapolitik betrieben.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das hat ja auch geklappt!)

Es gibt jährlich 2 Millionen Besucher mit Besuchervisita. Denen hat Herr Dr. Uhl am 3. März 2004 von diesem Platz aus Folgendes gesagt – Zitat –:

In Wahrheit kommt 1 Million

– da haben Sie sich getäuscht –

nach Deutschland. Die Mehrzahl von ihnen ... sind bestenfalls Schwarzarbeiter und viele sind Kriminelle.

(B)

Meine Damen und Herren, was ist dieser Satz anderes als das Schüren von Ängsten gegenüber ausländischen Gästen und Besuchern und als ein pauschales Abstempeln von Fremden zu Gesetzesbrechern? Wer die niederen Instinkte bedienen will, der weiß: „Crime and Sex“ kommt immer gut. Deshalb hat es die Union nie unterlassen, uns auf wirklich infame Weise mit der Förderung von Zwangsprostitution in Verbindung zu bringen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Grindel?

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU):

Herr Kollege Montag, wären Sie so fair, der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass die Aussage, dass die Mehrheit derjenigen, die in der Botschaft in Kiew einen Visumantrag gestellt haben, offensichtlich nicht die Absichten, die sie im Antragsverfahren angegeben hat, verfolgt hat, sondern dass die Mehrheit tatsächlich eine Arbeitsaufnahme angestrebt hat und darunter auch viele so genannte schwarze Schafe waren? Das war kein Zitat des Kollegen Uhl, sondern, wie sich aus den Akten ergibt, die Einschätzung unseres Botschafters Stüdemann, der noch immer Botschafter in Kiew ist. Wären Sie bitte,

weil uns ja auch Menschen am Fernseher zuschauen, so fair zuzugeben, dass wir uns bei diesen Einschätzungen auf die Bewertung von Botschafter Stüdemann stützen können? (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Grindel, ich muss mit großem Bedauern sagen, dass genau das, was Sie behaupten und von dem Sie verlangen, dass ich es Ihnen bestätige, in unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss überhaupt nicht hervorgebracht worden ist.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das steht doch in den Akten!)

Genau das ist nicht hervorgebracht worden.

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Doch! Genau das steht in den Akten!)

Wir wissen, dass es **vielfachen Visamissbrauch** gegeben hat. Aber ob die Mehrheit der 295 000 Visaanträge, die im Jahre 2001 in der Botschaft Kiew gestellt wurden

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Es geht um die Aussage von Herrn Stüdemann!)

– Herr Kollege Grindel, jetzt bin ich dran –, mit Schwarzarbeit oder mehr zu tun hatte und ob viele Antragsteller Kriminelle waren, haben wir nicht herausgefunden. Das war auch nicht herauszufinden. Ich wage die Prognose, dass die Mehrheit dieser Menschen ganz brave Besucher waren. Natürlich gibt es unter Millionen Besuchern immer auch solche, die unlautere Absichten haben. Das haben wir aber schon gewusst, bevor wir diesen Untersuchungsausschuss eingesetzt haben. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, aus diesem Gebräu von Fremdenphobie und Ausländerabneigung resultiert der Untersuchungsauftrag, in dessen Rahmen der Bundesregierung rechtswidriges Handeln und Rechtsbruch vorgeworfen wurden.

(Eckart von Klæden [CDU/CSU]: Die EU-Kommission!)

Da die Arbeit des Untersuchungsausschusses nun abgeschlossen ist, sage ich Ihnen: Nichts davon hat sich im Verlauf der Untersuchung des Ausschusses als Wahrheit herausgestellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Die EU-Kommission! – Clemens Binninger [CDU/CSU]: Das ist grüne Selbsthypnose!)

Von Anfang an stand der **Runderlass vom 3. März 2000** im Mittelpunkt Ihrer Kritik. Diese Kritik lautete, der Erlass sei rechtswidrig. Sein Inhalt seien, so Kollege Gehb am 2. Dezember hier im Bundestag, „grüne Multikultiträume ... gegen Recht und Gesetz“ gewesen. Warum solch wütende Attacken dagegen? Weil dieser

## Jerzy Montag

- (A) Erlass die Ausübung des Ermessens regelte und ihm zufolge nach Abfragen beim Zentralregister und den Schengener Informationssystemen und nach Prüfung aller Versagungsgründe – wenn dann nicht alle Zweifel restlos beseitigt waren – gesagt wurde: im Zweifel für die Reisefreiheit.

Meine Damen und Herren, wir haben uns die Unterlagen des Auswärtigen Amtes genau angeschaut. Auch vor dem 3. März 2000 hat das Auswärtige Amt einmal geschrieben – Zitat –: „Das Ermessen ist positiv zugunsten der Antragsteller auszuüben.“ Das war der Leitfaden der Visapraaxis aus dem Jahre 1993, von Schwarz-Gelb verfasst. Wir haben pikanterweise auch ein Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Kiew gefunden, in dem es heißt – Zitat –: „Bei der Prüfung von Besuchsvisa soll der Grundsatz gelten: im Zweifel für den Antragsteller.“ Meine Damen und Herren von der Opposition, das war ein Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 2. Mai 1994, also unter Ihrer Regierung. Wir sind froh, dass wir den Untersuchungsauftrag auf den Zeitraum vor 1998 ausgedehnt haben, weil wir nur auf diese Art und Weise die Unstimmigkeiten Ihrer Vorwürfe überhaupt haben zur Sprache bringen können.

Der Volmer-Erlass war nach unserer Auffassung rechtlich einwandfrei. Dies sage ich in Kenntnis der Auseinandersetzung. Um die Frage, ob das stimmt oder nicht, wurde in der Vergangenheit gefochten und wird auch in Zukunft gefochten werden. Der Erlass versuchte, was politisch richtig gewesen ist: die Kontinuität der Auffassungen des Auswärtigen Amtes, dass in Zweifelsfällen reisefreundlich zu verfahren ist, zu verbinden mit einer Durchsetzung dieser Auffassung gegen ein Sicherheitsdenken, das bei jedem Zweifel immer gegen den Besuch in Deutschland entscheiden will. Wozu eine solche Entscheidung im Einzelfall führt, haben wir anlässlich des katholischen **Weltjugendtags in Köln** erlebt. Selbst Ihr CDU-Landesjugendminister hat in einer schönen Anleihe an den Volmer-Erlass gefordert, es müsse „im Zweifel für die Pilger“ entschieden werden.

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Die wollen nicht schwarzarbeiten!)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass junge Menschen, nur weil sie nicht in das Raster der FDP von reichen Geschäftsleuten oder in das Raster der CDU/CSU von gesetzten, im Fünfsternehotel residierenden Pauschaltouristen passen, sondern mit Rucksack und wenig Geld in der Tasche nach Deutschland reisen wollen, von verängstigten Visabeamten abgewiesen werden. In Deutschland war in dem vom Untersuchungsausschuss untersuchten Zeitraum weder ein mit dem Visaaufkommen korrespondierender Zuwachs an Schwarzarbeit noch an Opfern der Zwangsprostitution und Kriminalität zu verzeichnen, auch nicht mit Blick auf die Herkunftsländer.

Natürlich bedeuten 2 Millionen Besuchsvisa pro Jahr auch, dass es darunter Menschen gibt, die mit unlauteren Absichten kommen oder Opfer von Straftaten werden. Wer dies ausschließen will, meine Damen und Herren, der muss Visa abschaffen und die Grenzen zumachen.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Und wer es erleichtert?)

(C)

Er steht damit aber auch im Widerspruch zur **Charta von Paris** für eine neues Europa aus dem Jahre 1990, in der Ihr ehemaliger Bundeskanzler Kohl für die Bundesrepublik erklärt hat:

Wir betonen ... daß Freizügigkeit und freie Kontakte zwischen unseren Bürgern ... ausschlaggebend sind für den Fortbestand und die Entwicklung freier Gesellschaften und lebendiger Kulturen. Wir begrüßen die Zunahme von Tourismus und Besuchen zwischen unseren Ländern.

Das, meine Damen und Herren, war 1990. Im gleichen Jahr, 1990, stellte die Deutsche Botschaft in Warschau 1,5 Millionen Besuchsvisa aus. Vergleich Ukraine 2001: 295 000. Die Ablehnungsquote in Warschau lag bei 0,8 Prozent, niedriger als je in der Ukraine. Das Auswärtige Amt wechselte damals, 1990, mit dem Bundesinnenministerium Briefe, die dem Schreiben des Bundesinnenministers Schily an den Bundesaußenminister Fischer aus dem Jahr 2000 zum Verwechseln ähnlich waren. Auch damals warnten die Sicherheitsbehörden vor Schwarzarbeit, vor unberechtigten Asylanträgen und vor Kriminalität. Was passierte? Am 16. Oktober 1990 beschloss Schwarz-Gelb, die Visumpflicht für Polen abzuschaffen, und im Frühjahr 1991 war es dann so weit. Heute ist Polen Mitglied der Europäischen Union und die Probleme, die wir damals hatten, sind lange vorbei.

Meine Damen und Herren, Visapolitik ist nicht nur Sicherheitspolitik,

(D)

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Aber auch!)

Visapolitik ist auch Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, sie berührt den Kultur-, Wissenschafts- und Jugendaustausch, ja sie dient einfach auch der Reisefreiheit, und sie sollte unsere Werte der Demokratie, der Offenheit, der Achtung der Menschenrechte ins Ausland transportieren helfen. Was werfen wir Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, nach Abschluss der Arbeit des Visa-Untersuchungsausschusses deshalb vor? Nicht dass Sie auf die Visaerschleichungen im großen Maßstab an der Botschaft in Kiew hingewiesen haben. Was wir Ihnen vorwerfen, ist, was Sie den Menschen aus dem Osten Europas pauschal unterstellen:

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist Unsinn!)

dass Sie sie pauschal verleumden und kriminalisieren und dass Sie damit auch unserem Land schweren Schaden zugefügt haben.

Meine Damen und Herren, mit dieser Debatte gehen wir endgültig in die Schlussetappe des Wahlkampfes. Die Wählerinnen und Wähler müssen jetzt entscheiden, ob sie ein weltoffenes, liberales, humanes Deutschland wollen, das sich seinen Nachbarn öffnen kann und ihnen auf dem Weg in die Demokratie hilft. Dazu sind Sie nicht willens und nicht in der Lage. Das ist es, was der Untersuchungsausschuss politisch zutage gefördert hat.

**Jerzy Montag**

- (A) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich bin beim letzten Satz. – Diese Klarheit kurz vor der Bundestagswahl, die wir in Form des umfangreichen Sachstandsberichts dem Bundestag und der Öffentlichkeit übergeben, hat die viele Arbeit und jede Auseinandersetzung mit Ihnen wahrlich gelohnt.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Und wofür hat Herr Fischer die Schuld übernommen?)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Hellmut Königshaus, FDP-Fraktion.

**Hellmut Königshaus (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich es vergesse: Auch ich möchte natürlich für die FDP-Fraktion meinen Dank an das Sekretariat zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Das Sekretariat hat es grandios geschafft, die Behauptung von Rot-Grün, man müsse vorzeitig die Beweisaufnahme abbrechen, andernfalls könne es keinen Sachstandsbericht geben, zu widerlegen. Ein wirklich dicker Packen Papier ist zustande gekommen!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Montag will uns offenbar wieder einmal glauben machen, es sei eigentlich überhaupt nichts passiert: keine schwerwiegenden Fehler, keine schlimmen Folgen, ein paar Pannen eben; das kann ja einmal passieren. Ich glaube, wir sind wieder dort, wo wir angefangen haben; Sie erinnern sich. Sie wollen wohl so verstanden werden, dass dies alles nur eine politische Kampagne sei, wahrscheinlich vom Kollegen Dr. Uhl. Ich habe den Eindruck, der Gedächtnisschwund, den wir bei den leitenden Mitarbeitern im Auswärtigen Amt festgestellt haben, hat sich ein bisschen auf Sie ausgewirkt; denn der Ausschuss hat schließlich Erkenntnisse zutage gefördert, die durch Fakten belegt sind. Es ist Ihnen, obwohl Sie sich mit Tricks, Obstruktionen und Filibustern redlich darum bemüht haben, nicht gelungen, das zu verhindern. Das Bundesverfassungsgericht, Kollege, hat diese Versuche mit einer für Sie schmerzhaften juristischen Ohrfeige beantwortet. Das war richtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Acht zu null, das kann man ruhig einmal sagen!)

Der Kollege Montag hat eben angesprochen, es sei kurios, dass wir, nachdem wir uns bei der **Sachverhaltsdarstellung** auf einen Kompromiss verständigt hatten, diesem im Ergebnis nicht zustimmen konnten. Das mag hier zwar keinen interessieren, aber Sie wollten auch dort wieder tricksen, indem Sie nämlich in der Replik auf genau diesen Punkt Bezug nehmen wollten. Aber Sie nehmen das ganze Thema offenbar gar nicht ernst. Wo ist denn der Minister – Ihr politisches Schwergewicht –, um den es hier geht? Hier wird über das Ergebnis eines Untersuchungsausschusses debattiert.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Königshaus, ich bin da! Das genügt!)

– Herr Montag, Sie und auch die Staatsministerin sind uns herzlich willkommen. Aber Sie beide haben – das meine ich politisch – natürlich nicht das Gewicht, das der zuständige Minister hat. Er und auch der Innenminister hätten hier sein müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es wäre für die Beteiligten wichtig gewesen, hier zu sein; denn in der Sache selbst haben sich unsere und vermutlich auch Ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Es gab nämlich im Auswärtigen Amt schlimme Erlasse. Diese hatten fatale Folgen. Tausende, Zehntausende – wir sagen nicht, alle – wurden eingeschleust. Viele davon wurden von den Schleusern über die wahren Hintergründe getäuscht. Nicht selten – wir waren nicht in allen Fällen dabei – wurden sie, und zwar nicht nur Frauen, auf die übelste Weise missbraucht.

(D)

(Sebastian Edathy [SPD]: Wann waren Sie denn dabei, Herr Kollege?)

Der **Außenminister** selbst war gewarnt, aber er nahm das alles nicht zur Kenntnis. Er hat gesagt, er habe das nicht auf dem Radarschirm gehabt. Heute wissen wir: Der Mann hatte gar keinen Radarschirm, weil ihn das Thema einfach nicht interessiert hat. Er ließ die Dinge einfach treiben; das hat er doch selbst eingeräumt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Mehr als zwei Jahre hat er nichts getan, obwohl er permanent informiert wurde und die Brandbriefe in seinem Ministerium anbrannten. Fischer hat zum Schluss wenigstens das eingeräumt, was Sie heute schon wieder bestreiten. Er hat ins Protokoll diktiert: „Schreiben Sie hier rein: Fischer ist schuld.“ So ist es.

Wenn er heute herumläuft und uns erzählt, er mache sich über die zukünftige Außenpolitik Sorgen, dann muss ich Ihnen sagen: Ein Außenminister, der in seinem eigenen Haus nicht für Ordnung sorgen kann und sich dort nicht durchsetzen kann, ist selbst ein Grund zur Sorge über die Außenpolitik. Es genügt eben nicht, mit sorgenvoller Stirn durch die Welt zu reisen. Man muss auch dafür sorgen, dass das eigene Haus in Ordnung ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Aus diesem Grund hat auch der **Innenminister** massiv versagt. Er konnte sich gegen Fischer nicht durchsetzen und schrieb die uns allen bekannten Brandbriefe.

**Hellmut Königshaus**

- (A) Seine drastischen Briefe wurden aber von Fischer nicht einmal einer Antwort für würdig befunden. Das ist das Thema, mit dem wir uns befassen mussten. In seinem Ministerium gab es Kompetenzüberschreitungen und Fehlbeurteilungen, aber die Meinung des Ministers interessierte dort niemanden.

(Sebastian Edathy [SPD]: Was?)

Das hat er uns doch selbst bestätigt.

Der Einfluss des Innenministers reichte, obwohl er sonst in Sicherheitsfragen immer den starken Otto gibt, nicht einmal bis zur Arbeitsebene seines eigenen Hauses. Wenn er, wie vorhin, meint, unserem Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle vorwerfen zu müssen, er sei möglicherweise ein Sicherheitsrisiko, dann ist ihm entgegenzuhalten: Andersherum wird ein Schuh daraus. Er ist das Sicherheitsrisiko, wenn er sein Haus so führt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU — Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt überheben Sie sich nicht!)

Bemerkenswert ist auch das **Organisationsversagen**, das wir festgestellt haben. Im Auswärtigen Amt wurden Ministerbesprechungen abgehalten, von denen weder Teilnehmerlisten noch Protokolle oder wenigstens Ergebnisvermerke existieren. Kein Wunder, dass dort jeder das gemacht hat, was ihm in den Kram passte. Wozu unterhält dieses Land eine ordentliche Ministerialverwaltung, wenn sie so geführt wird, als wäre sie irgendeine kleine Klitsche?

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wozu unterhält dieses Land mit großem Aufwand Nachrichtendienste, wenn die Berichte, wie wir festgestellt haben, von den zuständigen Stellen nicht gelesen, sondern als nicht archivierungswürdig, wie es hieß, sofort weggeworfen werden?

Die Liste dieses Versagens ließe sich unbegrenzt verlängern. Alle diese Fehler werden wir nach der Wahl systematisch ausmerzen. Übrigens haben wir die Disziplinlosigkeit, die wir im Verlaufe unserer Beratungen festgestellt haben, auch heute wieder bei dieser Bundesregierung erlebt, nämlich in der Frage, ob Sie Ihre Redezeit einhalten. Es ist unglaublich. Sie haben, was diese Frage angeht, offenbar keinen Zeitrahmen.

Ein weiterer Aspekt, den wir ansprechen müssen, weil er in die Zukunft reicht, betrifft die stärkere **Verzahnung zwischen dem Innen- und dem Außenressort**, die wir in Zukunft brauchen. Das versteht sich von selbst. Wir brauchen aber auch eine engere Zusammenarbeit mit den übrigen Schengen-Partnern; das ist völlig klar. Diese Zusammenarbeit haben Sie komplett vernachlässigt. Sie haben im Übrigen auch die Partner falsch informiert. Das wissen wir jetzt und das hat auch Kommissar Frattini gerade festgestellt.

Wir schlagen deshalb vor, die Visastellen der Schengenstaaten in Zukunft zusammenzulegen, damit das Visa-Hopping – also die Vielfachantragstellung – auf-

hört, damit Synergieeffekte erzielt werden und wir in Zukunft dem Missbrauch durch die Mehrfachbeantragung wirksam begegnen können. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. Als Antwort auf alle von uns festgestellten Missstände wollen wir aber – das wurde eben schon angesprochen – auch **keine Abschottung**. Dass die Erteilung von Visa für die Teilnehmer des Weltjugendtages behindert wurde, muss – das haben wir festgestellt – eine Art Trotzreaktion des Auswärtigen Amtes gewesen sein. Das wollte keiner.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Wir auch nicht!)

Wir wollen keine Abschottung. Soweit ich weiß, will das auch die Union nicht.

(Sebastian Edathy [SPD]: Was?)

Wer war denn dafür verantwortlich, wenn es dort Schwierigkeiten gab? Regieren wir schon oder regieren Sie noch?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege, Sie müssen jetzt aber wirklich zum Ende kommen.

**Hellmut Königshaus (FDP):**

Es war entweder Bosheit oder Unfähigkeit. Das will ich nicht entscheiden. Was auch immer es war, es ist jedenfalls auch ein Grund, Sie abzuwählen und eine neue Regierung zu bilden. (D)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Olaf Scholz, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Olaf Scholz (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass die etwas langatmigen Reden, die wir teilweise bisher hören konnten,

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Vor allem die erste heute! – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Fünf Stunden achtzehn sind zu schlagen! – Gegenruf des Parl. Staatssekretärs Fritz Rudolf Körper: Das schaffen Sie aber nicht!)

auch Ausdruck der Tatsache sind, dass die von einer Zeitung getroffene Feststellung „Schlamperei, aber kein Skandal“ richtig ist. Deshalb haben Sie, glaube ich, mit diesen Beiträgen, die etwas zum Gähnen waren, die richtige Form gefunden, weil sie letztendlich deutlich machen, dass es für all die Aufregung, das Engagement und



**Olaf Scholz**

- (A) die Hysterie, die Sie zu erzeugen versucht haben, keinen wirklichen Anlass gab. Das ist das **eigentliche Ergebnis der Arbeit des Untersuchungsausschusses**.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das Ergebnis der Arbeit des Untersuchungsausschusses ist so beeindruckend, dass Sie in Ihrer Zusammenfassung und Ihren politischen Stellungnahmen gar keinen Bezug darauf nehmen. Da produzieren wir nun 1 000 Seiten

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN]: 2 000!)

mit sorgfältigen Analysen und allen möglichen Erkenntnissen, die dann für das, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern in der öffentlichen Debatte über den Untersuchungsausschuss mitteilen wollen, ohne Belang sind. Der Verdacht, dass die Ursache darin liegt, dass Sie Ihre übertriebenen Schlussfolgerungen aufgrund der Erkenntnisse nicht rechtfertigen können, liegt jedenfalls sehr nahe. Ich schlage vor, dass die Bürgerinnen und Bürger das ebenfalls so bewerten.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen von Klaeden?

**Olaf Scholz (SPD):**

Ja.

- (B) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Bitte, Herr von Klaeden.

**Eckart von Klaeden (CDU/CSU):**

Herr Kollege Scholz, ich weiß ja nicht, ob Sie den Sachstandsbericht gelesen haben. Aber sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich alle Zitate, die ich verwendet habe, im Sachstandsbericht wiederfinden?

**Olaf Scholz (SPD):**

Ich bin bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie zwar ein paar politische Bewertungen zusammengefasst, und zwar Äußerungen von Politikern,

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Es waren  
nur Zitate!)

und aus Zeitungen zitiert haben,

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ich habe  
keine einzige Zeitung zitiert!)

dass Sie aber keinerlei Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses vermittelt haben. Ich jedenfalls habe keine Erkenntnis aus dem Untersuchungsausschussbericht in Ihrer Rede gehört.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Sie haben  
keine gehört! Das glaube ich!)

Ich wiederhole deshalb, dass Sie hier völlig frei geschöpft haben, dass Sie die Ergebnisse und Erkenntnisse

nicht verwendet haben und dass das die wirkliche Ursache ist, warum es bisher hier so langweilig zugeht. (C)

Ich denke, es gibt eine wichtige Erkenntnis: Es hat gar **keine wirkliche Veränderung der Visapraxis** der Bundesrepublik Deutschland gegeben, seitdem der Eiserner Vorhang hochgezogen worden ist. Die Probleme waren seit Anfang der 90er-Jahre die gleichen, genauso wie die bürokratischen Schwierigkeiten. Die zuständigen Beamten waren weitgehend ebenfalls die gleichen. Diese haben in bestimmten Bereichen – das mussten wir feststellen – sehr eigenständig Politik gemacht, egal wer gerade Minister war, ob er nun Genscher, Kinkel oder Fischer hieß. Das hat ein Problem ergeben, mit dem wir uns auf irgendeine Weise auseinander setzen müssen. Aber das ist für die aufgeregten Feststellungen, die Sie gerne treffen wollten, keine gute Basis; denn tatsächlich ist die Kontinuität das eigentlich Neue, was wir in der Ausschussarbeit kennen gelernt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es hat schon vor 1998 eine ganze Reihe von Missbrauchsproblematiken an verschiedenen Botschaften und Konsulaten gegeben. Das Beispiel der Botschaft in Polen ist schon erläutert worden. Aber auch in der **Ukraine** ist die Bearbeitungspraxis über die Jahre eigentlich besser geworden. Der richtige Schub zu einer Verbesserung hat sogar erst nach 1998 eingesetzt. Deshalb kann ich Ihnen die Aussagen des Herrn von Schoepff im Untersuchungsausschuss nicht ersparen. Er hat gesagt: Natürlich ist in dieser Zeit ganz klar Missbrauch und Visaerschleichung festzustellen. Dann hat er noch etwas über die räumliche Ausstattung gesagt – ich darf zitieren –: (D)

Der erste Grund ist die völlig unzureichende räumliche Ausstattung des damaligen Konsulates zunächst im Bereich Visa. Da saßen die Sachbearbeiter, Bürosachbearbeiter, Ortskräfte in zwei Räumen. Der eine Raum war 19 Quadratmeter, der andere circa 15 Quadratmeter groß. Die Spitzenzahl an Mitarbeitern in diesem Bereich, die ich im Visabereich betreut habe, war 1996 25. Dazu kamen vier Ortskräfte, die als Sicherheitsleute draußen zum Einsatz kamen, die sich im Winter natürlich aufwärmen mussten, die Weisungen entgegennehmen mussten. Die mussten auch eine Möglichkeit haben, sich hinzusetzen. Das heißt, dass in dem einen zentralen Raum von 19 Quadratmetern zehn bis zwölf Arbeitsplätze waren. Das heißt, pro Person standen nicht ganz 2 Quadratmeter zur Verfügung.

Er hat uns noch die Situation bei den Kontingentflüchtlings sehr sorgfältig beschrieben. Dort ist in einem Container ohne Heizung gearbeitet worden. Er hat dann auf die Situation der Außenstelle hingewiesen, die dort für Aussiedler zuständig war, und zitiert, was ihm andere gesagt haben:

Die Außenstelle der Botschaft war nur über eine mit Exkrementen übersäte Treppe zu erreichen.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Mäusekot!)

**Olaf Scholz**

(A) Das sind all die Feststellungen, die wir dort für die Zeit **Anfang der 90er-Jahre** getroffen haben. Es ist ebenfalls festgestellt worden, dass dort, als dieser Mitarbeiter 1993 eintraf, für die Visavergabe des damals zweitgrößten Konsulats der Welt nur ein Beamter des mittleren Dienstes zuständig war, der sieben ukrainische Ortskräfte führen sollte. Dort sind zunächst 100 000 Visa ausgegeben worden. Diese Ortskräfte sind von der Diplomatenbetreuungsagentur gestellt worden. Er hat uns sehr sorgfältig die Verdächtigungen – diese haben dann auch zu Entlassungen geführt – erläutert, dass es sich zu der Zeit auch um Mitarbeiter der nationalen Sicherheitsdienste der Ukraine gehandelt haben könnte. Das hat ebenfalls zu vielen Problemen geführt. Er hat gesagt: Tatsächlich sind dort etwa 20 000 Visen im Monat erteilt worden; das hat viele Schwierigkeiten nach sich gezogen. Diese Schwierigkeiten beschreibt er alle miteinander.

Ich will Ihnen seine zusammenfassende Feststellung in Bezug auf die Situation Anfang und Mitte der 90er-Jahre in der Ukraine nicht ersparen:

Das sind beschämende Vorgänge. Dass eine bürgerliche Regierung für solche Zustände zuständig ist – das muss ich Ihnen so offen sagen; das sage ich Ihnen als CSU-Mitglied –, ist für mich eine einzige Schande. Eine einzige Schande!

(Sebastian Edathy [SPD]: Hört! Hört!)

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse – wir könnten viele hinzufügen – ist es jedenfalls richtig, etwas leisere Töne anzuschlagen,

(B) (Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Nein! 25 Zeugen dagegen! Das war der einzige!)

sich zusammenzureißen und zuzugeben – das ergibt sich wirklich aus der Ausschussarbeit –: Die **Kontinuität** hat überwogen und es hat weniger Veränderungen gegeben, als einige gedacht haben.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Einen einzigen Zeugen haben Sie dafür! Nicht mehr und nicht weniger!)

Nun gibt es natürlich auch etwas zu den verschiedenen Erlassen zu sagen, die der Ansatz für unsere Arbeit gewesen sind. Wenn die Erlasse dazu gedacht gewesen sein sollten, eine Praxisänderung durchzusetzen, dann waren sie dazu – das haben wir herausgefunden – untauglich. Selbst wenn nicht sämtliche Absichten gut gewesen sein sollten: Sie haben jedenfalls keine Änderung bewirkt. Die eigentliche Erkenntnis ist: Es gab Kontinuität. Hinzu kommt die Tatsache, dass das große Ausmaß an Missbrauch, das hier geschildert worden ist, nicht festgestellt werden konnte.

Mittlerweile sind all die **Missstände in der bürokratischen Abwicklung**, von denen wir gehört haben, angesichts der Veränderungen abgestellt. Auch das ist eine gute Botschaft, die der Untersuchungsausschuss den Menschen, die uns zuhören, mitteilen sollte. Ich glaube, es war richtig, dass wir diesen Untersuchungsausschuss hatten. Er hat deutlich gemacht: Es hat keinen Skandal gegeben, lediglich Fehlentwicklungen. Diese Fehlent-

wicklungen sind korrigiert worden. Die ganze Aufregung, die sich um diesen Untersuchungsausschuss abgespielt hat, war nicht berechtigt. Durch unsere gute Arbeit war es möglich, herauszufinden, dass es sich um etwas „auf viel kleinerer Flamme“ handelt und dass es viel weniger Hitze und Wallung verdient, als einige hier meinen. (C)

Schlussbemerkung: Für die sozialdemokratische Partei bedanke auch ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussessekretariats und auch bei unseren eigenen Mitarbeitern, die in vielen Überstunden und nächtlichen Sitzungen mitgeholfen haben, diesen Bericht zu erstellen. Ich hoffe, dass die vielen Seiten, die wir miteinander verfasst haben, von irgendjemandem gelesen werden. Das wäre jedenfalls schön und hilfreich.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Fangen Sie mal an!)

Ich glaube, dass die Lektüre zu so sachlichen und seriösen Schlussfolgerungen führt wie die, die ich hier habe vortragen dürfen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Peter Uhl, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

**Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich parteiübergreifend bedanken: bei sämtlichen Kollegen, die sich im Rahmen dieses Untersuchungsausschusses unendlich viel Mühe gegeben haben, bei den Mitarbeitern der Kollegen, bei den Mitarbeitern der Fraktionen und auch bei den Mitarbeitern der Ministerien; einige sitzen hinten in diesem Saal. Man ist fast zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen.

Heute liegt der Abschlussbericht vor. Es ist ein Bericht des Parlaments für das Parlament. In diesem Bericht wird das Fehlverhalten der Regierung,

(Sebastian Edathy [SPD]: Welcher?)

das im Untersuchungsausschuss aufgedeckt wurde, dargestellt. Der zuständige Minister ist nicht da. Lassen Sie mich das in aller Ernsthaftigkeit ansprechen: Für mich ist das eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn der Außenminister seit Tagen auf einer Auslandsreise wäre, würde ich nichts sagen. Dieser Außenminister, der hier vor nur wenigen Stunden eine Wahlkampfrede gehalten hat,

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist im Wahlkampf!)

Dr. Hans-Peter Uhl

- (A) ist abgehauen, um bei der Diskussion über den Abschlussbericht physisch nicht anwesend zu sein. Das ist eine grobe Missachtung, übrigens nicht nur der Opposition. Herr Scholz, es ist eine Frage der Selbstachtung – auch seitens der SPD und der Grünen, Herr Montag –, sich so etwas von seinem Minister gefallen zu lassen.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Selbst Tauss ist gekommen!)

Ich möchte Fischers Verhalten als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses hier in aller Form rügen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sebastian Edathy [SPD]: Das ist nicht Ihre Aufgabe!)

Der Untersuchungsausschuss hat sich gelohnt, weil er aufgedeckt hat, dass durch die fehlerhafte Visavergabe massenhaft illegale Zuwanderung mit Wissen und Wollen der rot-grünen Bundesregierung stattfand.

Diese Grenzöffnungspolitik wurde als eine Politik der Weltoffenheit verbrämt. Sie hat – Sie wissen es – ihren ideologischen Ursprung letztlich in der Zielvorstellung von einer multikulturellen Gesellschaft, in der Zuwanderung pauschal als Bereicherung empfunden wird.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe es gewusst!)

- (B) Die Grünen wussten, dass sie für diese Politik einer grenzenlosen Zuwanderung nicht in diesem Parlament und schon gar nicht in der deutschen Bevölkerung eine Mehrheit bekommen. Deshalb war es nur konsequent und in sich schlüssig, dass sie dort gehandelt haben, wo sie Macht haben, nämlich durch den Außenminister, und die Praxis hinsichtlich des Vollzugs der Visagesetze geändert haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Wie Kinkel damals!)

Der Außenminister wies seine Beamten an, die Grenzen für Zuwanderer zu öffnen. Im Ausschuss brüstete er sich sogar damit, einen Beitrag zur orangefarbenen **Revolution in der Ukraine** geleistet zu haben.

(Clemens Binner [CDU/CSU]: Selbstüberschätzung!)

Durch die Ausreichung von möglichst vielen Visa an ukrainische Schwarzarbeiter hätten die Grünen dafür gesorgt, meinte er, dass die orangefarbene Revolution in Kiew möglich wurde. In seiner Vision ging er sogar noch einen Schritt weiter und sagte allen Ernstes, man müsse dies wohl in Weißrussland wiederholen. Er ging allerdings noch nicht soweit, quasi einen dritten Schritt für 145 Millionen Russen anzukündigen.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und dann für die Chinesen! – Sebastian Edathy [SPD]: Sie versteigen sich aber zu abenteuerlichen Ausführungen!)

Dies wäre ja auch nicht möglich, weil er bald nicht mehr Außenminister sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jeder weiß, dass das gewaltige Wohlstandsgefälle den Migrationsdruck ständig erhöht. Die vorhersehbare zwingende Folge einer laxen Visavergabe ist die ansteigende illegale Immigration von **Schwarzarbeitern**. Über 5 Millionen Visa wurden an Menschen vergeben, die im Durchschnitt 50 oder vielleicht 100 Euro im Monat verdienen. Sollten sie alle Urlaubsreisende gewesen sein? Das ist doch eine völlig absurde Behauptung, Herr Montag. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In Deutschland wird von den dafür zuständigen Zollbeamten eine Vielzahl von Razzien insbesondere auf Baustellen durchgeführt. Doch ist es diesen Beamten, die dort eine explosionsartige Zunahme von Schwarzarbeit feststellen, verboten, in ihren Meldungen für die **Statistik** nach oben mitzuteilen, welcher Nationalität die ausländischen Schwarzarbeiter sind.

(Sebastian Edathy [SPD]: Wer hat das eingeführt, Herr Dr. Uhl?)

Sie aber beklagen im Untersuchungsausschuss und beklagen heute hier wieder, es gebe keine Statistik über ausländische Schwarzarbeiter. Hier beginnt der eigentliche Skandal: Einerseits verbieten Sie, Statistiken anfertigen zu lassen, und andererseits beklagen Sie, dass es keine Statistiken gibt. Das ist die blanke Heuchelei, Herr Montag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Bundesregierung hat zu verantworten, dass es in Deutschland mehr als 5 Millionen Arbeitslose gibt. (D) Zugleich nimmt die Schwarzarbeit dramatisch zu. Die **legendierte Schleusung** wurde unter Rot-Grün zur Hauptform der Schleuserkriminalität.

(Horst Kubatschka [SPD]: Die bayerische Justiz hat versagt!)

Das kriminelle Treiben der organisierten Schleuserbanden wird durch die Visapolitik der Bundesregierung wesentlich verursacht und gefördert.

(Sebastian Edathy [SPD]: Verursacht?)

Mit Recht wollen die Menschen wissen, wie groß der Anteil an ausländischen Schwarzarbeitern und Billiglöhnern aus Osteuropa auf unseren Baustellen in Deutschland ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Ein schlechter Vorsitzender!)

Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung diese Zahlen wie ein Staatsgeheimnis allen vorenthält. Wir werden nach der Wahl dafür sorgen, dass diese Zahlen bekannt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Förderung der **Zwangsprostitution** ist für mich vielleicht die empfindendste Folge der rot-grünen Visapolitik.

(Jörg Tauss [SPD]: Da sind eure Vorstandsmitglieder Fachleute!)

**Dr. Hans-Peter Uhl**

- (A) Der Kollege von Klaeden hat Alice Schwarzer zitiert; man kann dieses Zitat nicht oft genug vortragen. Sie hat den kausalen Zusammenhang zwischen der laxen Visavergabe, dem Menschenhandel und dem schändlichen Umgang mit diesen Frauen auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Und ihren Kunden!)

Auch hier kamen Sie mit dem billigen und durchsichtigen Argument, es gebe keine Statistiken über Zwangsprostituierte. Meine Damen und Herren, es kann gar keine Statistiken über Zwangsprostituierte geben; denn durch Ihr Prostitutionsgesetz wurden ja gerade die Razzien abgeschafft. Daher liegen bundesweit gar keine Kenntnisse vor, die man zusammenfassen könnte. Jetzt zu argumentieren, weil es keine statistischen Erkenntnisse gebe, gebe es auch den Tatbestand nicht, ist doch dümmlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sebastian Edathy [SPD]: Das ist zwar umgekehrt, aber egal!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

**Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):**

Mir fiel auf, Frau Präsidentin, dass Sie die anderen Kollegen zwei, drei, vier Minuten länger reden ließen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

- (B) Nein, Herr Dr. Uhl,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Natürlich! Selbstverständlich!)

das habe ich nicht gemacht. Sie haben jeweils nur eine knappe Minute überzogen. Ich habe sie alle nach einer halben Minute an ihre Redezeit erinnert.

**Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):**

Ich will mich gern kurz fassen und bald zum Ende kommen, Frau Präsidentin.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Aber nehmen Sie, Herr Montag, vielleicht noch mit, was die Landesvorsitzende der bayerischen Grünen, Frau Theresa Schopper, gesagt hat. – Frau Künast, können Sie bitte Herrn Montag die Möglichkeit geben, mir zuzuhören?

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Jawohl, Herr Oberlehrer!)

Frau Theresa Schopper sagt:

Rund 500 000 Frauen und Mädchen unter 25 Jahren sollen in Europa im Jahr 2002 von Zuhälterbanden in die Prostitution gezwungen worden sein.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Zahlen von der EU!)

Die bayerische Landesvorsitzende der Grünen sagt weiter:

Frauenhandel ist die sich am schnellsten entwickelnde Form von organisiertem Verbrechen mit der höchsten Wachstumsrate. (C)

Die Grünen müssen wissen – Sie sind einmal als Partei der Frauenförderung angetreten –, dass sie mit dieser Visapolitik – –

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war schon vorher so!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Uhl, ich muss Sie jetzt wirklich mahnen, zum Ende zu kommen.

**Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):**

Ja. – Wenn Frauen – –

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Es geht nicht, dass jeder in der letzten Debatte so lange redet, wie er möchte. Das geht nicht, Herr Kollege Uhl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Der Untersuchungsausschuss hat es ans Licht gebracht: Am Anfang stand der erklärte politische Wille, eine neue Visapolitik einzuleiten. Die Wende in der Visapolitik erfolgte durch eine Weisung des Ministers. Dies alles als eine Schlaperei der kleinen Beamten und als Nachlässigkeit darzustellen, ist unkorrekt. Im Gegenteil, die kleinen Visabeamten haben protestiert, (D)

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist Zeit, zu Ende zu kommen!)

die kleinen Polizeibeamten, die kleinen Grenzbeamten haben gegen das protestiert, was – –

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Uhl, Sie reden jetzt auf Kosten Ihrer Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Überzieher!)

Das Wort hat die Kollegin Dr. Gesine Löttsch.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen] [CDU/CSU]: Die war gar nicht dabei!)

**Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Bundesregierung ist sicherlich nicht arm an Skandalen. Es hätte für eine ganze Reihe von Untersuchungsausschüssen gereicht.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch der Visaaffären-Ausschuss war der wohl ergebnisloseste und sinnloseste Ausschuss in der Geschichte des Bundestages. Jawohl, er war ergebnislos und sinnlos.

Dr. Gesine Löttsch

(A) (Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Die konservative **Opposition** hat in den letzten drei Jahren komplett versagt. Sie wollte nicht Opposition sein; sie war es auch nicht. Wir mussten stattdessen erleben, dass alle Reformen und alle Bundeswehreinsätze von einer großen Koalition der Unvernunft getragen wurden. Es gab noch nie so wenig Opposition wie in den letzten drei Jahren im Deutschen Bundestag. Diese Arbeit wurde Frau Pau und mir von der PDS komplett überlassen.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Der Visa-Ausschuss hatte nur eine einzige Aufgabe: Er sollte von den skandalösen Hartz-IV-Gesetzen, der skandalösen Gesundheitsreform und den völkerrechtswidrigen Bundeswehreinsätzen ablenken. Doch das hat er nicht geschafft. Die Menschen haben erkannt, dass die Gefahren nicht in erster Linie von ukrainischen Prostituierten ausgehen. Nein, die Gefahren gehen von einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Regierung und dieser konservativen Scheinopposition aus.

Ich gehe auf nur drei **Skandale** ein, die es wert wären, in einem Untersuchungsausschuss behandelt zu werden:

Erstens kann ich mir vorstellen, dass viele Bürger wissen wollen, warum die **Strompreise** in Deutschland schneller steigen als in anderen europäischen Ländern.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die werden nicht von der Regierung festgelegt!)

(B) Es wäre eine lohnende Aufgabe für einen Untersuchungsausschuss, herauszufinden, welche Rolle der ehemalige Wirtschaftsminister Müller bei der Konstruktion eines Stromkartells gespielt hat, das heute den Verbrauchern die Preise diktiert.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Zweitens wäre es für viele Patienten interessant, zu erfahren, warum sie die Hauptlast der **Gesundheitsreform** tragen müssen, während gleichzeitig die großen Pharmaunternehmen die Preise für Medikamente nach oben schrauben und die Chefs der Kassenärztlichen Vereinigungen exorbitante Gehälter einstreichen können.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Drittens wäre es sicherlich auch interessant für die Bürgerinnen und Bürger, zu erfahren, warum die Bundesregierung einen **völkerrechtswidrigen Krieg** in Jugoslawien geführt und einen ebensolchen im Irak unterstützt hat. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Position der Linkspartei bekräftigt; meine Kollegin Petra Pau ist heute Morgen schon darauf eingegangen. Ich zitiere aus dem Urteil:

Eine Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Delikt ist selbst ein völkerrechtswidriges Delikt.

Es wäre für viele Menschen wichtig, zu erfahren, nach welchen Drehbüchern diese Kriege vorbereitet wurden, um bei den nächsten Kriegsvorbereitungen gewappnet zu sein.

(C) Diese Fragen werden leider in keinem TV-Duell gestellt. Wenn man sie stellte, stieße man auf ein Kartell des Schweigens.

Frau Pau und ich hatten leider nicht die Möglichkeit, das Einsetzen eines Untersuchungsausschusses zu beantragen. Doch das wird sich nach der Bundestagswahl sicher ändern;

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz sicher nicht!)

denn dann wird es eine starke linke Opposition geben, die sich nicht auf Nebenkriegsschauplätze verschieben lässt. Die Wählerinnen und Wähler können mit der Linkspartei eine starke Opposition in den Bundestag wählen, die die wirklichen Skandale aufklären wird. Ich freue mich darauf.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos] – Zuruf von der SPD: Sie wollen Kriegsschauplätze! – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Warum haben Sie heute nicht gesagt, welcher Partei Sie angehören?)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Michael Hartmann, SPD-Fraktion.

**Michael Hartmann** (Wackernheim) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zur Debatte über den Visa-Untersuchungsausschuss zurück. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Ausschuss findet heute nach achtmonatiger Beratung sein Ende; „Gott sei Dank“ füge ich hinzu.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Für euch ja!)

Wir haben rund 1 600 Aktenordner mit 450 000 Blatt wälzen dürfen. Wir haben in 155 Stunden 55 Zeugen und drei Sachverständige gehört.

Jetzt geht es darum, das Ergebnis zu debattieren. Ich möchte nicht der Versuchung erliegen, hier einen Ersatzwahlkampf zu starten. Dafür eignet sich das Thema nicht. Dafür eignet sich auch das nicht, was wir in diesem Ausschuss in großen Teilen gemeinschaftlich festgestellt haben.

Es macht viel mehr Sinn, finde ich, zu fragen: Wo ist etwas schief gelaufen? Was konnte verbessert werden? Wo muss noch etwas verbessert werden? Wir waren uns natürlich in der Erkenntnis einig, dass manches nicht so gelaufen ist, wie wir es uns gemeinschaftlich gewünscht hätten. Das wurde allerdings auch eingeräumt und das wurde ausgeräumt. Im Übrigen bewegen wir uns – der Kollege Scholz hat es dargestellt – seit der Regierung Kohl mit dem Minister Kinkel und dem anderen Herrn, der sich vor einem Strafgericht verantworten durfte, in einer bemerkenswerten Kontinuität.

**Michael Hartmann (Wackernheim)**

- (A) Ich finde es schade, dass es in diesem Ausschuss eigentlich nur darum ging – Herr Kollege Dr. Uhl, das hat auch Ihre Rede eben leider bewiesen –, ein **Vorurteil** bestmöglich zu finden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben bei unserem fleißigen Aktenstudium sowie bei der fleißigen und ausführlichen Zeugenvernehmung auch große Schnittmengen festgestellt. Wir waren uns darin einig, dass das Problem mit dem Fall des Eisernen Vorhangs entstanden ist. Wir sind uns auch darüber einig, dass die Freiheitsrechte, die die Menschen errungen haben, positiv sind. Wir sind uns hoffentlich auch darin einig, dass eine Kontinuität mindestens insoweit besteht, als es in dem Erlass vom Mai 1994 – nicht wir haben damals regiert – hieß: so viel Reisefreiheit wie möglich, so viel Kontrolle wie nötig. – Dieser Grundsatz wurde zu keiner Zeit aufgekündigt, auch nicht und gerade nicht durch Rot-Grün.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Missstände, die es gab, resultierten aus dem hohen Migrationsdruck, den wir nach dem **Fall des Eisernen Vorhangs** erlebten. Das überforderte die Auslandsvertretung in Kiew. Es gab außerdem – das räume ich gern ein – eine Reihe von missbrauchsanfälligen Instrumenten.

Wir haben darauf reagiert und werden weiter darauf reagieren. Zum Beispiel wurde das Reisebüroverfahren beendet. Zum Beispiel werden die Reiseschutzpässe nicht mehr anerkannt.

- (B)

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Aber zu spät!)

Zum Beispiel wurde die Botschaft in Kiew personell verstärkt.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Zu spät!)

Zum Beispiel werden Reisezweck und Rückkehrbereitschaft gründlich geprüft.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Zu spät!)

Zum Beispiel werden bereits seit 2002/2003 verstärkt Dokumentenberater und Verbindungsbeamte eingesetzt.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Drei Jahre zu spät!)

Zum Beispiel wird auf europäischer Ebene durch Bundesinnenminister Schily die Einrichtung einer Einladerdatei forciert.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Zu spät!)

– Übrigens macht sie nur dort Sinn; darüber waren wir uns einmal einig, Herr Kollege. Zum Beispiel hat das Auswärtige Amt ein Frühwarnsystem eingeführt. Zum Beispiel gibt es das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum Schleusungskriminalität beim BKA. Zum Beispiel arbeiten Auswärtiges Amt und Bundesinnenministerium in einer Taskforce enger denn je zusammen. Damit ist alles getan, was derzeit getan werden kann, um

das Schleusertum, diese schlimme Form von Kriminalität, zu unterbinden. Wären Sie eine Opposition, die regierungsfähig ist, würden Sie das auch anerkennen. (C)

(Jörg Tauss [SPD]: Die hatten keine Idee dazu!  
Keine!)

Insofern: Der Ausschuss könnte mit seiner Arbeit zufrieden sein, wäre da nicht von Anfang an der teils skurril vorgetragene und immer maßlos überzogene Versuch der Opposition gewesen, eine **Hatz auf den Bundesaußenminister** zu starten. Dieses blinde Jagdfieber hat jede Sachlichkeit verhindert. Das ist schade.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir hier zu Recht den Dank an das Sekretariat sowie an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen, muss ich sagen: Das wird auch der Arbeit der Menschen im Auswärtigen Dienst und bei unseren Sicherheitsorganen nicht gerecht;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

denn sie brauchen angesichts des schwierigen Bereichs, in dem sie tätig sind, Unterstützung und nicht haltlose Kritik von außen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Vielleicht gehen Sie noch einmal in sich und bessern sich. Im Übrigen freue ich mich, mit Ihnen im nächsten Deutschen Bundestag weiter zu debattieren.

(Beifall bei der SPD – Horst Kubatschka (D)  
[SPD]: Als Opposition!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat die Kollegin Michaela Noll, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Michaela Noll (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute habe ich als letzte Rednerin der Debatte das Wort.

Frau Löttsch, wenige Worte zu Ihnen. In unserem 800 Seiten langen Bericht steht nicht ein Wort zum Irak und nicht ein Wort zum Strom. Sie haben ihn anscheinend gar nicht gelesen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sehr geehrter Herr Kollege Montag, unterschätzen Sie bitte nicht die Bürgerinnen und Bürger; denn die treffen am 18. September die Entscheidung zwischen einer Visapolitik, die die Sicherheitsinteressen unseres Landes in den Vordergrund stellt, oder Ihrer, die nachweislich dem Visamissbrauch Tür und Tor geöffnet hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Unser Ergebnis steht fest: Die rot-grüne Visapolitik hat den massenhaften **Visamissbrauch** erst möglich gemacht. Wir wissen das und die Bürger wissen das auch.

Michaela Noll

- (A) (Sebastian Edathy [SPD]: Vor 98 hat es keinen Missbrauch gegeben?)

Der Außenminister selber hat am 25. April eingeräumt, es habe Erlasse mit fatalen Folgen gegeben. Seine Worte waren – deshalb zitiere ich ihn noch einmal zum Mitschreiben –:

Schreiben Sie hier rein: Fischer ist schuld.

Millionen Menschen haben das am Fernseher gesehen, sie haben es im Radio gehört und sie konnten es nachlesen.

(Sebastian Edathy [SPD]: Die meisten haben es verstanden! Nur Sie haben es nicht verstanden!)

Außenminister Fischer hat völlig Recht. Aber er steht damit nicht ganz alleine da. Es gibt nämlich weitere Verantwortliche. Unter anderem ist das der **Innenminister**. Er wusste alles. Er ist trotz Warnbriefen von ihm aus den Jahren 2000, 2001 und 2004 untätig geblieben. Er hat immer wieder darauf hingewiesen, dass schengenweit ausgeschriebene Terrorverdächtige eingereist sind. Diese Schreiben sind an Deutlichkeit hinsichtlich der Kritik nicht zu überbieten. Ich zitiere:

Es ist nicht hinnehmbar, dass ... eine von der EU als mutmaßlicher Terrorist gelistete Person nach Deutschland mit einem gültigen Visum einreist. ... Visumserteilung unter Missachtung sicherheitspolitischer Bedenken ist angesichts der Ihnen bekannten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus unverantwortlich und nicht entschuldbar.

- (B) Daraufhin habe ich den Bundesinnenminister im Ausschuss gefragt, wo denn die Schwachstellen sind und was er getan hat, um sie zu beheben. Er hat geantwortet – ich zitiere –:

Ich habe natürlich darauf vertraut, dass das Auswärtige Amt das auch tut.

Aber was ist denn passiert? – Ich sage: Es ist gar nichts passiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb ist das Ergebnis, zu dem Sie gekommen sind, abwegig und befremdend. Denn Ihr **Fazit** lautet:

Eine Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben.

(Beifall des Abg. Olaf Scholz [SPD] sowie des Abg. Sebastian Edathy [SPD])

Das behaupten Sie, obwohl noch nicht einmal eindeutig geklärt ist, wer wann ausgereist ist und ob die vier Terroristen überhaupt wieder ausgereist sind. Denn in unserem überbürokratisierten Deutschland wird die **Ausreise** der mit Visum gekommenen Ausländer bis heute nicht kontrolliert.

Als ich den Bundesinnenminister dazu befragt habe, antwortete er:

In einem Fall ist die betreffende Person, glaube ich, zurückgekehrt in ihr Heimatland, also wieder ausgereist.

- (C) Der Glaube alleine reicht bei Terroristen aber nicht. Das nenne ich Verkennen der Tatsachen auf höchstem Niveau.

Bei einem weiteren Punkt sind Sie voll auf dem Holzweg. Sie behaupten, es habe überhaupt keine Anhaltspunkte dafür gegeben, dass die Visaerteilungspraxis zu einem erkennbaren **Anstieg der Kriminalität** geführt habe.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist wahr!)

Dazu führen Sie die polizeiliche **Kriminalstatistik** an.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Das ist schlichtweg falsch und schöneredet. Ich erkläre Ihnen auch, warum. Viele Bürger glauben wahrscheinlich, dass alle Straftaten in diese Kriminalstatistik einfließen. Weit gefehlt! Diese enthält keine Delikte, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland begangen wurden.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Glück! Sollen darin alle weltweit begangenen Straftaten geführt werden?)

Das heißt, Visaerschleichungen an deutschen Botschaften tauchen dort gar nicht erst auf.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh Gott!)

- (D) Noch ein Punkt. Bei Schwarzarbeit, Menschenhandel und Zwangsprostitution handelt es sich um so genannte **Kontrolldelikte**. Das heißt, sie schlagen in der Statistik erst dann zu Buche, wenn sie von der Polizei entdeckt werden.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Hier gibt es oftmals leider nur Zufallstreffer. Die Betroffenen selber, die Zwangsprostituierten, werden wohl kaum Anzeige erstatten. Dazu als Beispiel nur kurz zwei wichtige Fälle: Beim Wiesenrand-Verfahren der Staatsanwaltschaft Münster ging es um 16 500 Geschleuste, von denen 300 in die Statistik eingeflossen sind. Das Gleiche gilt für das Verfahren der Staatsanwaltschaft Memmingen, bei dem es um 3 000 Geschleuste ging und sich kein einziger Fall in der Statistik findet.

Ich sage Ihnen: Es ist schlichtweg dreist, zu behaupten, es gebe keine Anhaltspunkte für einen Anstieg der Schwarzarbeit und des Menschenhandels. Dieses Beschönigen der Realität nimmt Ihnen wirklich niemand mehr ab.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Öffentlichkeit hat ihr eigenes Bild von der Visaaffäre. Mit dem Beschönigen ist in elf Tagen Schluss; denn Ihre Zeit ist definitiv abgelaufen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des 2. Untersuchungsausschusses auf

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner**

- (A) Drucksache 15/5975, Tagesordnungspunkt 3 a. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 3 b: Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/5977 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung und somit am Ende der voraussichtlich letzten Sitzung der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Hinter uns liegen drei arbeitsreiche Jahre. Wir haben oft kontrovers debattiert, oft aber auch einen Konsens über Fraktionsgrenzen hinweg in wichtigen Fragen gefunden. Ich möchte die in den zurückliegenden drei Jahren geleistete Arbeit zum Anlass nehmen, Ihnen allen für Ihr Engagement und Ihren Einsatz zu danken. Mein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen, die dem 16. Deutschen Bundestag nicht mehr angehören werden. Viele von ihnen haben im Parlament an herausgehobener Stelle über viele Jahre hinweg gewirkt: Frau

Vizepräsidentin Dr. Vollmer als Mitglied des Präsidiums, Mitglieder des Ältestenrates, Ausschussvorsitzende, Regierungsmitglieder und Parlamentarische Staatssekretäre. Ich will allen ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen Dank sagen und ihnen unsere besten Wünsche für ihren weiteren Lebensweg mit auf den Weg geben. (C)

(Beifall)

Mein Dank gilt aber auch den Schriftführerinnen und Schriftführern und nicht zuletzt den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vor und hinter den Kulissen ihren Dienst tun. Ohne sie könnten wir unsere parlamentarische Arbeit nicht leisten.

(Beifall)

Wir werden unsere parlamentarische Arbeit nach der vorgezogenen Neuwahl in der 16. Wahlperiode fortsetzen. Allen, die dabei sein werden, wünsche ich eine glückliche Hand zum Wohle unseres Volkes.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 14.52 Uhr)



(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Dr. Addicks, Karl	FDP	07.09.2005
Caesar, Cajus Julius	CDU/CSU	07.09.2005
Hettlich, Peter	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	07.09.2005
Hofbauer, Klaus	CDU/CSU	07.09.2005
Kampeter, Steffen	CDU/CSU	07.09.2005
Lehn, Waltraud	SPD	07.09.2005
Lenke, Ina	FDP	07.09.2005
Marhold, Tobias	SPD	07.09.2005
Nitzsche, Henry	CDU/CSU	07.09.2005
Scharping, Rudolf	SPD	07.09.2005
Strothmann, Lena	CDU/CSU	07.09.2005
Tillmann, Antje	CDU/CSU	07.09.2005
(B) Dr. Vollmer, Antje	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	07.09.2005
Wächter, Gerhard	CDU/CSU	07.09.2005
Wellenreuther, Ingo	CDU/CSU	07.09.2005

**Anlage 2**

**Neuabdruck einer Erklärung nach § 31 GO  
der Abgeordneten Herta Däubler-Gmelin (SPD)  
zur Abstimmung über den Antrag des Bundes-  
kanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes**

Ich nehme heute an der Abstimmung über die Vertrauensfrage nach Art. 68 des Grundgesetzes nicht teil.

Zwar verstehe ich den Wunsch und die Begründung für vorgezogene Neuwahlen, die sich aus der Übermacht der CDU/CSU im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss ergibt, halte aber den eingeschlagenen Weg über Art. 68 des Grundgesetzes für verfassungsrechtlich problematisch.

Schon im Herbst 1982 habe ich meine Bedenken gegen das Vorgehen des damaligen CDU/CSU-Bundeskanzlers Kohl deutlich geäußert und das tolerierende Urteil des Bundesverfassungsgerichts für problematisch gehalten. Diese Skepsis halte ich auch gegenüber dem aktuellen Verfahren aufrecht.

**Anlage 3****Amtliche Mitteilungen**

Der Bundesrat hat in seiner 813. Sitzung am 8. Juli 2005 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen, einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen bzw. einen Einspruch gemäß Artikel 77 Abs. 3 nicht einzulegen:

- **Gesetz über das Zweckvermögen des Bundes bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank und zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank**
- **Gesetz zur Änderung des Grundstückverkehrsgesetzes und des Landpachtverkehrsgesetzes**
- **Gesetz zur Neufassung der Freibetragsregelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Freibetragsneuregelungsgesetz)**
- **Gesetz zur Änderung des Vierten und Sechsten Buches Sozialgesetzbuch**
- **Gesetz zur Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch**
- **Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz – KICK)**
- **Siebtes Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes**
- **Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und anderer Gesetze**
- **Gesetz zur Ergänzung des NS-Verfolgtenentschädigungsgesetzes (Zweites Entschädigungsrechtsergänzungsgesetz – 2. EntschRErgG)**
- **Gesetz zur Reorganisation der Bundesanstalt für Post- und Telekommunikation Deutsche Bundespost und zur Änderung anderer Gesetze**
- **Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes**
- **Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG)**
- **Sechszwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – ... Strafrechtsänderungsgesetz – §§ 303, 304 StGB – (... StrÄndG)**
- **Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes**
- **Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG)**
- **Gesetz zur Einführung von Kapitalanleger-Musterverfahren**
- **Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz – VorstOG)**
- **Gesetz zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse**

(D)

- (A) – ... Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches (... StrÄndG)
- Gesetz zur Kontrolle hochradioaktiver Strahlenquellen
  - Gesetz zur Einführung der projektbezogenen Mechanismen nach dem Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 11. Dezember 1997, zur Umsetzung der Richtlinie 2004/101/EG und zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes
  - Gesetz zur Straffung der Umweltstatistik
  - Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
  - Erstes Gesetz zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes
  - Viertes Gesetz zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften
  - Zweites Gesetz zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes
  - Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Rat der Europäischen Schulen über die Europäische Schule in Frankfurt am Main
  - Gesetz zu dem Vertrag vom 10. November und 19. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten
- (B)
- Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sowie zu den Zusatzprotokollen gegen den Menschenhandel und gegen die Schleusung von Migranten
  - Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters
  - Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu der nachstehenden Vorlage absieht:

#### Auswärtiger Ausschuss

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung**  
– Drucksachen 15/5438, 15/5761 Nr. 1.1 –

- Unterrichtung durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (C)

#### Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 24. bis 28. Januar 2005 in Straßburg

- Drucksachen 15/5298, 15/5510 Nr. 1 –

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um die Weiterentwicklung der politischen und ökonomischen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa für das Jahr 2004**

- Drucksache 15/4813 –

- Unterrichtung durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union/interparlamentarische Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung (WEU/iEVSU)

#### Tagung der Versammlung vom 29. November bis 1. Dezember 2004 in Paris

- Drucksachen 15/5067, 15/5387 –

#### Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Sechzehnter Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2**

- Drucksache 15/4995 –

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Bericht zur Realisierung der Ziele des Bologna-Prozesses**

- Drucksache 15/5286 –

(D)

#### Haushaltsausschuss

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Haushalts- und Wirtschaftsführung 2005**  
**Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 16 01 Titel 712 03 – Sanierung des ehemaligen Abgeordnetenhochhauses in Bonn –**

- Drucksachen 15/5534, 15/5634 Nr. 1.5 –

#### Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Agrarpolitischer Bericht 2005 der Bundesregierung**

- Drucksache 15/4801 –

#### Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
**Bericht der Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Stärkung der gesetzgeberischen Befugnisse des Europäischen Parlaments 2004**

- Drucksachen 15/4817, 15/4966 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das Europäische

(A) Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

**Auswärtiger Ausschuss**

Drucksache 15/5513 Nr. 1.4  
 Drucksache 15/5785 Nr. 1.8  
 Drucksache 15/5785 Nr. 1.9  
 Drucksache 15/5785 Nr. 1.10  
 Drucksache 15/5785 Nr. 1.12  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.2  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.3  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.13  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.26

**Innenausschuss**

Drucksache 15/4911 Nr. 1.4  
 Drucksache 15/4911 Nr. 2.25  
 Drucksache 15/4911 Nr. 2.28  
 Drucksache 15/4969 Nr. 1.5  
 Drucksache 15/4969 Nr. 1.6  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.10  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.13  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.20  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.34

**Rechtsausschuss**

Drucksache 15/3876 Nr. 1.15  
 Drucksache 15/5172 Nr. 1.9  
 Drucksache 15/5297 Nr. 2.18  
 Drucksache 15/5297 Nr. 2.19  
 Drucksache 15/5396 Nr. 2.1  
 Drucksache 15/5396 Nr. 2.8

(B) **Finanzausschuss**

Drucksache 15/5636 Nr. 1.1  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.2  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.39  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.23

**Haushaltsausschuss**

Drucksache 15/5513 Nr. 2.10  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.17

**Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**

Drucksache 15/5636 Nr. 1.5  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.15  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.18  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.22  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.35  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.1  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.6  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.9  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.11  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.15  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.17  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.19  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.20  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.22  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.27  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.30

**Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

Drucksache 15/1613 Nr. 1.17  
 Drucksache 15/1613 Nr. 1.33  
 Drucksache 15/1613 Nr. 1.42

Drucksache 15/3779 Nr. 1.28  
 Drucksache 15/4458 Nr. 2.19  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.3  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.9  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.19  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.23  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.24  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.25  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.26  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.27  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.28  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.29  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.30  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.31  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.40  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.4  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.5  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.12  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.14  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.16  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.29  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.31

**Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Drucksache 15/5297 Nr. 2.26

**Ausschuss für Verkehr, Bau und Wohnungswesen**

Drucksache 15/5636 Nr. 1.16  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.32

**Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Drucksache 15/5785 Nr. 1.1

**Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

Drucksache 15/5172 Nr. 1.6  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.14  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.10

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Drucksache 15/5396 Nr. 2.7  
 Drucksache 15/5396 Nr. 1.14  
 Drucksache 15/5513 Nr. 2.19  
 Drucksache 15/5513 Nr. 2.20  
 Drucksache 15/5513 Nr. 2.21  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.37  
 Drucksache 15/5785 Nr. 1.2  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.18  
 Drucksache 15/5785 Nr. 2.21

**Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

Drucksache 15/2793 Nr. 2.43  
 Drucksache 15/3403 Nr. 2.85  
 Drucksache 15/3779 Nr. 1.6  
 Drucksache 15/4458 Nr. 1.1  
 Drucksache 15/4567 Nr. 1.6  
 Drucksache 15/4969 Nr. 1.12  
 Drucksache 15/4969 Nr. 1.22  
 Drucksache 15/5172 Nr. 1.8  
 Drucksache 15/5297 Nr. 2.11  
 Drucksache 15/5396 Nr. 1.15  
 Drucksache 15/5396 Nr. 2.4  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.8  
 Drucksache 15/5636 Nr. 1.38

(C)

(D)

